

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil

Von Professor Dr. Hans F. Zacher, Universität München

I. Vorbemerkungen

Zu Anfang dieses Jahres ist der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches [SGB] in Kraft getreten¹ – gewürdigt als „Hoffnung für Millionen“,² als „ein Werk von historischer Bedeutung“³ oder auch als „ein entscheidender Schritt zu einer notwendigen Sozialreform“,⁴ von dem zentralen Experten des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Ministerialrat Dr. Karl Hauck,⁵ freilich schlichter als „Vereinfachung des Rechts“⁶ avisiert. Wie auch immer Leistung und Wirkung des SGB – und insbesondere dessen, was bisher von ihm sichtbar ist – jetzt

und künftig zu bewerten sind: sicher handelt es sich um eine grundlegende Veränderung der juristischen, wohl auch, wenn nicht sogar vor allem, der rechts- und sozialpsychologischen Szenerie des deutschen Sozialrechts. Mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Teils ist diese Veränderung der Szenerie unaufhaltsam begonnen worden. Die Eigendynamik dieses Anfanges würde sich sicher auch dann durchsetzen, wenn im Herbst die Bundesregierung von anderen politischen Kräften gebildet würde, als denjenigen, die 1969/70 die Arbeiten am SGB aufnahmen. Das gilt um so mehr, als sich bei den bisherigen Arbeiten am SGB alle im Bundestag vertretenen Parteien als im wesentlichen einmütig zeigten.⁷

Des so ins Werk gesetzten SGB an diesem Orte zu gedenken, ist aus zwei Gründen geboten. Der erste Grund ist ein persönlicher. Der *Jubilar*, dem dieses Sonderheft der Bayerischen Verwaltungsblätter gewidmet ist, hat sich immer wieder dem Sozialrecht zugewandt – ja er zählte in den langen Zeiten, in denen wissenschaftliche Autoren sich

1 Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil – vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015). Im Folgenden auch abgekürzt als SGBAT. Zum Inkrafttreten s. Art. II § 23 dieses Gesetzes.

2 Joachim Dauhs, Ein Sozialgesetzbuch – Hoffnung für Millionen, Zeitschrift für Sozialreform, 22. Jahrg. (1976) S. 9 f.

3 Eugen Glombig, Ein Werk von historischer Bedeutung, ebd. S. 15 ff.

4 Harry Rohwer-Kahlmann, Die Sozialgerichtsbarkeit, 23. Jahrg. (1976) S. 41 ff.

5 Dr. Hauck war von den Anfängen bis 1975 der für die Arbeiten am SGB zuständige Referent des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

6 Karl Hauck, Vereinfachung des Rechts, Bundesarbeitsblatt, 1976 S. 78 ff.

7 S. dazu Hans F. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Loseblatt, 1974 ff., Stand 1976 [im Folgenden: Materialien], insbes. Teil D.

kaum um das Sozialrecht bemühten, zu den seltenen Ausnahmen.⁸

Der andere Grund, warum es angebracht ist, hier über das SGB zu berichten,⁹ ist der, daß das SGB die verschiedenen Sozialleistungszweige zusammenzuführen sucht. Sozialleistungszweige wie Sozialhilfe, Jugendhilfe, Wohngeld und Ausbildungsförderung mögen dem Leserkreis der Bayerischen Verwaltungsblätter näher, Sozialversicherung, Arbeitsförderung oder Kriegsopferversorgung mögen ihm ferner gestanden haben. Das SGB aber nimmt Regelungen aller dieser Sozialleistungszweige auf. Man könnte auch sagen: Das SGB versucht, die alte Kluft zwischen Sozialleistungssystemen, die primär der allgemeinen Kommunalverwaltung und der allgemeinen Staatsverwaltung anvertraut sind, und Sozialleistungssystemen, die primär Sonderverwaltungen (wie den Sozialversicherungsträgern, der Arbeitsverwaltung oder der Versorgungsverwaltung) aufgegeben sind, zu überbrücken. Zumindest damit wird das SGB zu einem notwendigen Thema auch der allgemeinen Verwaltung.

II. Die Gesamtkonzeption¹⁰

1. Der Umfang der Materie

Das SGB soll nicht das Sozialrecht von Grund auf neu gestalten oder auch nur schlechthin neu formulieren. Vielmehr knüpft es an die überkommenen Einheiten des positiven Rechts an. Diese sollen in einen einheitlichen Rahmen gestellt werden. Das Prinzip ist das der „Kodifikation bei begrenzter Sachreform“. Das bestimmt sowohl die äußere Abgrenzung des Sozialgesetzbuches als auch und vor allem seine innere Gliederung.

⁸ Seit langem betreut Theodor Maunz als Mitherausgeber und Autor das Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung: „Die Sozialversicherung und ihre Selbstverwaltung“, begründet von J. Eckert und H. Schraft (1951 ff.), seit 1963 herausgegeben von Theodor Maunz und Hans Schraft. Theodor Maunz ist auch, zusammen mit Hans Schraft, Mitherausgeber der Dokumentation „Die Sozialversicherung der Gegenwart“ Bd. 1/2 (1963) bis Bd. 7 (1968), fortgeführt i. V. m. einem erweiterten Herausgeberkreis unter dem Titel „Die Sozialordnung der Gegenwart“, Bd. 8 (1969) bis Bd. 12 (1973). Diese Dokumentation hat Maunz durch eine Reihe sozialrechtlicher Abhandlungen bereichert: Die allgemeinen Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes und die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Sozialversicherung (Bd. 1/2, 1963, S. 7 ff.); Bundesverfassungsgericht und Sozialversicherung (Bd. 6, 1967, S. 31 ff.); Gesellschaft und Staat (Bd. 9, 1970, S. 33 ff.); Vorwort: Verwaltung im Bereich der Sozialordnung (Bd. 11, 1972, S. 7 ff.); der Richter in der Sozialordnung (Bd. 12, 1973, S. 35 ff.). Unter den zahlreichen Abhandlungen, die Theodor Maunz Themen gewidmet hat, die im weiteren Sinne zum Sozialrecht zu rechnen sind, seien hier aus jüngerer Zeit hervorgerufen: Die Verfassungsmäßigkeit von Krankenhausfinanzierungsgesetzen der Länder, Rechtsgutachten, Schriften der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Heft 8, 1973; Krankenhausreform als sozialrechtliche Gestaltung, Vierteljahresschrift für Sozialrecht, Bd. 1, 1973, S. 267 ff.; Die Chancengleichheit im Bildungsbereich, in: Menschenwürde und freiheitliche Rechtsordnung, Festschrift für Willi Geiger, 1974, S. 545 ff.

⁹ Eine Zusammenstellung des Schrifttums s. bei Zacher, Materialien, Teil B; eingehende Literaturhinweise s. ferner bei Helmar Bley, in: Sozialgesetzbuch/Sozialversicherung, Kommentar zum gesamten Recht der Sozialversicherung einschließlich zwischenstaatlicher Abkommen und internationaler Übereinkommen, 1976 [im folgenden: Bley, SGB]. An Kommentaren zum Sozialgesetzbuch sind darüber hinaus bisher noch erschienen (oder haben angefangen zu erscheinen): Karl Hauck – Hartmut Haines, Sozialgesetzbuch, 1976; Sozialgesetzbuch für die Praxis, herausgegeben von Kurt Jahn unter Mitarbeit von Gustav Figge, Lutz Menard, Günther Wätermann und Dietrich Wiegand, 1976; Horst Peters, Sozialgesetzbuch, 1976; Lothar Schmitt, Sozialgesetzbuch, 1976; Dieter Giese, Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, 1976. Obwohl eine Rezension nicht in der Absicht dieser Zeilen liegen kann, muß bemerkt werden, daß zwischen diesen Kommentaren wesentliche Unterschiede der Aufgabenstellung, zwischen den Kommentaren und mitunter auch innerhalb der Kommentare aber auch deutliche Unterschiede der Qualität zu beobachten sind. Positiv seien hier vor allem zwei Werke hervorgehoben. Der Kommentar von Hauck und Haines ist der authentische Referentenkommentar (s. a. Anm. 5). Für Helmar Bley ist das Sozialgesetzbuch gleichsam der äußere Anlaß, eine ebenso kreative wie genaue systematische Durchforstung des deutschen Sozialrechts vorzulegen. Indem er es versteht, das SGB in seine weitgespannten und gehaltvollen Konzeptionen des deutschen Sozialrechts (s. a. Helmar Bley, Sozialrecht, 1974) einzubeziehen, wirkt in seiner systematischen Erläuterung das Gesetz – eine rechtliche Grunderfahrung bestätigend – heute schon vielfach weiser als der Gesetzgeber.

¹⁰ S. dazu genauer Zacher, Materialien a.a.O. Teil A; Hauck, in Hauck-Haines, a.a.O., E 050 ff.

In diesem Sinne soll das SGB die wichtigsten, geschlossenen Bereiche des Sozialleistungsrechts des Bundes zusammenfassen. Ausgeklammert sind Bereiche, die von historisch abgeschlossener Bedeutung sind, wie das Lastenausgleichsrecht. Die Kriegsopferversorgung entging diesem Schicksal, indem ihr als sozialem Entschädigungsrecht – unter Hereinnahme zahlreicher „Anschlußregelungen“ wie der Versorgung Wehrpflichtiger, des Impfschadenrechts, der Entschädigung für Opfer von Gewalttaten usw. – eine Zukunftsorientierung in eine Friedensgesellschaft hinein gegeben wurde. Die Kodifikation beschränkt sich auf Bundesrecht. Die Grenzen zwischen Bundes- und Landesrecht im Sozialrechtsbereich zu verschieben, war und ist nicht beabsichtigt. Damit bleiben für Bayern z. B. auch die komplementären Systeme sozialer Sicherung unberührt, die der Verwaltung der Bayerischen Versicherungskammer anvertraut sind.¹¹ Anders als das Verwaltungsverfahren soll das Gerichtsverfahren nicht in das SGB aufgenommen werden.

Positiv soll das Sozialgesetzbuch sich erstrecken auf: Ausbildungsförderung, Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung (einschließlich Altershilfe für Landwirte), Kriegsopferversorgung (einschließlich der „Anschlußregelungen“ etwa des Soldatenversorgungsgesetzes, des Bundesgrenzschutzgesetzes usw., nunmehr auch des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten), das Kindergeldrecht, das Wohngeldrecht, die Jugendhilfe und die Sozialhilfe.

Abgrenzungsschwierigkeiten bereiten nicht zuletzt die Arbeiten am Arbeitsgesetzbuch. Sie setzten zugleich mit den Arbeiten am SGB ein, was von vorneherein bedeutet, daß das Sozialrecht als Gegenstand des SGB das Arbeitsrecht nicht mit einschließt. Die Arbeiten am Arbeitsgesetzbuch haben jedoch noch zu keinem förmlichen Gesetzgebungsverfahren geführt. Sobald diese Arbeiten weiter vorangeschritten sind, kann es notwendig sein, die Zuordnung einzelner Vorschriften etwa des Lohnfortzahlungsgesetzes, des Schwerbehindertengesetzes oder des Mutterschutzgesetzes noch einmal zu überprüfen.

Ein anderes Problem ist, daß künftig – je vollständiger das SGB sein wird, je mehr – jeder neuer Akt der Sozialgesetzgebung die Alternative aufwerfen wird: Novellierung des SGB (und damit möglicherweise interne Umschichtung, textliche „Verwerfungen“, Beeinträchtigung der Transparenz usw.) oder Sondergesetz (und damit erneute Zersplitterung des Sozialrechts)? Daß nicht zuletzt die politische Optik immer wieder zu Sondergesetzen anreizen, ja Sondergesetze aufdrängen wird, wird zu einer ständigen Bedrohung für die Geschlossenheit des Sozialrechts im SGB werden.

2. Die Gliederung des SGB

Die innere Gliederung des SGB muß der Selbständigkeit der einzelnen Regelungskomplexe Rechnung tragen und davon ausgehen, daß sie auch künftig eine unterschiedliche, zumeist rasche Entwicklung nehmen werden. Darum muß das SGB in Bücher gegliedert werden, deren Paragraphen je selbständig durchgezählt werden. Wie schon aus dem Auftakt der Gesetzgebungsarbeiten durch den Allgemeinen Teil zu schließen ist, gliedert sich das SGB in einen *Allgemeinen Teil* und in *Besondere Teile*. Diese Besonderen Teile werden die einzelnen speziell sachregelnden Bücher umfassen. Der „Allgemeine Teil“ des SGB, wie er jetzt als positive Einheit der Gesetzgebung vorliegt, hat aber seinerseits noch nicht alle Regelungen

¹¹ S. dazu umfassend Hans Schmitt-Lermann, Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, 3. Aufl. 1975.

zusammengefaßt, die in einem funktional-systematischen Sinn „Allgemeines“ sind, d. h. für grundsätzlich alle Leistungsbereiche einheitlich gelten. Deshalb ist damit zu rechnen, daß dem SGB (zumindest) ein abschließendes Buch im Sinne einer Fortsetzung des „Allgemeinen Teils“ (im positiv gegebenen gesetzestechnischen Sinn) mit Vorschriften über das Verwaltungsverfahren und die Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten angefügt wird.

Die Reihenfolge der Bücher wird durch den Allgemeinen Teil, durch die in ihm enthaltenen sozialen Rechte (§§ 2–10) und Einweisungsnormen (§§ 19–20) sowie durch den Entwurf der Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung¹² angedeutet, der mit der Überschrift beginnt: „Viertes Buch (IV): Sozialversicherung – Erstes Kapitel: Gemeinsame Vorschriften“. Danach ist folgende Gesamtgestaltung des Sozialgesetzbuches zu erwarten:

I. Buch: Allgemeiner Teil

Das jetzt vorliegende Gesetz.¹³

II. Buch: Ausbildungsförderung

In dieses Buch soll das Bundes-Ausbildungsförderungsgesetz eingegliedert werden, voraussichtlich aber nicht das Graduiertenförderungsgesetz.

III. Buch: Arbeitsförderung

Hier soll das Arbeitsförderungsgesetz eingeordnet werden, einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Ob die sozialrechtlichen (nicht arbeitsrechtlichen) Elemente des Schwerbehindertengesetzes auch hierher gehören oder in einem besonderen Buch über die Rehabilitation Aufnahme finden, ist noch offen.

IV. Buch: Sozialversicherung

Dieses Buch wird in ganz unverhältnismäßiger Weise das umfangreichste Buch des ganzen SGB werden. Es soll nicht nur die Nachfolge der Reichsversicherungsordnung antreten, sondern auch die des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes, des Handwerkerversicherungsgesetzes, des Gesetzes über die Altershilfe für Landwirte, des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte und des Selbstverwaltungsgesetzes. Gedacht ist an vier Kapitel. Das Erste Kapitel, die „Gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung“, lag, wie schon bemerkt, bereits dem Bundestag vor.¹⁴ Die weiteren drei Kapitel werden je der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und der Rentenversicherung gewidmet sein. In welcher Weise dabei die alten Sondergesetze absorbiert werden können, wird – vor allem in der Rentenversicherung – sicher noch Schwierigkeiten bereiten.¹⁵

V. Buch: Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

Hier soll das Kriegsopferversorgungsrecht in der Er-

streckung aufgenommen werden, die es durch die zahlreichen „Anschlußregelungen“ bereits gefunden hat.¹⁶

VI. Buch: Kindergeld

Hier wird das Bundeskindergeldgesetz eingegliedert werden.

VII. Buch: Wohngeld

Hier wird das Zweite Wohngeldgesetz eingegliedert werden.

VIII. Buch: Jugendhilfe

Hier soll das Jugendwohlfahrtsgesetz aufgenommen werden. Jedoch wird die Alternative zwischen der Aufnahme des geltenden, weithin als reformbedürftig betrachtenden Jugendwohlfahrtsgesetzes und dem Warten auf ein neues Jugendhilfegesetz, das zu erarbeiten sich bisher als außerordentlich schwierig erwiesen hat, noch Sorgen bereiten. Gegenwärtig sieht es so aus, als ob an dieser Stelle mit lang andauernder Unvollständigkeit des Sozialgesetzbuches zu rechnen wäre.

IX. Buch: Sozialhilfe

Das ist der Ort des Bundessozialhilfegesetzes.

X. Buch: Verwaltungsverfahren und Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten.

Hier handelt es sich um die schon erwähnte Fortsetzung des „Allgemeinen Teiles“. Das Verwaltungsverfahren (möglicherweise das Erste Kapitel des X. Buches) wird voraussichtlich eine sozialrechtliche Variante zu dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976 sein. Die „Beziehungen der Leistungsträger zueinander und zu Dritten“ (möglicherweise das Zweite Kapitel des X. Buches) werden zwar in Anlehnung an das Fünfte und Sechste Buch der Reichsversicherungsordnung geregelt werden. Jedoch wird es sich vielfach auch um originäre Regelungen handeln müssen.

Ob es ein besonderes Buch über die Eingliederung Behinderter geben wird, ist auf neue Weise zweifelhaft, nachdem die im Regierungsentwurf eines Allgemeinen Teils¹⁷ vorgesehenen zusätzlichen „Gemeinsamen Bestimmungen für die Eingliederung Behinderter“ (§§ 68–71 a.a.O.) nicht Gesetz geworden sind.¹⁸

III. Der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches

1. Der vordergründige Bestand

Das Gesetz besteht aus zwei Artikeln. Artikel I enthält das, was künftig Bestandteil des SGB sein soll. Artikel II enthält das Übergangsrecht. Leider hat der Gesetzgeber diese beiden Teile nicht auch durch die adäquate Gestaltung der Überschriften sinnfällig voneinander geschieden. Das Gesamtgesetz nennt er „Sozialgesetzbuch (SGB) – Allgemeiner Teil“. Dem „Artikel I“ folgt dann die Überschrift „Sozialgesetzbuch (SGB) Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil“. Dem „Artikel II“ folgt die Überschrift „Übergangs- und Schlußvorschriften“.

Insgesamt enthält das Gesetz 90 Paragraphen. Unter diesen 90 Paragraphen finden sich 38 Paragraphen, die nicht Deklamationen oder Übergangsrecht enthalten. Als „Allgemeiner Teil“ für ein Gesetzeswerk, das mehrere tausend Paragraphen alten Rechts neu kodifizieren soll, ist das bedenklich wenig.

¹² Bundestagsdrucksachen 7/4122 und 7/5457. Näheres s. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Teil D II.

¹³ S. Anm. 1. Die parlamentarischen Arbeiten waren zu Beginn der Sommerpause bis zu einem Beschluß des Vermittlungsausschusses gediehen.

¹⁴ Siehe noch einmal Anm. 12.

¹⁵ Hauck, a.a.O., S. 16, schreibt dazu: „Im Sozialgesetzbuch, das der Vereinfachung des sozialen Rechts dient, dürfen aber z. B. die übereinstimmenden Vorschriften der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung, die im geltenden Recht gleichlautend in drei Gesetzen erscheinen, nur einmal aufgeführt werden, was im übrigen die derzeitige Gliederung der gesetzlichen Rentenversicherung nicht tangieren würde. . . . Bei einer konsequenten Einhaltung dieses Prinzips können im Bereich der Sozialversicherung von den z. Zt. bestehenden rund 2000 Gesetzesvorschriften etwa die Hälfte eingespart werden, was neben der rechtssystematischen Bereinigung auch ein Beitrag zur größeren Transparenz des Sozialrechts ist.“

¹⁶ Art. II § 1 Nr. 11 des SGBAT nennt folgende Bestimmungen: § 80 des Soldatenversorgungsgesetzes, § 59 Abs. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes, § 47 des Zivildienstgesetzes, § 51 des Bundesseuchengesetzes und §§ 4 und 5 des Häftlingshilfegesetzes. Mittlerweile ist noch § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten hinzugekommen.

¹⁷ S. Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Teil D I 1.

¹⁸ S. dazu eingehender Hauck, a.a.O., S. 20 f.

Die *äußere Gliederung des Artikels I* – also des bleibenden „Allgemeinen Teiles“ des SGB – wird bei genauem Zusehen der Sache nicht immer gerecht. Ein I. Abschnitt trägt die Überschrift „Aufgaben des Sozialgesetzbuches und soziale Rechte“ (§§ 1–10). Ihm folgt ein II. Abschnitt mit der Überschrift „Einweisungsvorschriften“. Er zerfällt in einen 1. Titel „Allgemeines über Sozialleistungen und Sozialleistungsträger“ und einen 2. Titel über „Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“. Der erste Titel enthält Definitionen (§§ 11, 12) und eine erste Gruppe von Sachregelungen (§§ 13–17). Der 2. Teil dagegen nimmt das Thema der einzelnen sozialen Rechte des I. Abschnittes (§§ 3–10) auf, indem er jedem sozialen Recht hinzufügt, welche gesetzlichen Regelungen und Zuständigkeiten ihm entsprechen (§§ 18–29). Der III. Abschnitt trägt die Überschrift „Gemeinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche dieses Gesetzbuchs“ – als ob nicht auch alle anderen Abschnitte solche Vorschriften wären! Er zerfällt in drei Titel: 1. Titel „Allgemeine Grundsätze“, 2. Titel „Grundsätze des Leistungsrechts“ und 3. Titel „Mitwirkung des Leistungsberechtigten“. Zumindest die Absonderung des 1. Titels des II. Abschnitts („Allgemeines über Sozialleistungen und Leistungsträger“) von dem 1. und 2. Titel des III. Abschnittes leuchtet dabei ebenso wenig ein wie die Trennung der „sozialen Rechte“ (§§ 3–10) von den Vorschriften über „einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“ (§§ 18–29). Die Aussageschwäche der Überschriften entspricht der sachlichen Schwäche der Einteilungen.

Besser gelang es und offenbar einfacher war es auch, den *Artikel II* zu strukturieren. Er umschreibt in einem I. Abschnitt die „Besonderen Teile des Sozialgesetzbuchs“ (§ 1) – d. h. die Gesetze, die bis auf weiteres an die Stelle der noch zu schaffenden Besonderen Teile des Sozialgesetzbuchs treten. Der II. Abschnitt über „Änderung von Gesetzen“ bringt Anpassungsvorschriften sowohl gegenüber den eingegliederten Gesetzen (§§ 2–14) als auch gegenüber der Zivilprozeßordnung und dem Sozialgerichtsgesetz (§§ 15, 16). Der III. Abschnitt enthält intertemporäres Recht: „Überleitungsvorschriften“ zu der neu eingeführten Verjährung (§ 17), zu den neuen Vorschriften über Übertragung, Verpfändung und Pfändung (§ 18), über die Vererbung (§ 19) und über neue Bestimmungen und Bezeichnungen (§ 20). Der IV. Abschnitt endlich enthält „Schlußvorschriften“: Stadtstaatenklausel (§ 21), Berlinklausel (§ 22) und die Vorschrift für das Inkrafttreten (§ 23), die eigentümlich differenziert. Neben dem 1. Januar 1976 als allgemeinen Termin des Inkrafttretens (Abs. 1 Satz 1) nennt sie für einzelne krankensicherungsrechtliche Vorschriften vorgezogene Termine des Inkrafttretens (Abs. 1 Satz 2), vor allem aber für die Verzinsung den aufschiebenden Termin des 1. Januar 1978 (Abs. 2), der eine Anpassung der Finanzverhältnisse der Sozialleistungsträger an diese neue Belastung ermöglichen soll.

2. Perspektiven einer sachlich-funktionalen Analyse

Befriedigt also die äußere Gliederung des Gesetzes das Bedürfnis nach sachlicher Information über Aufgaben, Eigentümlichkeiten und Zusammengehörigkeiten der einzelnen Vorschriften nicht ganz, so muß versucht werden, zusätzliche Zugänge einer differenzierenden Erfassung des Gesetzes zu erschließen. In diesem Sinne bietet es sich an, das Gesetz einzuteilen in:

– Die allgemeine *programmatische Umschreibung des Werthorizonts* des SGB und wohl des ganzen deutschen Sozialrechts (§ 1): menschenwürdiges Dasein, freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge

Menschen, Schutz der Familie, Erwerb des Lebensunterhalts durch freigewählte Tätigkeit; soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Vorsorge gegen die besonderen Belastungen des Lebens und Ausgleich derselben durch Sozialleistungen, und zwar ausdrücklich auch durch soziale Dienste und Einrichtungen und erzieherische Hilfen.

– *Definitionen der sozialen Rechte* (§ 2), Leistungsarten (§ 11) und Leistungsträger (§ 12).

– Die *sozialen Rechte* (§§ 3–10) und die korrespondierenden *Einweisungsnormen* (§§ 18–19).

– Die *eigentlichen Sachregelungen* (§§ 13–17, 30–67) und die *Überleitungsvorschriften* hierzu (Art. II §§ 17 bis 20).¹⁹

– Die *Substitution* der noch nicht vorhandenen *Besonderen Teile* durch die Gesetze, die in die Besonderen Teile überführt werden sollen (Art. II § 1), und die Vorschriften zur sachlichen Einfügung dieser Gesetze (Art. II §§ 2–14).

– Die *Änderung weiterer Gesetze* (Art. II §§ 15, 16) und die *Schlußvorschriften* (Art. II §§ 21–23).

Noch gröber können die Vorschriften eingeteilt werden in:

– Vorschriften, die den Besonderen Teilen Gemeinsames, *Allgemeines* voranstellen:²⁰ das Zentralprogramm des § 1, die Definitionen jedenfalls der Leistungsarten und -träger (§§ 11, 12) und die eigentlichen Sachregelungen (§§ 13–17, 30–67) sowie die Überleitungsvorschriften hierzu (Art. II §§ 17–20);

– Vorschriften, die orientierend und verfügend auf die *Besonderen Teile* hinführen:²¹ die sozialen Rechte und Einweisungsnormen (§§ 2–10, 18–29), und die Substitution der Besonderen Teile durch bestehende Gesetze (Art. II § 1) sowie Änderungen derselben (Art. II §§ 2–14).

3. Der Vierschritt der orientierenden und verfügenden Bestimmungen über den Geltungsbereich

a) Der Charakter der „sozialen Rechte“²²

Das richtige Verständnis des Allgemeinen Teils des SGB setzt gewissermaßen die Hinnahme und das Ernstnehmen einer zentralen Enttäuschung voraus. Sie besteht darin, daß die „sozialen Rechte“ keine Rechte sind, ja nicht einmal die Deklamation von Rechten, daß sie vielmehr nur auf Rechte gewährende Regelungen hinführen sollen. „Soziale Verfassungsrechte“ – wie sie sich etwa in der Weimarer Verfassung gefunden haben oder in der Bayerischen Verfassung finden,²³ kann das SGB nicht enthalten. Dazu fehlt ihm der Verfassungsrang. Den detaillierten Regelungen der einzelnen Leistungsbereiche kann es mit den „sozialen Rechten“ nicht vorgreifen, ohne hoffnungslose Konfusion zu schaffen. Dazu kommt immer wieder das Kernproblem aller „sozialen Rechte“, daß Rechtsnormen die Potentiale, die zur Erfüllung sozialer Erwartungen und Ansprüche nötig sind, nur sehr begrenzt beherrschen können. Und so beschränkt sich der Regierungsentwurf darauf, rein infor-

¹⁹ Hier und im Folgendem werden grundsätzlich Vorschriften des Allgemeinen Teils ohne Hinweis auf Art. I, Überleitungsvorschriften dagegen mit Art. II zitiert.

²⁰ S. u. 4.

²¹ S. u. 3.

²² S. dazu statt älteren Schrifttums etwa Detlef Merten, Zur Problematik der Aufnahme sozialer Rechte in das Sozialgesetzbuch, Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht, 30. Jhg. (1975) S. 357 ff.; Bernd von Maydell, Die „sozialen Rechte“ im Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuchs, DVBl. 1976, 1 ff. Zur Meinung des Verfassers s. ergänzend: Materialien S. A 45 ff., 63 ff.

²³ S. dazu Hans F. Zacher, Zur sozialen Programmatik der Bayerischen Verfassung, in: Verfassung und Verfassungsrechtsprechung, Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, 1972, S. 95 ff.

matorische „Rechte“ – genauer wohl: Rechtshinweise – zu gewähren. Aus den sozialen Rechten des SGB könnten „Ansprüche nur insoweit geltend gemacht oder hergeleitet werden, als deren Voraussetzungen und Inhalt durch die Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuchs im einzelnen bestimmt sind“.²⁴

Der federführende Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages wollte sich damit freilich nicht begnügen. Er fügte deshalb dem § 2 einen Absatz 2 hinzu: „Die nachfolgenden sozialen Rechte sind bei der Auslegung der Vorschriften dieses Gesetzbuchs und bei der Ausübung von Ermessen zu beachten; dabei ist sicherzustellen, daß die sozialen Rechte möglichst weitgehend verwirklicht werden.“²⁵ Auch dieser Zusatz ist Gesetz geworden. Zu welchen Überspannungen und Konflikten er führt, bleibt abzuwarten.

Dominierend jedenfalls bleibt die Negation des Anspruchscharakters. § 2 Satz 2 des Regierungsentwurfs wurde als § 2 Abs. 1 Satz 2 Gesetz. Und er findet sich bekräftigt in § 11 Satz 1, wonach (nur) die gesetzlich vorgesehenen Dienst-, Sach- und Geldleistungen Gegenstand der sozialen Rechte sind, und in § 31, wonach „Rechte und Pflichten in den Sozialleistungsbereichen dieses Gesetzbuchs . . . nur begründet, festgestellt, geändert oder aufgehoben werden“ dürfen, „soweit ein Gesetz es vorschreibt oder zuläßt.“

Im einzelnen sind die „sozialen Rechte von recht ungleichem Zuschnitt. Das Recht auf *Ausbildungsförderung* (§ 3 Abs. 1) schließt von der sozialen Situation der Ausbildung und der Bedürftigkeit auf das Recht auf individuelle Förderung. Das Recht auf *Arbeitsförderung* (§ 3 Abs. 2) schließt von der Teilnahme am Arbeitsleben auf – spezifizierte – Rechte auf Beratung, Förderung, Arbeitsvermittlung, Schutz bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers. Das Recht auf *Sozialversicherung* (§ 4) ist gespalten. Im Rahmen des Gesetzes bestehe ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung (Abs. 1). Sodann: „Wer in der Sozialversicherung versichert“ sei, habe „im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung“ entsprechende Rechte auf notwendige Maßnahmen und „wirtschaftliche Sicherung“ (Abs. 2). Das Recht auf *soziale Entschädigung* bei Gesundheitsschäden (§ 5)²⁶ setzt voraus, daß „die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus anderen Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht“. Das „Recht“ schließt also von dem schon eingeräumten Anspruch auf Versorgung auf das „Recht“ auf „soziale Entschädigung“ zurück. Am großzügigsten formuliert ist das Recht auf „*Minderung des Familienaufwands*“ (§ 6): „Wer Kindern Unterhalt zu leisten hat oder leistet, hat ein Recht auf Minderung der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Belastungen.“ Hinsichtlich des *Wohngeldes* (§ 7) wird von der sozialen Situation unzumutbaren Wohnaufwandes auf ein Recht auf Zuschuß geschlossen. Die sozialen Rechte auf *Jugendhilfe* (§ 8) und *Sozialhilfe* (§ 9) entsprechen weitgehend Vorbildern im Jugendwohlfahrtsgesetz (§ 1) und im Bundessozialhilfegesetz (§§ 1 ff.). Dabei genügt § 8 der Status des „jungen Men-

schen“, um ein Recht auf Förderung und Erziehung daran zu knüpfen. § 9 schließt demgegenüber von der sozialen Bedürftigkeit auf ein Recht auf bedarfsgerechte, zur Selbsthilfe befähigende, gesellschaftliche Teilhabe ermöglichende persönliche und wirtschaftliche Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens. Das Recht auf Eingliederung Behinderter endlich (§ 10) schließt vom Tatbestand der Behinderung auf „ein Recht auf die Hilfe, die notwendig ist, um 1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mindern“, und 2. dem Behinderten „einen seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern.“

Diese Andeutungen zeigen, daß die §§ 3–10 schon ihrer Fassung nach nicht geeignet sind, gleichermaßen veritable „soziale Rechte“ im Sinne verbindlicher, gar subjektiv berechtigender Verbürgungen zu gewähren. Erstaunlicher aber ist, daß sie auch den *Informationswert*, der ihre zentrale Rechtfertigung sein soll, so nicht haben können. Sie verknüpfen nicht etwa typische elementare Situationen notwendigen sozialpolitischen Eingreifens mit jeweils der Zusage aller einschlägigen und notwendigen Maßnahmen der Abhilfe. Sie sind nicht linear durchkomponiert: etwa im Sinne des kausal-finalen Ansatzes der Vorsorge gegen soziale Risiken (wie Krankheit, Invalidität usw.); oder im Sinne der kausalen Rechtfertigung von Leistungszusagen (wie sie sich evident im sozialen Entschädigungsrecht, § 5, findet); oder im Sinne des finalen Ansatzes, daß die Fähigkeit, bestimmte soziale Ziele (wie eine angemessene Wohnung) zu erreichen, durch öffentliche Maßnahmen substituiert werden muß, wo sie dem einzelnen sonst fehlt; oder auch im Sinne eines instrumentalischen Ansatzes, wenn etwa einem sozialen Problem (z. B. der Krankheit) generell durch eine soziale Einrichtung (z. B. einen staatlichen Gesundheitsdienst) begegnet wird –. Um es noch deutlicher zu sagen: diese „sozialen Rechte“ lösen die komplexe institutionelle Bündelung von sozialen Situationen, bedürftigen und zu schützenden Personengruppen, Maßnahmen, Leistungen und Institutionen, Zwecken, Ursachen und Instrumenten, die für unser historisch gewachsenes „gegliedertes Sozialleistungssystem“ so kennzeichnend ist, nicht auf. Sie überhöhen sie.

b) Die Einweisungsnormen

Dem entspricht denn auch, daß der Gesetzgeber die „Information“, die er mit den sozialen Rechten begonnen hat, durch die überaus exakte Verweisung auf bestehende gesetzliche Regelungen fortführt. Das geschieht in den Einweisungsvorschriften über „einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger“ (§§ 18–29). Dort wird etwa gesagt, „nach dem Recht der Ausbildungsförderung können Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Ausbildung in Anspruch genommen werden (§§ 1, 8–17 Bundesausbildungsförderungsgesetz)“ (§ 18 Abs. 1). Und dem so allgemein formulierten Recht auf Minderung des Familienaufwands entspricht § 25: „(1) Nach dem Kindergeldrecht kann grundsätzlich für jedes Kind Kindergeld in Anspruch genommen werden (§§ 1–10 Bundeskindergeldgesetz). (2) Zuständig sind die Arbeitsämter.“ So stellen sich „soziales Recht“ und „Einweisungsvorschrift“ gleichermaßen als die zwei Einleitungsparagraphen oder auch nur als zwei Abschnitte einer Präambel zu den jeweiligen Besonderen Büchern dar. Nur hinsichtlich der Eingliederung Behinderter versagt dieses Prinzip. Dem Recht auf Eingliederung Behinderter (§ 10) entspricht keine überkommene komplexe Regelungseinheit. Deshalb verweist die Einweisungsvorschrift (§ 29) auf die anderen Einweisungs-

²⁴ § 2 Satz 2 des Regierungsentwurfs eines Allgemeinen Teils = § 2 Abs. 1 Satz 2 SGBAT. S. Materialien, Teil D I 1 S. 5.

²⁵ Beschlüsse des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß), Deutscher Bundestag, Drucksache 7/3738 (abgedruckt in: Materialien Teil D I 3 S. 5).

²⁶ S. zu den Vorerwägungen (die von der weiteren Entwicklung, extrem vereinfachend, in Richtung auf eine Gleichstellung von sozialem Entschädigungsrecht und erweiterter Kriegsopferversorgung überholt wurden): Hans F. Zacher, Die Frage nach der Entwicklung eines sozialen Entschädigungsrechts, DÖV 1972, S. 461 ff. Zum jetzigen Stand der Meinungen s. etwa Bley, SGB zu § 5.

vorschriften und die in den dort in Bezug genommenen Vorschriften zugesagten, in § 29 ausführlich katalogisierten Rehabilitationsleistungen.

c) *Soziale Rechte, Einweisungsvorschriften und Besondere Teile*

Je ärmer an Rechtswirkung somit „soziale Rechte“ und „Einweisungsvorschriften“ sind, um so mehr kommt die Verantwortung für die Realität des SGB auf die Besonderen Teile zu. Damit richtet sich der Blick auf Art. II des Gesetzes. Und damit bekommen diese „Übergangs- und Schlußvorschriften“ im gegenwärtigen Stadium der Gesetzgebung auch eine ganz außergewöhnliche Bedeutung. Nach § 1 des Art. II gelten eine Reihe dort enumerierter Gesetze als Besondere Teile des SGB. Und die §§ 2–14 des Art. II bringen diese Gesetze dann auch unmittelbar auf einen Stand, der dem der Vorschriften des Art. I entspricht.

Das alles zusammen vermittelt den Eindruck eines eigentümlichen *Vierschrittes* des Gesetzgebers, dessen *zwei erste Schritte* („soziales Recht“ und „Einweisungsvorschrift“) im Art. I, dessen *zwei letzte Schritte* (*Zuordnung bestehender Gesetze als Besondere Teile des SGB und Anpassung dieser Gesetze an das SGB*) im Art. II vorgenommen werden. In diesem Sinne werden verknüpft:

- Recht auf *Ausbildungsförderung* und Bundesausbildungsförderungsgesetz (Art. I §§ 3, Abs. 1, 18, Art. II § 1 Nr. 1, § 2);
- Recht auf *Arbeitsförderung*, Arbeitsförderungsgesetz und Schwerbehindertengesetz (Art. I §§ 3, 19, 20, Art. II § 1 Nr. 2 und 3, § 3);
- Recht auf *Sozialversicherung* und gesetzliche Vorschriften über Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung und Altershilfe für Landwirte (Art. I §§ 4, 21–23, Art. II § 1 Nr. 4–10, §§ 4–8).
- Recht auf *soziale Entschädigung* bei Gesundheitsschäden und Bundesversorgungsgesetz (nebst Anschlußregelungen und Nebengesetzen) (Art. I §§ 5, 24, Art. II § 1 Nr. 11, 12, §§ 9, 10, 11 und 18);
- Recht auf *Minderung des Familienaufwands* und Bundeskindergeldgesetz (Art. I §§ 6, 25, Art. II § 1 Nr. 13, § 12);
- Recht auf *Zuschuß für eine angemessene Wohnung* und Zweites Wohngeldgesetz (Art. I §§ 7, 26, Art. II § 1 Nr. 14, § 13);
- Recht auf *Jugendhilfe* und Jugendwohlfahrtsgesetz (Art. I §§ 8, 27, Art. II § 1 Nr. 16);
- Recht auf *Sozialhilfe* und Bundessozialhilfegesetz (Art. I §§ 9, 28, Art. II § 1 Nr. 15).

Nur beim Recht auf *Eingliederung Behinderter* (Art. I § 10) ergibt sich eine Spaltung. Die Einweisungsvorschrift verweist ausschließlich auf die anderen Sozialleistungsbereiche (Art. I § 29). Art. II dagegen erwähnt ergänzend das Rehabilitationsangleichungsgesetz und das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten usw. (§ 1 Nr. 17 und 18).

4. Die Sachregelungen

a) Die fragmentarische Natur

Kommt sonach dem scheinbar spektakulärsten Teil des Allgemeinen Teiles, den „sozialen Rechten“ kaum sachliche Bedeutung zu, so wächst die Erwartung, die in das gesetzt wird, was oben als „Sachnormen“ angekündigt wurde. Sie bilden freilich nicht nur äußerlich, wie schon

vermerkt, kein geschlossenes Ganzes. Sie sind es auch in der Sache nicht. Der Allgemeine Teil hat an Allgemeinem nicht das sachlich Gebotene, sondern das rascher Machbare vorweggenommen. Der Gesetzgeber hat nicht dem Bedarf an allgemeinen Ordnungen nachgefragt und versucht, ihn zu befriedigen. Er hat den angetroffenen Regelungsvorrat gesammelt und durchgesehen und an Hand der Kriterien der Vorfindlichkeit von Fertigem, der geringeren Widerstände gegen Fixierung von Altem oder Anordnung von Neuem ausgewählt, was sich eignete, im Allgemeinen Teil „verallgemeinert“ zu werden.²⁷ Das bedeutet, daß allgemeine sozialrechtliche Normen nicht wirklich im Allgemeinen Teil des SGB konzentriert sind. Vielmehr konkurrieren als „Fundorte“ allgemeiner sozialrechtlicher Normen andere „Allgemeine Teile“ des SGB (die gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung, vor allem auch das X. Buch über Verwaltungsverfahren und Beziehungen der Leistungsträger untereinander und zu Dritten), die Besonderen Teile (mit der in ihnen verbliebenen Fülle harmonischer, harmonisierter oder harmonisierbarer²⁸ Vorschriften gleichen oder verwandten Gegenstandes oder gleicher oder verwandter Funktion) und nach wie vor eine vermeidbare Masse von ungeschriebenem Recht, zu meist richterrechtlichem lückenfüllendem Normgut.

Das bedingt in großem Maße Unausgewogenheiten und Mißverständlichkeiten. Ein Beispiel bietet etwa § 32. Er trägt die Überschrift „Verbot nachteiliger Vereinbarungen“. Der Text aber spricht nur davon, daß „privatrechtliche Vereinbarungen, die zum Nachteil des Sozialleistungsberechtigten von Vorschriften dieses Gesetzbuchs abweichen“, nichtig sind. Man mag sich schon fragen, ob das überhaupt ein regelungsbedürftiges Problem ist. Warum aber werden öffentlich-rechtlicher Vertrag und Vergleich nicht erwähnt? Sie werden vermutlich im Verwaltungsverfahrenrecht (also in dem in Aussicht genommenen Zehnten Buch) behandelt. Der Verzicht auf Sozialleistungen aber ist im Allgemeinen Teil geregelt (§ 46). Als besonders wirkungsvoll erwies sich diese rechtspsychologisch erklärbare, rechtssystematisch jedoch zufällige Eklektik in bezug auf § 30. Der Gesetzgeber glaubte, eine Aussage über den persönlichen und territorialen Geltungsbereich schuldig zu sein. Er knüpft deshalb die Geltung des Sozialgesetzbuches an den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des Gesetzes (§ 30 Abs. 1). Dabei behielt er zwar die Geltung abweichenden Rechts der Besonderen Teile vor (§ 30 Abs. 2). Die Regelung der Verzinsung aber findet sich im Allgemeinen Teil (§ 44). Sollen nun Zinsen an Rentner im Ausland nicht gezahlt werden?

Eine andere Schwäche ist, daß Zusammengehöriges selbst innerhalb des Allgemeinen Teiles nicht selten auf unerklärliche Distanz gebracht ist. Davon, daß das Verbot nachteiliger Vereinbarungen in § 32, der Verzicht in § 46 geregelt ist, war schon die Rede. Ein anderes Beispiel ist etwa, daß das rechtliche Gehör (§ 34) getrennt von der Masse der verwaltungsverfahrenrechtlichen Vorschriften des Allgemeinen Teils (§§ 15–17) geregelt ist.

Schon die ersten Monate der Anwendung haben gezeigt, daß die Verlustliste systematischer Vollständigkeit und systematisch richtiger Zuordnung groß ist, und daß sie bei weitem nicht nur theoretische Bedeutung hat. Das Herausstellen von Normen als „allgemein“ primär nach den Prinzipien der raschen Machbarkeit eines Allgemeinen Teiles, insbesondere der Vorfindlichkeit der Inhalte und des Kon-

27 S. ergänzend Materialien S. A 37 f.

28 S. dazu Materialien S. A 42 ff., 51 ff.

senses über ihre verallgemeinernde Überhöhung führte zur Isolierung, wo Einbettung von Zusammengehörigem notwendig gewesen wäre, zur Ansiedlung von sachlich Benachbartem in verschiedenen Ebenen – von allgemeinen und besonderen Regelungseinheiten, von geschriebenem und ungeschriebenem Recht –. Das verursacht Interpretationsschwierigkeiten und Reibungsverluste im Rechtsvollzug. Und es beeinträchtigt den Zweck der Kodifikation, das Sozialrecht durchschaubar und verständlicher zu machen.

b) Die positiven Züge der Kodifikation

Doch können alle diese Bedenken und Zweifel an der Richtigkeit von Auswahl und Anordnung nicht verdunkeln, daß gerade die Sachnormen Wichtiges, auch wichtiges Neues bringen. Hierin ist sogar der wesentliche Nutzen der Kodifikation zu sehen.

Die Zusammenhänge, in denen die Prinzipien wertvoller Neugestaltung realisiert sind, entsprechen so gut wie nirgends der äußeren Einteilung des Gesetzes.²⁹ Um so mehr drängt es sich auf, diese Sinnlinien durch das Gesetz hindurch zu verfolgen.

aa) Einheit des Sozialleistungssystems

Zu den bedenkenlichsten Nachteilen des geltenden deutschen Sozialrechts gehört seine gesetzestechnische und institutionelle Zersplitterung. Während das Leistungsniveau des deutschen Sozialrechts relativ hoch ist, leidet der Effekt sozialer Befriedung und Befriedigung nicht zuletzt unter dieser Zersplitterung. Darum ist jeder Schritt, die Ganzheit des Sozialleistungssystems besser zum Ausdruck zu bringen, wichtig.

Das SGB dient dem schon durch sein zentrales Bemühen der Kodifikation des ganzen Sozialrechts. Darüber hinaus aber fördern diesen Zweck nun Vorschriften über zentrale Auskunftsstellen (§ 15), über die Zuständigkeit aller Sozialleistungsträger zur Entgegennahme von Anträgen (§ 16) und über die Zusammenarbeit der Sozialleistungsträger (§ 17) einschließlich der „freien“ Träger (§ 17 Abs. 3). Unterschätzt werden darf auch in diesem Zusammenhang nicht die Bedeutung der Vorschriften über vorläufige Leistungen (§ 43). Der Streit um die Zuständigkeit von Leistungsträgern soll den Leistungsempfänger so wenig als möglich beeinträchtigen. Ergänzt werden diese Normen durch die Gleichstellung verschiedener Leistungsträger bei der Verrechnung (§ 52).

bb) Sozialrecht und Information

Recht lebt nur, wenn und wie es gekannt und gewußt wird. Das ist für das Sozialrecht von ganz besonderer Bedeutung. Während Recht sich sonst mitunter nur an begrenzte Kreise wendet, von denen auch erwartet werden kann, daß sie es kennen, richtet sich Sozialrecht auch und gerade an die Ärmsten der Armen, von denen mitunter gerade nicht erwartet werden kann, daß sie Zugang zu üblichen juristischen Informationsquellen und -kanälen haben. Sozialrecht muß daher in ganz besonderer Weise informatorisch gepflegt werden. Ein verwandtes Problem ist, daß die Differenziertheit eines entwickelten Sozialleistungssystems ihrerseits Unsicherheit und Schwierigkeiten der Vergewisserung schafft.

Der Allgemeine Teil des SGB versucht gerade insofern durch eine umfassende Aufklärungs-, Beratungs- und Auskunftspflicht (§§ 13–15) Abhilfe zu schaffen. Entfernt kann man auch die Gewährleistung der Anhörung Beteiligter (§ 34) in diesem Zusammenhang sehen – obwohl diese

Vorschrift viel zu sehr am Eingriffsakt und viel zu wenig an den Bedürfnissen leistender Verwaltung orientiert ist.

cc) Die Effektuierung der Sozialleistungsansprüche

Sowohl die Vorschriften, die der Darstellung der Einheit des Sozialleistungssystems dienen,³⁰ als auch die verbesserte Information über das Sozialrecht³¹ tragen wesentlich dazu bei, die (objektiven) Sozialleistungssysteme und die (subjektiven) Sozialleistungsansprüche wirkungsvoll zu gestalten. Besonders zu nennen ist hier etwa die Erleichterung der Antragstellung (§ 16). Dieses Ziel effektiver Rechtsverwirklichung kommt aber auch in zahlreichen anderen Vorschriften zum Ausdruck. Schon die allgemeine Grundnorm (§ 1) sagt, daß die zur Erfüllung der durch das Sozialrecht gestellten „Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen“ müssen (§ 1 Abs. 2; s. a. § 17 Abs. 1 Nr. 2). § 17 bemüht sich darüber hinaus um umfassende und schnelle Erfüllung von Sozialleistungsansprüchen sowie darum, daß der Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach gestaltet wird (§ 17 Abs. 1 Nr. 1 und 3). Nicht nur im Sinne der Rechtsklärung, sondern auch durch ihren auf prompte Rechtsverwirklichung drängenden Inhalt gehen in diese Richtung auch die Vorschriften über Entstehen und Fälligkeit von Leistungen (§§ 40, 41). Wichtige Verbesserungen bringen die Vorschriften über Vorschüsse (§ 42) und vorläufige Leistungen (§ 43). Am Rande gehören auch Regelungen hierher wie die Auszahlung von Leistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts dienen, an Unterhaltsberechtigten, wenn der unmittelbar Leistungsberechtigte die Unterhaltungspflicht verletzt oder untergebracht ist (§§ 48, 49). Vor allem aber ist hier eine der umstrittensten Neuerungen zu nennen: die Verzinsung von Geldleistungen (§ 44).

dd) Die Ausgestaltung der Subjektssphäre

Nicht von gleicher Geschlossenheit sind die Regelungen, die dazu dienen, die Interessen des einzelnen zu betonen und seine Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern. Gleichwohl fällt auch eine Tendenz in dieser Richtung auf. Zu nennen ist die Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse bei der Rechtsanwendung (§ 33), die Anhörung der Beteiligten (§ 34), der Schutz der Persönlichkeitssphäre durch Geheimhaltung (§ 35), die Ausweitung der Handlungsfähigkeit Minderjähriger (§ 36) oder die Sicherung des Leistungsdestinatärs gegen nachteilige Vereinbarungen (§ 32) und Verzichte (§ 46). Die Regelung der Mitwirkungspflichten (§§ 60–67) ist insofern ambivalent. Daß ihre klärende Regelung aber auch dem Interesse der betroffenen Einzelnen dient, ist nicht zu leugnen.

ee) Die Regelung der Mitwirkungspflichten

So sehr das SGB die „sozialen Rechte“ zu betonen meint, so bringt es doch auch – wenn auch nicht so im Vordergrund – „soziale Pflichten“. Sie sind nicht primär, nicht selbstständig, d. h. sie bestehen nur im Verbund mit Geltendmachung und Verwirklichung von Sozialleistungsansprüchen. Das SGB spricht deshalb von diesen Pflichten auch unter der Überschrift „Mitwirkung des Leistungsberechtigten“ (§§ 60–67). Immerhin findet sich hier die Regelung sozialer Pflichten in bemerkenswerter Geschlossenheit. Daß diesen Mitwirkungspflichten bei knapper werdenden wirtschaftlichen Mitteln möglicherweise mehr Bedeutung zukommen wird als dies in der Zeit sozialpolitischer Blütensträume für wahrscheinlich gehalten wurde, erhöht die Bedeutung dieser Vorschriften – auch und gerade im Sinne des Schutzes des Leistungsempfängers. Er weiß nun besser,

29 S. a. nochmals oben III 1.

30 S. o. aa.

31 S. o. bb.

was von ihm erwartet werden darf. Der ambivalente Charakter ist auch hier zu betonen. Insgesamt geht es um Abwägung und Abgrenzung, nicht einseitig um Inpflichtnahme.

ff) Die Betonung des Legalitätsprinzipes

Ein wieder anderer Nenner, auf den einige Vorschriften dieses Allgemeinen Teiles gebracht werden können, ist der, daß der Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes auch für das Sozialrecht betont wird (§§ 2 Abs. 2 Satz 2, 11, 31 und 38). Er wird ausgebaut gegenüber schädlichen Vereinbarungen (§ 32) und Verzichten (§ 46). Zugleich aber wird dem Mißverständnis vorgebaut, Legalität und soziale Zielsetzung schließen einander aus. Der soziale Zweck der Gesetze ist bei ihrer Auslegung (§ 33, s. a. § 2 Abs. 2) und bei der Konkretisierung von Ermessen (§ 39) zu realisieren.

gg) Schuld-, erb- und vollstreckungsrechtliche Klarstellungen

Eine große Gruppe von Vorschriften des Allgemeinen Teils – unter ihnen schon genannte – ist durch die Gemeinsamkeit verknüpft, für Rechtsprobleme, wie sie auch aus dem Schuldrecht, aus dem Erbrecht und aus dem Vollstreckungsrecht vertraut sind, teils schon partikular vorhandene Regelungen zu verallgemeinern, teils neue Regelungen zu schaffen. Hierher zählen vor allem die Vorschriften über das Entstehen und die Fälligkeit von Ansprüchen (§§ 40, 41), über die objektive Ungewißheit der Leistungspflicht und die ihr entsprechende Vorschußpflicht (§ 42), über die subjektive Ungewißheit der Leistungspflicht und die entsprechende Möglichkeit vorläufiger Leistungen (§ 43), über die Verzinsung (§ 44) über die Erfüllungsmodalitäten und -surrogate (§§ 47–52), über die Übertragung, Verpfändung und Pfändung von Forderungen (§§ 53–55) und über die Sonder- und allgemeine -rechtsnachfolge in Sozialleistungsansprüche (§§ 56–59). Die Klage über mißverständliche Isolierung³² bezieht sich jedoch gerade auf diese Vorschriften. Sie – wie übrigens auch die insofern besonders schwierigen personenrechtlichen Sondervorschriften in §§ 30 und 36 – leiden besonders darunter, daß die systematischen Netze, in denen sie sich befinden, und in die sie gerade der Jurist kraft seiner privatrechtlichen Schulung hineindeutet, so sehr verdrängt sind.

IV. Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend³³ kann folgendes gesagt werden: Der Allgemeine Teil bringt im einzelnen viel Wichtiges und

Nützliches. Insgesamt erscheint er aber als ein – am Maßstab idealer Gesetzgebung gemessen – noch unvollkommener Anfang des SGB. Er dient dazu, den Durchbruch zur Kodifikation zu schaffen. Mit der Gesamtkodifikation zuzuwarten, bis alle Teile eines SGB in einem ausgereiften Konzept vorgelegt werden können, hätte nach der besorgten Meinung vieler das Gesamtwerk gefährdet. Der Allgemeine Teil ist für das Kodifikationsvorhaben des SGB gleichsam der „Fuß in der Tür“ einer schnellebigen Rechtsgeschichte. Die weiteren Teile haben länger Zeit. Möglicherweise kommt sie ihnen zugute.

Aber wie immer auch die Qualität des SGB sein wird: die rechtspolitische, rechtsdogmatische und rechtspsychologische Situation wird durch das SGB wesentlich verändert. Es wird den Gesetzgeber zwingen, eine mehr auf äußere und innere Geschlossenheit achtende Sozialrechtspolitik zu treiben. Oder vielleicht realistischer gesagt: Es wird es dem Gesetzgeber schwerer machen, das Sozialrecht beliebig durch neue Akzente und Regelungseinheiten zu zersplittern. Das SGB wird der Wissenschaft innerhalb und außerhalb der Hochschulen Impulse geben, sich mit dem Sozialrecht als einem übergreifenden Ganzen und nicht nur mit einzelnen Sozialleistungssystemen zu befassen. Schon jetzt ist deutlich, daß das SGB die literarische Bemühung um das Sozialrecht gewaltig stimuliert hat³⁴. Neben viel Spreu ist dabei auch viel Weizen sichtbar. Wissenschaftliche Strukturierung und Integration des Sozialrechts ist aber nicht Selbstzweck. Es ist Dienst an einem Zweck: Dienst am Sozialen, am Menschen.

Am wenigsten wird erwartet werden können, daß der Bürger unmittelbar von dem neu erreichten Maß an Überschaubarkeit des Sozialrechts Nutzen hat. Das Sozialrecht ist nach wie vor zu umfangreich und zu kompliziert, als daß eine Steigerung der Transparenz bis dahin möglich wäre, daß der Bürger immer die Antwort auf seine sozialrechtlichen Fragen aus dem Text eines SGB ablesen könnte. Aber mehr Transparenz ist besser als weniger. Und vor allem darf erwartet werden, daß zugunsten des Bürgers die Regelungen, die sich um seine Information, um die Einheit des Sozialleistungssystems, um die Effektivierung seiner Leistungsansprüche und um die Entfaltung seiner Interessen bemühen, wohl tätig wirken.

33 Natürlich konnten die ausgewählten Aspekte nicht vollständig sein. Ergänzend sei insbesondere erwähnt, daß Helmar Bley (Die rechtsdogmatische Konzeption des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches, Zeitschrift für Sozialreform, 22. Jhg. 1976 S. 69 ff.) den Allgemeinen Teil vor allem auf den Nenner des „Sozialrechtsverhältnisses“ bringt, das der Verfasser dieser Zeilen hingegen gerade zu fragmentarisch angesprochen findet.

34 S. nochmals Anm. 9.

32 S. o. III 4 a.

^{UB} Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Dr. Theodor Maunz
Professor des öffentlichen Rechts an der Universität München
Staatsminister a. D.

Ludwig Schäfer
Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts

Dr. Johann Schmidt
Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Dr. Siegwinn Süß
Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Schriftleiter

Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner
Oberlandesanwalt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

22. Jahrgang
(neue Folge)

1976

107. Jahrgang der Gesamtfolge
(Blätter für administrative Praxis)

2 29



RICHARD BOORBERG VERLAG MÜNCHEN



Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl.)

Schriftleiter: Dr. Dr. Helmut Kalkbrenner, Oberlandesanwalt beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Ludwigstraße 23/III, 8000 München 34.
Sämtliche mit Verfasserangabe versehenen Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht die der Schriftleitung oder der Herausgeber dar.
Die veröffentlichten Lösungsskizzen zu den Prüfungsaufgaben der juristischen Staatsprüfungen stellen die von den Verfassern dieser Aufgaben zum Zeitpunkt der Prüfungstermine verfertigten Musterlösungen dar; die Schriftleitung übernimmt für ihre inhaltliche Richtigkeit keine Gewähr.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Beiträge werden nur angenommen, wenn sie ausschließlich der „Bayerischen Verwaltungsblätter“ zum Abdruck angeboten sind.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Richard Boorberg Verlag, Levelingstraße 8, Postfach 80 03 40, 8000 München 80, Telefon (0 89) 43 20 55.

Konten: Bayerische Landesbank München (BLZ 700 500 00) Nr. 20/34 220; Postscheckamt München (BLZ 700 100 80) Nr. 39 12-802.

Alle Urheber- und Verlagsrechte bleiben vorbehalten. Auswertung für Datenträger, Vervielfältigung jeder Art oder Nachdruck von Beiträgen und Gerichtsentscheidungen sind nur mit vorheriger Genehmigung des Verlages gestattet. Die Genehmigung ist in jedem Einzelfall einzuholen.
Satz und Druck: Rudolf Eimannsberger, Hirtenstraße 26, 8000 München 2.

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugspreis: monatlich DM 12,40, für Studenten und Referendare (gegen Nachweis) DM 10,20, jeweils zuzüglich Versandkosten; Einzelheft DM 7,-.
Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im voraus.

Bestellungen nehmen der Verlag, die Postämter und alle Buchhandlungen entgegen. Abbestellungen können frühestens zum nächsten Quartalsende gültig werden, wenn sie sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegen.

Anzeigenpreisliste Nr. 10 ist zur Zeit gültig.

P 962

Inhaltsverzeichnis

Verfasser: Regierungsdirektor Rudolf W. Schmitt, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

Übersicht

| | | |
|---|-------|-------|
| I. Verzeichnis der Abhandlungen | Seite | V |
| II. Verzeichnis der kleinen Beiträge und Mitteilungen | Seite | VI |
| III. Verzeichnis der Entscheidungen | Seite | VI |
| IV. Beiträge für den jungen Juristen | Seite | IX |
| V. Verzeichnis des besprochenen Schrifttums | Seite | IX |
| VI. Sachverzeichnis (nach Stichworten in der Buchstabenfolge) | Seite | XI |
| VII. Systematisches Verzeichnis (nach Sachgebieten) | Seite | XXXII |
| Verzeichnis der Mitarbeiter | Seite | XLVI |

I. Verzeichnis der Abhandlungen

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers)

| | Seite | | Seite | | |
|-----------------------|---|-----|---------------------------|---|-----|
| <i>Badura</i> | Die Standortentscheidung bei der Unternehmerrgenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag | 515 | <i>Körner</i> | Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht | 38 |
| <i>Birk</i> | Zulässigkeit von Bauvorhaben im „Geltungsbereich“ eines für nichtig erklärten Bebauungsplans | 297 | <i>Küchenhoff</i> | Reform des Staatshaftungsrechts? | 740 |
| <i>Birk</i> | Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung | 744 | <i>Landt</i> | Voraussetzungen der Erschließungsbeitragspflicht | 104 |
| <i>Blumenwitz</i> | Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag | 520 | <i>Lerche</i> | Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kommunikationstechnischer Entwicklungen | 530 |
| <i>Börner</i> | Die Benutzung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Energieleitungen | 33 | <i>März</i> | Fragen aus dem Recht der Freiheitsentziehung und Unterbringung | 165 |
| <i>Börner</i> | Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? | 645 | <i>Matloch</i> | Die Abschnittsbildung bei der Abrechnung von Erschließungsanlagen | 8 |
| <i>Engels</i> | Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie | 201 | <i>Maunz</i> | Das Hochschulrahmengesetz des Bundes | 289 |
| <i>Eyermann</i> | Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen | 225 | <i>Maunz</i> | Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht | 360 |
| <i>Fessmann</i> | Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV | 389 | <i>Mayer</i> | Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern | 134 |
| <i>Freudling</i> | Eigentum an Gewässern | 141 | <i>Möfle</i> | Die Antragsbefugnis im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO | 609 |
| <i>Gaisbauer</i> | Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht | 452 | <i>Obermayer</i> | Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre | 535 |
| <i>Gallwas</i> | Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung | 385 | <i>Ostler</i> | Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen | 193 |
| <i>Giehl</i> | Das Verwaltungsverfahrensgesetz | 321 | <i>Petzke</i> | Jagdscheinversagung oder Jagdscheinsperrfrist? | 101 |
| <i>Giehl</i> | Volksgesetzgebung und Staatshaushalt | 486 | <i>Petzke</i> | Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber? | 294 |
| <i>Götz</i> | Die Teilungserlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern | 617 | <i>Pötz</i> | Die Präsentation des Gewissens | 97 |
| <i>Graba</i> | Der Verwahrantrag nach dem Bayerischen Verwahrungsgesetz | 231 | <i>Proksch</i> | Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung bei nichtiger Anordnung der sofortigen Vollziehung | 6 |
| <i>Grasser</i> | Rechtliche Probleme bei Beschlußwahlen nach Art. 51 Abs. 3 GO | 429 | <i>Proksch</i> | Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern | 649 |
| <i>Gruber</i> | Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs | 76 | <i>Puhr – Westerheide</i> | Versorgungsleitung und Enteignung | 460 |
| <i>Hein</i> | Das Waldgesetz für Bayern | 129 | <i>Renck</i> | Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten | 682 |
| <i>Herzog</i> | Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips | 161 | <i>Riegel</i> | Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht | 353 |
| <i>von der Heydte</i> | Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat | 528 | <i>Riegel</i> | Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung | 395 |
| <i>Hofmann</i> | Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung | 65 | <i>Ruland</i> | Der Anwendungsbereich der Amtshaftung | 581 |
| <i>Jaumann</i> | Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur | 737 | <i>Samper</i> | Das neue Polizeiorganisationsgesetz | 641 |
| <i>Kalkbrenner</i> | Ein Staat ohne Staatsangehörige | 714 | <i>Schäfer</i> | Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung | 679 |
| <i>Klein</i> | Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz | 257 | <i>Schenke</i> | Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten | 680 |
| <i>Knöpfle</i> | Verwaltung und Verwaltungswissenschaft | 417 | <i>von Scheurl</i> | Volksgesetzgebung und Staatshaushalt | 486 |
| | ber. auf S. 512 | | <i>Schmidt</i> | Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? | 1 |
| <i>König</i> | Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht | 577 | <i>G. Schmitt</i> | Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen | 324 |
| <i>Kopp</i> | Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Gerichte und im Verwaltungsverfahren | 719 | | | |

| | Seite | | Seite | | |
|-------------------|--|-----|------------------|---|-----|
| <i>K. Schmitt</i> | Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG | 673 | <i>Vehse</i> | Die innerdienstliche Weisung mit rechtserheblicher Auswirkungen gegenüber Dritten | 490 |
| <i>Sening</i> | Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen | 72 | <i>Voigt</i> | Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? | 361 |
| <i>Spanner</i> | Die neue Abgabenordnung | 541 | <i>Werner</i> | Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern | 705 |
| <i>Stern</i> | Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit | 547 | <i>Wipfelder</i> | Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse | 423 |
| <i>Stober</i> | Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? | 169 | <i>Witschel</i> | Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung | 41 |
| <i>Strunz</i> | Effektiver Führungsstil in unserer Zeit | 481 | <i>Zacher</i> | Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil | 552 |
| <i>Süß</i> | Der Stand der Funktionalreform in Bayern | 449 | | | |
| <i>Tiemann</i> | Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit | 261 | | | |

II. Verzeichnis der kleinen Beiträge und Mitteilungen

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers)

| | | | | | |
|---------------------|---|-----|-----------------------------|---|-----|
| <i>Czermak</i> | Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehungsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung | 106 | <i>Tiemann</i> | Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren | 650 |
| <i>Hausen</i> | Zur Erschließungsbeitragspflicht für beim Inkrafttreten des BBauG noch nicht vollständig hergestellte Straßen | 336 | <i>Wischnath</i> | Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? | 10 |
| <i>Kopp</i> | Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung | 204 | <i>Wollenschläger</i> | Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts | 268 |
| <i>Madel</i> | Zur notwendigen Abstandsfläche von Transformatorenturmstationen | 588 | <i>Ohne Verfasserangabe</i> | – Verstärkung des Umfangs der Bayerischen Verwaltungsblätter | 10 |
| <i>Renck</i> | Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht | 235 | | – Ministerialdirigent a. D. Dr. Panz † | 78 |
| <i>Renck-Laufke</i> | Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsgerichtlicher Vergleiche | 621 | | – Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs | 78 |
| | | | | – Zum 75. Geburtstag von Theodor Maunz | 513 |
| | | | | – Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 | 684 |

III. Verzeichnis der Entscheidungen

(mit Anmerkungen; geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge, bei gleichem Datum nach Senaten/Kammern bzw. nach Aktenzeichen)

| Bundesverfassungsgericht | | | | Bayerischer Verfassungsgerichtshof | | | | |
|--------------------------|-----|----------|--|------------------------------------|-------|-----|---|----------|
| B. v. | 2. | 4. 1974 | — 1 BvR 92/70, 97/70 | 507 | | | | |
| B. v. | 4. | 6. 1975 | — 2 BvR 824/74 | 111 | E. v. | 15. | 5. 1975 — Vf. 5—VII—73 | 173 |
| B. v. | 10. | 6. 1975 | — 2 BvR 1018/74 | 81 | E. v. | 18. | 7. 1975 — Vf. 41—VI—74 | 445 |
| B. v. | 10. | 6. 1975 | — 2 BvR 1074/74 | 45 | E. v. | 17. | 10. 1975 — Vf. 74—VI—74 | 44 |
| U. v. | 14. | 10. 1975 | — 1 BvL 35/70, 1 BvR 307/71 u. a. | 144 | B. v. | 14. | 11. 1975 — Vf. 76—VI—74 | 143 |
| B. v. | 29. | 10. 1975 | — 2 BvR 812/73 | 207 | E. v. | 20. | 11. 1975 — Vf. 14—VII—73 | 493 |
| U. v. | 5. | 11. 1975 | — 2 BvR 193/74 | 12 | E. v. | 21. | 11. 1975 — Vf. 66—VI—74 | 271 |
| B. v. | 16. | 12. 1975 | — 2 BvL 7/74 | 236 | E. v. | 3. | 12. 1975 — Vf. 61—VI—74 | 301 |
| | | | | | E. v. | 4. | 12. 1975 — Vf. 11—VII—74 | 80 |
| B. v. | 14. | 1. 1976 | — 1 BvL 4/72, 5/72 | 207 | E. v. | 18. | 12. 1975 — Vf. 5—VII—75 | 107 |
| B. v. | 27. | 1. 1976 | — 1 BvR 2325/73 | 302 | | | | |
| B. v. | 10. | 2. 1976 | — 2 BvG 1/74 | 364 | | | | |
| B. v. | 10. | 3. 1976 | — 1 BvR 355/67 | 559 | E. v. | 23. | 1. 1976 — Vf. 15—VII—73 | 205 |
| U. v. | 7. | 4. 1976 | — 2 BvH 1/75 | 337 | E. v. | 26. | 2. 1976 — Vf. 7—VII—75 | 269 |
| | | | mit Anmerkung Maunz | 340 | E. v. | 27. | 2. 1976 — Vf. 76—VI—75 | 652 |
| B. v. | 26. | 5. 1976 | — 2 BvR 995/75 | 463 | B. v. | 23. | 4. 1976 — Vf. 8—VI—75 | 721 |
| B. v. | 30. | 6. 1976 | — 2 BvR 164/76 | 687 | E. v. | 30. | 4. 1976 — Vf. 12—IV—75, 13—VII—75 | 431 |
| B. v. | 12. | 7. 1976 | — 2 BvR 280/76 | 688 | B. v. | 3. | 6. 1976 — Vf. 7—VI—73 | 604 |
| U. v. | 13. | 10. 1976 | — 1 BvR 135/75 | 723 | E. v. | 13. | 7. 1976 — Vf. 2—VII—74 | 589, 622 |
| U. v. | 13. | 10. 1976 | — 1 BvR 92, 103—114, 140—143, 187/76 | 722 | B. v. | 16. | 7. 1976 — Vf. 65—VI—75 | 653 |
| | | | | | E. v. | 21. | 7. 1976 — Vf. 16—V—74 | 751 |

| | Seite |
|---|------------|
| Bundesverwaltungsgericht | |
| U. v. 22. 2. 1974 — IV C 18.73 | 27 |
| U. v. 27. 6. 1974 — I C 10.73 | 758 |
| B. v. 28. 6. 1974 — II B 81.73 | 414 u. 478 |
| U. v. 23. 8. 1974 — IV C 38.73 | 27 |
| U. v. 20. 9. 1974 — IV C 32.72 | 27 |
| U. v. 20. 9. 1974 — IV C 70.72 | 20 |
| U. v. 4. 10. 1974 — IV C 59.72 | 23 |
| U. v. 4. 10. 1974 — IV C 9.73 | 21 |
| U. v. 15. 10. 1974 — V C 30.72 | 52 |
| U. v. 18. 10. 1974 — V C 37.73 | 54 |
| U. v. 13. 12. 1974 — IV C 26.73 | 24 |
| U. v. 31. 1. 1975 — IV C 46.72 | 27 |
| U. v. 31. 1. 1975 — IV C 55.72 | 57 |
| B. v. 31. 1. 1975 — VII B 63.74 | 187 |
| U. v. 28. 2. 1975 — IV C 37.72 | 375 |
| U. v. 14. 3. 1975 — IV C 34.73 | 25 |
| U. v. 4. 4. 1975 — IV C 1.73 | 277 |
| U. v. 17. 4. 1975 — V CB 4.74 | 55 |
| U. v. 17. 4. 1975 — V C 38.74 | 53 |
| U. v. 24. 4. 1975 — VIII A 1.73 | 213 |
| U. v. 22. 5. 1975 — V C 43.74 | 187 |
| U. v. 23. 5. 1975 — IV C 28.72 | 89 |
| U. v. 23. 5. 1975 — IV C 51.73 | 26 |
| U. v. 23. 5. 1975 — IV C 73.73 | 278 |
| B. v. 23. 5. 1975 — VII C 15.74 | 121 |
| B. v. 23. 5. 1975 — VII A 1.73 | 121 |
| U. v. 5. 6. 1975 — V C 57.73 | 187 |
| U. v. 5. 6. 1975 — V C 5.74 | 187 |
| U. v. 6. 6. 1975 — IV C 15.73 | 90 |
| U. v. 6. 6. 1975 — IV C 27.73 | 280 |
| U. v. 11. 6. 1975 — I C 8.71 | 185 |
| B. v. 11. 6. 1975 — VII P 15.73 | 121 |
| U. v. 11. 6. 1975 — VIII C 12.74 | 187 |
| B. v. 19. 6. 1975 — VI C 9.75 | 121 |
| B. v. 23. 6. 1975 — VII C 45.73 | 121 |
| U. v. 24. 6. 1975 — I C 25.73 | 151 |
| U. v. 24. 6. 1975 — I C 45.74 | 153 |
| U. v. 1. 7. 1975 — I C 35.70 | 183 |
| U. v. 1. 7. 1975 — I C 44.70 | 405 |
| B. v. 2. 7. 1975 — I C 20.73 | 154 |
| U. v. 2. 7. 1975 — VI C 59.74 | 91 |
| U. v. 11. 7. 1975 — VI C 2.71 | 759 |
| U. v. 11. 7. 1975 — VI C 44.72 | 759 |
| B. v. 21. 7. 1975 — VII P 1.74 | 121 |
| U. v. 24. 7. 1975 — V C 28.74 | 187 |
| U. v. 4. 8. 1975 — VI C 30.72 | 92 |
| U. v. 8. 8. 1975 — IV C 74.73 | 281 |
| U. v. 22. 8. 1975 — IV C 58.72 | 311 |
| U. v. 22. 8. 1975 — IV C 7.73 | 282 |
| U. v. 22. 8. 1975 — IV C 11.73 | 245 |
| U. v. 5. 9. 1975 — IV C 2.73 | 313 |
| B. v. 5. 9. 1975 — VI C 113.74 | 29 |
| U. v. 16. 9. 1975 — I C 27.74 | 120 |
| U. v. 16. 9. 1975 — I C 44.74 | 118 |
| U. v. 16. 9. 1975 — V C 76.74 | 248 |
| U. v. 23. 9. 1975 — II C 19.71 | 285 |
| U. v. 7. 10. 1975 — I C 46.69 | 406 |
| mit Anmerkung Wollenschläger | 408 |
| U. v. 7. 10. 1975 — I C 34.71 | 411 |
| U. v. 7. 10. 1975 — I C 24.72 | 410 |
| U. v. 10. 10. 1975 — VII C 26.73 | 215 |
| U. v. 10. 10. 1975 — VII C 64.74 | 251 |
| U. v. 16. 10. 1975 — II C 43.73 | 216 |
| U. v. 17. 10. 1975 — IV C 66.72 | 759 |
| B. v. 24. 10. 1975 — VII P 11.73 | 284 |
| B. v. 24. 10. 1975 — VII P 14.73 | 285 |
| U. v. 30. 10. 1975 — V C 60.73 | 252 |
| U. v. 30. 10. 1975 — V C 15.74 | 252 |
| U. v. 30. 10. 1975 — V C 13.75 | 252 |
| U. v. 7. 11. 1975 — VII C 25.73 | 285 |
| U. v. 12. 11. 1975 — VIII C 47.74 | 285 |
| U. v. 13. 11. 1975 — II C 16.72 | 182 |
| U. v. 14. 11. 1975 — IV C 76.73 | 759 |
| U. v. 14. 11. 1975 — IV C 84.73 | 246 |
| U. v. 14. 11. 1975 — IV C 2.74 | 759 |
| U. v. 28. 11. 1975 — IV C 45.74 | 315 |

| | Seite |
|---|----------|
| U. v. 28. 11. 1975 — VII C 47.73 | 373 |
| U. v. 3. 12. 1975 — VIII C 50.74 | 252, 596 |
| U. v. 3. 12. 1975 — VIII C 20.75 | 594 |
| U. v. 5. 12. 1975 — VI C 129.74 | 346 |
| U. v. 11. 12. 1975 — II C 3.74 | 758 |
| U. v. 12. 12. 1975 — IV C 71.73 | 248 |
| B. v. 19. 12. 1975 — VI CB 78.75 | 216 |
| B. v. 19. 12. 1975 — VII P 15.74 | 759 |
| U. v. 29. 1. 1976 — II C 47.73 | 442 |
| U. v. 30. 1. 1976 — IV C 12 und 13.74 | 440 |
| U. v. 30. 1. 1976 — IV C 26.74 | 500 |
| U. v. 13. 2. 1976 — IV C 44.74 | 759 |
| U. v. 13. 2. 1976 — IV C 72.74 | 441 |
| B. v. 13. 2. 1976 — VII P 4.75 | 759 |
| U. v. 24. 2. 1976 — I C 35.74 | 376 |
| U. v. 27. 2. 1976 — IV C 74.74 | 568 |
| U. v. 27. 2. 1976 — VII C 44.74 | 759 |
| U. v. 17. 3. 1976 — VIII C 145.72 | 598 |
| U. v. 17. 3. 1976 — VIII C 48.75 | 598 |
| U. v. 19. 3. 1976 — VI C 81.75 | 502 |
| U. v. 19. 3. 1976 — VII C 71.72 | 692 |
| U. v. 9. 4. 1976 — IV C 75.74 | 470 |
| U. v. 9. 4. 1976 — IV C 21.75 | 473 |
| B. v. 3. 5. 1976 — VI CB 91.75 | 477 |
| U. v. 20. 5. 1976 — V C 48.74 | 759 |
| U. v. 21. 5. 1976 — IV C 38.74 | 661 |
| U. v. 21. 5. 1976 — IV C 49-52.74 | 663 |
| U. v. 21. 5. 1976 — IV C 80.74 | 658 |
| U. v. 21. 5. 1976 — IV C 24.75 | 664 |
| B. v. 31. 5. 1976 — VI CB 24.76 | 569, 640 |
| U. v. 2. 7. 1976 — VI C 109.75 | 757 |
| U. v. 2. 7. 1976 — VI C 21.76 | 764 |
| U. v. 2. 7. 1976 — VII C 71.75 | 729 |
| mit Anmerkung Petzke | 730 |

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

| | |
|---|-----|
| U. v. 26. 4. 1974 Nr. 65 XII 72 | 46 |
| U. v. 31. 7. 1974 Nr. 2 IV 72 | 753 |
| U. v. 24. 10. 1974 Nr. 57 VIII 72 | 691 |
| B. v. 26. 11. 1974 Nr. 234 II 74 | 114 |
| U. v. 4. 12. 1974 Nr. 263 II 72 | 115 |
| U. v. 5. 12. 1974 Nr. 113 VI 69 | 15 |
| U. v. 6. 12. 1974 Nr. 76 I 70 | 495 |
| U. v. 23. 1. 1975 Nr. 150 VII 74 | 691 |
| U. v. 30. 1. 1975 Nr. 122 VI 74 | 465 |
| U. v. 3. 3. 1975 Nr. 25 III 74 | 276 |
| U. v. 4. 3. 1975 Nr. 114 II 73 | 115 |
| U. v. 11. 3. 1975 Nr. 50 V 70 | 148 |
| U. v. 13. 3. 1975 Nr. 7 IX 74 | 18 |
| B. v. 9. 4. 1975 Nr. 105 IV 75 | 176 |
| U. v. 10. 4. 1975 Nr. 168 I 72 | 207 |
| U. v. 11. 4. 1975 Nr. 54 XIII 73 | 51 |
| U. v. 15. 4. 1975 Nr. 91 I 71 | 175 |
| U. v. 24. 4. 1975 Nr. 75 XIII 72 | 47 |
| U. v. 24. 4. 1975 Nr. 61 XIII 75 | 50 |
| U. v. 9. 5. 1975 Nr. 130 III 74 | 30 |
| U. v. 2. 6. 1975 Nr. 256 VI 73 | 16 |
| U. v. 4. 6. 1975 Nr. 87 IV 72 | 276 |
| U. v. 5. 6. 1975 Nr. 319 III 69 | 276 |
| U. v. 6. 6. 1975 Nr. 278 VIII 71 | 211 |
| U. v. 11. 6. 1975 Nr. 4 IX 74 | 83 |
| U. v. 12. 6. 1975 Nr. 51 VII 75 | 691 |
| U. v. 13. 6. 1975 Nr. 10 IX 74 | 19 |
| U. v. 11. 7. 1975 Nr. 56 III 75 | 60 |
| U. v. 17. 7. 1975 Nr. 155 XIII 74 | 50 |
| B. v. 23. 7. 1975 Nr. 8 XI 74 | 178 |
| U. v. 25. 7. 1975 Nr. 185 IV 70 | 208 |
| U. v. 25. 7. 1975 Nr. 116 VI 73 | 464 |
| U. v. 28. 7. 1975 Nr. 24 I 71 | 305 |
| U. v. 28. 7. 1975 Nr. 19 VI 73 | 16 |
| U. v. 31. 7. 1975 Nr. 116 VI 74 | 210 |
| B. v. 18. 8. 1975 Nr. 183 IV 75 | 275 |
| B. v. 24. 9. 1975 Nr. 138 VII 74 | 241 |
| B. v. 26. 9. 1975 Nr. 3 X 75 | 276 |
| B. v. 2. 10. 1975 Nr. 50 V 75 | 178 |
| U. v. 3. 10. 1975 Nr. 108 XIII 73 | 48 |

| | Seite |
|--|----------|
| U. v. 6. 10. 1975 Nr. 168 II 74 | 176 |
| U. v. 7. 10. 1975 Nr. 270 I 72 | 237 |
| U. v. 14. 10. 1975 Nr. 117 II 72 | 564 |
| U. v. 14. 10. 1975 Nr. 96 VI 75 | 17 |
| U. v. 17. 10. 1975 Nr. 197 II 73 | 437 |
| U. v. 17. 10. 1975 Nr. 52 V 71 | 220 |
| U. v. 17. 10. 1975 Nr. 2 V 75 | 310 |
| U. v. 20. 10. 1975 Nr. 3 I 73 | 437 |
| B. v. 20. 10. 1975 Nr. 165 bis 171 VI 75 | 18 |
| U. v. 22. 10. 1975 Nr. 181 IV 74 | 241 |
| B. v. 27. 10. 1975 Nr. 237 III 75 | 276 |
| B. v. 28. 10. 1975 Nr. 174 I 71 | 174 |
| U. v. 28. 10. 1975 Nr. 66 II 72 | 86 |
| mit Anmerkung Kalkbrenner | 87 |
| U. v. 29. 10. 1975 Nr. 52 V 72 | 498 |
| U. v. 30. 10. 1975 Nr. 119 VI 74 | 311 |
| B. v. 3. 11. 1975 Nr. 70 I 75 | 93 |
| U. v. 3. 11. 1975 Nr. 232 VII 74 | 592 |
| U. v. 3. 11. 1975 Nr. 198 VII 75 | 344 |
| B. v. 4. 11. 1975 Nr. 192 II 75 | 115 |
| U. v. 11. 11. 1975 Nr. 121 II 73 | 115 |
| B. v. 11. 11. 1975 Nr. 205 VII 75 | 274 |
| U. v. 14. 11. 1975 Nr. 19 V 74 | 371 |
| U. v. 20. 11. 1975 Nr. 19 I 72 | 497 |
| B. v. 24. 11. 1975 Nr. 217 I 75 | 112 |
| U. v. 26. 11. 1975 Nr. 177 III 74 | 691 |
| U. v. 26. 11. 1975 Nr. 162 IV 74 | 370 |
| B. v. 5. 12. 1975 Nr. 319 IV 75 | 209 |
| U. v. 8. 12. 1975 Nr. 246 I 72 | 146 |
| U. v. 8. 12. 1975 Nr. 242 VII 74 | 594 |
| U. v. 12. 12. 1975 Nr. 123 III 74 | 308 |
| B. v. 15. 12. 1975 Nr. 185 I 75 | 147 |
| B. v. 15. 12. 1975 Nr. 222 I 75 | 368 |
| U. v. 17. 12. 1975 Nr. 224 IV 70 | 276 |
| U. v. 17. 12. 1975 Nr. 261 IV 74 | 438 |
| U. v. 17. 12. 1975 Nr. 136 IV 75 | 403 |
| U. v. 31. 12. 1975 Nr. 223 I 71 | 562 |
| U. v. 19. 1. 1976 Nr. 26 VII 74 | 345 |
| U. v. 23. 1. 1976 Nr. 84 III 75 | 572, 640 |
| U. v. 26. 1. 1976 Nr. 274 VII 74 | 466 |
| mit Anmerkung Renck | 468 |
| U. v. 30. 1. 1976 Nr. 4 XI 75 | 691 |
| B. v. 2. 2. 1976 Nr. 286 I 75 | 239 |
| B. v. 2. 2. 1976 Nr. 4 IV 76 | 276 |
| B. v. 4. 2. 1976 Nr. 124 III 75 | 272 |
| U. v. 11. 2. 1976 Nr. 281 II 73 | 369 |
| B. v. 11. 2. 1976 Nr. 243 IV 74 | 341 |
| U. v. 11. 2. 1976 Nr. 424 VIII 75 | 440 |
| U. v. 18. 2. 1976 Nr. 41, 42 IV 72 | 277 |
| U. v. 25. 2. 1976 Nr. 139 II 73 | 402 |
| U. v. 25. 2. 1976 Nr. 41 VII 70 | 727 |
| B. v. 8. 3. 1976 Nr. 273 VIII 74 | 350 |
| B. v. 11. 3. 1976 Nr. 194 II 75 | 286 |
| B. v. 11. 3. 1976 Nr. 359 VI 71 | 657 |
| U. v. 12. 3. 1976 Nr. 230 II 74 | 631, 691 |
| U. v. 16. 3. 1976 Nr. 151 VI 74 | 439 |
| B. v. 24. 3. 1976 Nr. 23 V 73 | 317 |
| U. v. 30. 3. 1976 Nr. 399 VIII 73 | 400 |
| U. v. 31. 3. 1976 Nr. 155 II 73 | 689 |
| B. v. 2. 4. 1976 Nr. 21 I 76 | 402 |
| B. v. 2. 4. 1976 Nr. 96 III 76 | 656 |
| U. v. 5. 4. 1976 Nr. 1 IX 71 | 566 |
| U. v. 14. 4. 1976 Nr. 297 II 74 | 654 |
| U. v. 11. 5. 1976 Nr. 320 I 72 | 630 |
| U. v. 11. 5. 1976 Nr. 75 III 75 | 655 |
| U. v. 19. 5. 1976 Nr. 156 VI 72 | 565 |
| B. v. 21. 5. 1976 Nr. 4 XIV 75 | 632 |
| U. v. 2. 6. 1976 Nr. 150 II 74 | 726 |
| U. v. 16. 6. 1976 Nr. 189 II 72 | 691 |
| U. v. 22. 6. 1976 Nr. 240 VI 75 | 690 |
| B. v. 30. 6. 1976 Nr. 306 I 73 | 572 |
| B. v. 30. 6. 1976 Nr. 139 VII 76 | 728 |
| U. v. 9. 7. 1976 Nr. 41 III 76 | 691 |
| U. v. 19. 7. 1976 Nr. 219 VI 74 | 756 |
| U. v. 23. 7. 1976 Nr. 32 V 75 | 628 |
| B. v. 29. 7. 1976 Nr. 203 II 75 | 666 |
| B. v. 29. 7. 1976 Nr. 99 IX 76 | 690 |
| B. v. 4. 8. 1976 Nr. 193 I 73 | 696 |

| | |
|---|-----|
| B. v. 17. 8. 1976 Nr. 102 II 76 | 636 |
| B. v. 20. 8. 1976 Nr. 82 I 76 | 725 |
| B. v. 7. 9. 1976 Nr. 159 VI 76 | 732 |

Verwaltungsgericht Ansbach

| | |
|---|-----|
| U. v. 13. 5. 1976 Nr. AN 9544 — X(V) 74 | 664 |
| U. v. 13. 5. 1976 Nr. AN 9857 — X(V) 75 | 666 |

Verwaltungsgericht München

| | |
|---|-----|
| U. v. 28. 10. 1975 Nr. M 548 I 73 | 632 |
| U. v. 5. 11. 1975 Nr. M IX 209 V 75 | 348 |

Verwaltungsgericht Regensburg

| | |
|--|-----|
| U. v. 11. 11. 1975 Nr. R/O 73 II 74 — VI | 285 |
| U. v. 11. 11. 1975 Nr. R/N 103 VI 75 | 187 |

| | |
|--|-----|
| U. v. 10. 3. 1976 Nr. R/O 296 III 75 | 760 |
|--|-----|

Bundesgerichtshof

| | |
|--|-----|
| U. v. 20. 6. 1974 — III ZR 97/72 | 156 |
| U. v. 17. 10. 1974 — III ZR 53/72 | 156 |
| U. v. 23. 12. 1974 — III ZR 125/72 | 157 |

| | |
|--|-----|
| U. v. 30. 1. 1975 — III ZR 18/72 | 157 |
| U. v. 27. 2. 1975 — III ZR 159/72 | 157 |
| U. v. 10. 4. 1975 — III ZR 37/73 | 157 |
| U. v. 5. 5. 1975 — III ZR 17/73 | 157 |
| U. v. 4. 6. 1975 — I ZR 114/74 | 444 |
| U. v. 12. 6. 1975 — III ZR 34/73 | 252 |
| U. v. 23. 6. 1975 — III ZR 76/73 | 157 |
| U. v. 10. 7. 1975 — III ZR 161/72 | 154 |
| U. v. 29. 9. 1975 — III ZR 40/73 | 122 |
| U. v. 9. 10. 1975 — III ZR 84/73 | 157 |
| U. v. 23. 10. 1975 — III ZR 108/73 | 348 |
| U. v. 13. 11. 1975 — III ZR 162/72 | 157 |
| U. v. 13. 11. 1975 — III ZR 76/74 | 379 |
| U. v. 20. 11. 1975 — III ZR 38/73 | 413 |
| U. v. 25. 11. 1975 — III ZR 42/73 | 504 |

| | |
|---|-----|
| U. v. 8. 1. 1976 — III ZR 5/74 | 694 |
| U. v. 5. 4. 1976 — III ZR 69/74 | 634 |

Bayerisches Oberstes Landesgericht

| | |
|--|-----|
| B. v. 16. 6. 1975 — RReg. 6 St 42/75 | 732 |
| U. v. 7. 7. 1975 — RReg. 1 Z 317/74 | 732 |
| B. v. 9. 7. 1975 — 3 Ob OWi 75/75 | 213 |
| B. v. 11. 7. 1975 — BReg. 3 Z 72/75 | 242 |
| B. v. 28. 7. 1975 — RReg. 4 St 43/75 | 213 |
| U. v. 1. 8. 1975 — RReg. 2 Z 268/74 | 27 |
| B. v. 7. 8. 1975 — 3 Ob OWi 56/75 | 213 |
| B. v. 17. 10. 1975 — 3 Ob OWi 94/75 | 213 |
| B. v. 22. 10. 1975 — RReg. 3 Z 128/75 | 56 |
| B. v. 27. 10. 1975 — RReg. 4 St 96/75 | 213 |
| U. v. 4. 11. 1975 — RReg. 5 St 205/75 | 213 |
| B. v. 11. 11. 1975 — RReg. 6 St 163/75 | 213 |
| U. v. 14. 11. 1975 — RReg. 2 Z 3/75 | 179 |
| B. v. 17. 11. 1975 — 1 Ob OWi 348/75 | 115 |
| B. v. 18. 11. 1975 — 4 Ob OWi 44/75 | 117 |
| B. v. 19. 11. 1975 — BReg. 3 Z 139/75 | 88 |
| B. v. 8. 12. 1975 — BReg. 1 Z 65/75 | 150 |

| | |
|--|-----|
| B. v. 25. 2. 1976 — BReg. 3 Z 12/76 | 443 |
| U. v. 9. 3. 1976 — RReg. 2 Z 63/75 | 378 |
| B. v. 11. 3. 1976 — BReg. 3 Z 11/76 | 411 |
| B. v. 15. 3. 1976 — 3 Ob OWi 5/76 | 603 |
| U. v. 22. 3. 1976 — RReg. 1 Z 251/75 | 570 |
| B. v. 24. 3. 1976 — 4 Ob OWi 18/76 | 504 |
| B. v. 6. 4. 1976 — BReg. 2 Z 90/75 | 474 |
| B. v. 6. 5. 1976 — BReg. 3 Z 46/76 | 502 |
| B. v. 6. 5. 1976 — 4 Ob OWi 92/75 | 603 |
| U. v. 10. 5. 1976 — Reg. 2 Z 153/75 | 633 |
| B. v. 13. 5. 1976 — 2 Ob OWi 53/76 | 475 |
| U. v. 4. 6. 1976 — RReg. 2 Z 92/75 | 599 |

| | Seite |
|--|-------|
| B. v. 24. 8. 1976 — 3 Ob OWi 73/76 | 732 |
| U. v. 14. 9. 1976 — RReg. 3 St 99/76 | 731 |
| B. v. 16. 9. 1976 — 3 Ob OWi 58/76 | 732 |
| B. v. 28. 9. 1976 — 4 Ob OWi 74/76 | 760 |

Oberlandesgericht München

| | |
|---|-----|
| U. v. 30. 4. 1975 — 1 U 1176/75 | 157 |
| U. v. 11. 3. 1976 — 1 U 4759/75 | 475 |

Oberlandesgericht Nürnberg

| | |
|--|-----|
| B. v. 10. 11. 1975 — 4 W 32/75 | 218 |
|--|-----|

Bundessozialgericht

| | |
|--|-----|
| U. v. 14. 5. 1975 — 1 RA 11/74 | 217 |
|--|-----|

IV. Beiträge für den jungen Juristen

(Prüfungsaufgaben; Entscheidungen sind im „Verzeichnis der Entscheidungen“ unter III. berücksichtigt)

1. Aufgaben der ersten jur. Staatsprüfung

| | |
|---|------------|
| Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu | 30 58 |
| Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu | 158 189 |
| Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu | 286 318 |
| Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II Lösungsskizze hierzu | 415 447 |
| Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I Lösungsskizze hierzu | 604 636 |
| Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I Lösungsskizze hierzu | 733 765 |

2. Aufgaben der zweiten jur. Staatsprüfung

| | |
|---|------------|
| Aufgabe 8 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu | 350 381 |
| Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu | 221 253 |
| Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu | 94 123 |
| Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu | 667 698 |
| Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abteilung Lösungsskizze hierzu | 478 509 |

V. Verzeichnis des besprochenen Schrifttums

(alphabetisch geordnet nach dem Namen des Verfassers; Name des Besprechers in Klammern)

| | | |
|--|---|---------|
| <i>Arndt/ Baumgürtel</i> | Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst = Bd. IV des Gesamtkommentars Öffentliches Dienstrecht, hrsg. von Fürst (Hacker) | 704 |
| <i>Bartlsperger</i> | Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Hueber) | 671 |
| <i>Berner</i> | Polizeiaufgabengesetz (Mayer) | 223 |
| <i>Bielenberg/ Kerneck/ Roosch</i> | Städtebauförderungsgesetz (Molodovsky) | 511 |
| <i>Birkenheier</i> | Wahlrecht für Ausländer (Henkel) | 736 |
| <i>Böhret/ Junkers</i> | Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Boettcher) | 510 |
| <i>Bosse</i> | Der subordinationsrechtliche Verwaltungsvertrag als Handlungsform öffentlicher Verwaltung (Renck) | 95 |
| <i>Clemens/ Millack/ Engelking/ Lantermann/ Henkel</i> | Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Hacker) | 95, 768 |
| <i>Dollinger</i> | Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Weingart) | 415 |
| <i>Donhauser/ Hürholz/ Schwing- hammer</i> | Kommunalabgabenrecht in Bayern (Knemeyer) | 351 |

| | | |
|--|---|-----|
| <i>Eberl/ Schiedermair/ Petzet</i> | Bayerisches Denkmalschutzgesetz (Oestreicher) | 191 |
| <i>Eberle</i> | Was früher in Bayern alles Recht war (Kalkbrenner) | 734 |
| <i>Erichsen/ Martens (Hrsg.)</i> | Allgemeines Verwaltungsrecht (Czermak) | 191 |
| <i>Feneberg/ Simader</i> | Bundeswahlgesetz mit Bundeswahlordnung (Petzke) | 735 |
| <i>Friauf</i> | Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Franke) | 448 |
| <i>Friauf</i> | Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Franke) | 448 |
| <i>Friauf</i> | Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Franke) | 448 |
| <i>Fürst/ Schinkel</i> | Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Bd. III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Hacker) | 160 |
| <i>Fürst(Hrsg.)</i> | Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Bd. IV: Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Hacker) | 704 |

| | Seite | | Seite |
|---|--|---|--|
| <i>Fürst/ Dodenhoff/ Dörffler/ Weyreuther</i> | Bundesbaurecht (Bosch) 671 | <i>Maurach/ Behrendt/ Maunz (Hrsg.)</i> | WEX 7: Staatslehre – Verfassungsge- schichte (Kalkbrenner) 669 |
| <i>Fuß</i> | Der Grundrechtsschutz in den Europäi- schen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Spanner) 480 | <i>Mayer-Tasch</i> | Die Verfassungen der nicht-kommunisti- schen Staaten Europas (Kalkbrenner) 224 |
| <i>Gaentzsch</i> | Die Bodenwertschöpfung im Städtebau- förderungsgesetz (Steiner) 511 | <i>Molodovsky</i> | Enteignungsrecht in Bayern (Sasowski) 415 |
| <i>Geiger/ Schneider</i> | Der Umgang mit Computern (Tubies) 639 | <i>Müller- Volbehr</i> | Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes (Hablitzel) 384 |
| <i>Geißelmann</i> | Die kommunalen Spitzenverbände (Weg- mann) 288 | <i>Neidhart</i> | Föderalismus in der Schweiz (Grézer) 575 |
| <i>Gleich</i> | Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik (Zeitler) 416 | <i>von Oertzen (Hrsg.)</i> | „Demokratisierung“ und Funktionsfähig- keit der Verwaltung (Boettcher) 63 |
| <i>Gorski</i> | Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage gegen Steuerbescheide (Renck) 480 | <i>Oestreicher</i> | Bundessozialhilfegesetz (L. Schmitt) 607 |
| <i>Gottwald</i> | Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Plötz) 32 | <i>Pagenkopf</i> | Einführung in die Kommunalwissenschaft (Wegmann) 352 |
| <i>Hahn</i> | Föderalismus – Die demokratische Alter- native (Grézer) 159 | <i>Pagenkopf</i> | Kommunalrecht, Bd. I: Verfassungsrecht (Wegmann) 320 |
| <i>Hahn/ Kinsky/ Fuchs u. a.</i> | Der integrale Föderalismus – Föderalismus als Gesellschaftslehre (Grézer) 575 | <i>Pietzker</i> | Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Theuersbacher) 256 |
| <i>Haun</i> | Die Bundesaufsicht (Franke) 64 | <i>Pippke</i> | Karrieredeterminanten der öffentlichen Verwaltung – Hierarchiebedingte Arbeits- anforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Wollenschläger) 224 |
| <i>Heermann</i> | Der Gemeinderatsbeschuß (Paptistella) 575 | <i>Reißig</i> | Gemeindliche Bauleitplanung (Simon) 605 |
| <i>Heigl/Hosch</i> | Raumordnung und Landesplanung in Bayern (Stich) 62 | <i>Rill (Hrsg.)</i> | Zeitschrift für Verwaltung (Kopp) 703 |
| <i>Heinze</i> | Bundesbaugesetz (Bosch) 63 | <i>Saage/ Göppinger</i> | Freiheitsentziehung und Unterbringung (März) 165 |
| <i>von Heyl</i> | Wahlfreiheit und Wahlprüfung (Petzke) 126 | <i>Samper</i> | Kommentar zum bayerischen Polizeiauf- gabengesetz (Mayer) 223 |
| <i>Kopp</i> | Verwaltungsgerichtsordnung (Schwarzer) 575 | <i>Schinkel</i> | Besoldungsrecht des Bundes und der Länder = Bd. III des Gesamtkommentars Öffentliches Dienstrecht, hrsg. von Fürst (Hacker) 160 |
| <i>Krumbiegel</i> | Der Sonderopferbegriff in der Recht- sprechung des Bundesgerichtshofs (Riegel) 319 | <i>Schmid</i> | Die weißblaue Botschaft (R. Schmitt) 639 |
| <i>Lauterbach/ Hartmann/ Albers</i> | Kostengesetze (Renck) 640 | <i>Schreiber</i> | Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag (Henkel) 735 |
| <i>Linhart</i> | Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen in der Ver- waltung (Boettcher) 191 | <i>Schreml</i> | Bayerisches kommunales Haushaltsrecht (Schieder) 607 |
| <i>Lohmar/ Ortner (Hrsg.)</i> | Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeits- losigkeit (Maunz/Reich) 255 | <i>Seidel</i> | Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärti- gen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Kalkbrenner) 127 |
| <i>Mang/ Maunz/ Mayer/ Obermayer</i> | Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Süß) 31 | <i>Tiemann</i> | Die staatsrechtliche Stellung der Finanz- kontrolle des Bundes (Henle) 767 |
| <i>Mang/Simon</i> | Bayerische Bauordnung (Heitzer) 670 | <i>Tipkel/ Kruse</i> | Kommentar zur Abgabenordnung (Klein) 574 |
| <i>Mannlicher/ Quell</i> | Das Verwaltungsverfahren (Kopp) 287 | <i>Trachternach</i> | Parteien in der kommunalen Selbstverwal- tung (Schröder) 702 |
| <i>Maunz/ Dürig/ Herzog</i> | Kommentar zum Grundgesetz (Spanner) 668 | <i>Tschiral/ Schmitt- Glaeser</i> | Grundriß des Verwaltungsprozeßrechts (Kopp) 383 |
| <i>Maurach/ Behrendt/ Knöppfle/ Thieme</i> | Verwaltungslehre (Maunz) 447 | <i>Ule</i> | Verwaltungsprozeßrecht (Renck) 383 |
| | | <i>Wolst</i> | Die Bundesauftragsverwaltung als Ver- waltungsform (Franke) 64 |
| | | <i>Würtenberger</i> | Probleme der VwGO (Kopp) 670 |
| | | <i>Wurzel</i> | Gemeinderat als Parlament? (Paptistella) 703 |
| | | <i>Zacher</i> | Internationales und europäisches Sozial- recht (Schmatz) 574 |

VI. Sachverzeichnis

(alphabetisch geordnet nach Stichworten; die Klammerzusätze nach den Seitenzahlen bedeuten: A = Aufsätze und Beiträge, B = Buchbesprechungen, P = Prüfungsaufgaben; Seitenzahlen ohne Klammerzusätze = Entscheidungen)

| | Seite | | Seite |
|---|--|---|-----------------------|
| A | | Amtsgericht (Zweigstellenauflösung) | 178, 474 |
| Abbruch von Wohnungen | 400 | Amtshandlungsgebühr | 495 |
| Abendgymnasium (Ausbildungsförderung) | 252 | Amtspflichtverletzung | |
| Abfall (Autowracks) | 371 | — Anwendungsbereich der Amtshaftung | 581 (A) |
| Abfindung nach FlurbG | 48, 50, 52, 53, 54 | — Bauvorbescheid | 599 |
| Abgabenordnung | | — Bebauungsplan (Zusage, Änderung) | 378, 694 |
| — AO 1977 | 541 (A) | — Einvernehmen der Gemeinde zu Baugenehmigung | 122 |
| — Kommentar zur Reichs-A. | 574 (B) | — Staatshaftungsrechts-Reform | 581 (A), 740 (A) |
| Abgeordneter | | — Strafgefangenenvergütung | 157 |
| — Alimentation | 12 | — Verjährung | 634 |
| — Fraktionsstatus | 431 | — Zollabfertigung | 157 |
| — Rechtsstellung (Bundestag u. Landtag) | 361 (A) | Amtsprüfung (Anordnung der sofortigen Wirksamkeit einer Freiheitsentziehung) | 243 |
| Abkommen | | Amtsverlust eines Gemeinderats | 341, 751 |
| — Ausländerausweisung und internationale A. | 166 (A, B) | Anbau an Grenzbau | 146, 147 |
| — Gebietsabgrenzungs-A. bei Energieversorgungsunternehmen | 18 | Anbauverbot bei Fernstraßen | 311 |
| Ablehnung | | Änderung | |
| — aller Mitglieder eines Spruchkörpers | 346, 757 | — genehmigter Bauwerke | 564 |
| — einer Wahl zum Präsidium eines Gerichts? | 121 | — Bebauungsplan(entwurf) | 562, 694 |
| — im Zweitanspruchsverfahren | 757 | — Bundesbaugesetz | 65 (A) |
| Abmahnung (statt Versagung der Gewerbeerlaubnis) | 120 | — Flurbereinigungsplan | 52, 54 |
| Abschiebung, Abschiebungshaft für Ausländer | 56, 165 (A, B), 242, 403, 408, 410, 411, 502 | — Gebiets-Ä. und Flächennutzungsplan | 440 |
| Abschnittsbildung im Erschließungsrecht | 8 (A), 15, 16, 21 | — Klage-Ä. | 495 |
| Abstandsflächen | | — Nutzungs-Ä. ohne Genehmigung (Art. 100 BayBO) | 691 |
| — Erhöhung der Außenmauern | 237 | — der Sach- und Rechtslage (VA mit Dauerwirkung) | 30/59 (P), 94/124 (P) |
| — Grenzbau | 146, 147 | — von Verkehrswegen bei Kanalausbau | 375 |
| — Grenzgaragen | 207, 562 | Androhung (Zwangsgeld-A.) | 86, 632 |
| — Trafostation | 285, 588 (A) | Anerkennung der DDR | 416 (B) |
| — Vorbauten | 630 | Angebot zum freihändigen Erwerb eines Grundstücks (statt Enteignung) | 156 |
| Abstellen von stillgelegtem Kfz. auf öffentlicher Straße | 760 | Anfechtung | |
| Abstimmung der Bauleitplanung benachbarter Gemeinden | 112 | — Auflagen | 658 |
| Abwägungsgebot nach § 1 BBauG | 70 (A), 305 | — Bestandskraft eines Ausgangsbescheides | 241 |
| Abwasser | | — innerdienstliche Weisung | 490 (A), 719 (A) |
| — Anschlußbeitrag an Kanalisation | 221/255 (P), 251, 276 | — Klageänderung bei A.-Klage | 495 |
| — Benutzungsgebühren | 276, 277 | — kommunale Neugliederung | 705 (A) |
| — Haftung der Gemeinde | 413 | — nichtiger Verwaltungsakte | 756 |
| — Hauskläranlagen | 599 | — Richterwahl | 121 |
| Abwehrrecht | | — Streitgegenstand der A.-Klage | 480 (B) |
| — gegen Eingriffe in Naturschönheiten | 72 (A), 76 (A), 83 | — Vorbescheid (Nachbar) | 237 |
| — gegen Straßenausbau | 157 | — Wahlrechtsangelegenheiten | 271 |
| Adelsprädikat | 148 | — Zinsen | 565 |
| ADO (Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung) | 173 | Angestellte(r) | |
| Aktenanforderung (Prozeßgebühr) | 732 | — Abgeordnete | 12 |
| Akteneinsicht | | — Bürgermeister | 276 |
| — Allgemeine Dienstordnung | 173 | — Höhergruppierung | 759 |
| — Beamter (Personalakten) | 92 | — Inkompatibilität | 341 |
| — Bewerber um Lehrauftrag | 759 | — Recht der A. im öffentlichen Dienst | 704 (B) |
| Alimentation der Abgeordneten | 12 | Anhörung | |
| Allgemeine Dienstordnung (Rechtsnatur) | 173 | — vor Ausweisung von Ausländern | 56 |
| Allgemeines Verwaltungsrecht | 191 (B) | — der Gemeinde bei Verkehrsregelung | 693 |
| Allgemeinverfügung (Verkehrszeichen) | 116 | — Verwaltungsverfahren/AO | 542 (A) |
| Almkaser | 570 | „Anlage“ (i. S. des Art. 100 BayBO) | 114 |
| Amberg-Sulzbach (Kreissitz) | 205 | Anlieger | |
| Amtsblatt (Hinweis auf Beitrags-Satzung) | 760 | — Ausbaubeiträge | 760 |
| | | — Räum- und Streupflichten | 180 |
| | | Anmerkungen zu Gesetzestexten (Staatsprüfung) | 60 |
| | | Annexkompetenz des Bundes | 217 |

| | Seite |
|---|----------------------------|
| Anordnung | |
| — Beseitigungs-A. 86, 90, 114, 115, 437, 564, 631, 632, 691 | |
| — Bestattungs-A. | 310 |
| — einstweilige 112, 178, 272, 274, 402, 722, 725, 747 (A) | |
| — Fahrtenbuch | 728 |
| — Halteverbots-A. | 692 |
| — Nutzungsuntersagung | 402 |
| — sicherheitsrechtliche A. (Bestimmtheit) | 30/60 (P) |
| Anordnung der sofortigen Vollziehung | |
| — Ausweisung von Ausländern | 275 |
| — Begründung | 690 |
| — Besitzeinweisung | 690 |
| — Fahrerlaubnisentziehung | 106 (A) |
| — Freiheitsentziehung | 242 |
| — Nichtigkeit | 6 (A) |
| — Rechtsbehelfsbelehrung | 169 (A) |
| — Streitwert | 276 |
| Anschluß (Kanalisation) | 221/255 (P), 251, 276, 277 |
| Anspruch | |
| — auf Abstimmung der Bauleitplanung | 112 |
| — auf Akteneinsicht | 92, 759 |
| — auf Baugenehmigung bei nichtigem Bebauungsplan | 298 (A) |
| — auf weitere Bebauung im Außenbereich? | 437 |
| — auf behördliches Einschreiten? | 175, 685 (A) |
| — auf bestimmte Erschließungsmaßnahmen | 23 |
| — auf Erhaltung von Baudenkmälern? | 239 |
| — aus Forschungsgrundrecht | 273 |
| — Krankenhausplanung | 348 |
| — auf Lärmschutzaufgabe | 658, 661, 663 |
| — Sozialstaatsprinzip begründet keinen A. | 163 (A) |
| — auf Übernahme von Grünflächen | 504 |
| — auf Verordnung zur Gemeindegebietsreform | 711 (A) |
| — auf Widerspruchsbescheid? | 241 |
| Antrag | |
| — auf Anordnung der Abschiebungshaft | 88, 166 (A, B) |
| — auf Bodenverkehrsgenehmigung | 176, 470, 473 |
| — A.-Monopol (Verwaltungsbehörde bei Abschiebung) | 166 (A, B) |
| — Negativattest nach § 19 BBauG | 473 |
| — Normenkontroll-A. nach § 47 VwGO | 178, 475, 609 (A) |
| — Teilungsgenehmigung | 470 |
| — Verwahrung | 231 (A), 443 |
| — Wiederherstellung der aufsch. Wirkung | 6 (A), 115, 239, 368 |
| — Zweit-A. | 757, 759 |
| Arbeiter im öffentlichen Dienst | 704 (B) |
| Arbeitslosigkeit (Akademiker-A.) | 255 (B) |
| Arbeitszeit | |
| — Bäckereien | 478/509 (P) |
| — Verlängerung bei Staatsprüfung | 656 |
| Armenrecht | 114, 440 |
| Asylrecht | |
| — trotz Abschiebungsvoraussetzungen | 410, 412 |
| — begünstigte Gewährung des A. | 405 |
| — Inhalt und Grenzen des Grundrechts | 406 |
| — innerdeutsches A. | 268 (A) |
| — Mißbrauch | 403 |
| — Republikflucht | 411 |
| Aufenthaltserlaubnis | |
| — Versagung (trotz Schulden) | 438 |
| — Versagung bei EG-Ausländern | 209 |
| — vorläufiger Rechtsschutz | 275 |
| Aufenthaltsraum (Hobbyraum) | 630 |
| Aufhebung von Landesrecht durch Bundesgesetzgeber? | 294 (A) |

| | Seite |
|--|---------------------------------|
| Auflage | |
| — Anfechtung | 658 |
| — Fahrtenbuch | 728 |
| — Schutz-A. nach § 17 FStrG | 658, 661, 663, 664 |
| — Streitwert | 188 |
| Aufrechnung mit Steuerforderung | 158/190 (P) |
| Aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs | |
| — Antragsbefugnis | 239 |
| — Ausländerrecht | 275 |
| — Besitzeinweisung (LBG) | 690 |
| — Nachbarklage | 368 |
| — Steuerbescheid | 176 |
| — Wiederherstellung | 6 (A), 115, 239, 368 |
| Aufsicht | |
| — A.-Beschwerde e. Strafgefangenen | 301 |
| — Bundes-A. | 64 (B) |
| — Forst-A. | 133 (A) |
| — A.-Pflicht des Gaststätteninhabers | 118 |
| — Steuer-A. | 542 (A) |
| — A.-Vertretung (FlurbG) | 48 |
| Auftrag (A.-Verwaltung) | 64 (B) |
| Augenleiden (jur. Staatsprüfung) | 656 |
| Augenscheinseinnahme | 93 |
| Ausbau von Straßen | |
| — Abwehranspruch | 157 |
| — Bundeswasserstraße (Kreuzungskosten) | 375 |
| Ausbildung | |
| — Grundrecht auf A. | 385 (A) |
| — A.-Vergütung | 210 |
| Ausbildungsförderung | |
| — Abendgymnasium | 252 |
| — erhöhter Bedarf | 252 |
| — Fachoberschüler | 252 |
| Ausfertigung von Leistungsbescheiden bzw. Ausstandsverzeichnissen | 218 |
| Ausgleichsbehörde (Zustimmung zu Mietzinserhöhung) | 759 |
| Ausgleichszulage | 655 |
| Auskunft | |
| — Allgemeine Dienstordnung | 173 |
| — AO 1977 | 543 (A) |
| — Bebauungsplanänderung | 694 |
| — öffentliches Interesse | 428 (A) |
| Auslagenerstattung | 187, 317 |
| Ausländer | |
| — Abschiebung(shaft) | 56, 165 (A, B) |
| | 242, 403, 408, 410, 411, 502 |
| — Ausweisung | 56, 88, 154, 185, 275, 403, 406 |
| | 410, 411, 438 |
| — Demonstrationsverbot | 183 |
| — privatrechtliche Verpflichtungen | 438 |
| — als Rechtsanwälte | 195 (A) |
| — Rechtsmittelbeschwerde | 45, 88 |
| — Verfassungsbefugnis | 721 |
| — Versagung der Aufenthaltserlaubnis | 209, 275 |
| — vorläufiger Rechtsschutz | 275 |
| — Wahlrecht | 736 (B) |
| Auslegung (Interpretation) | |
| — Geschäftsverteilungsplan | 569 |
| — des Art. 4 Abs. 3 GG | 97 (A) |
| — Klage und Widerspruch von Ehegatten | 759 |
| — Preisangaben-VO | 117 |
| — des Sozialstaatsprinzips | 161 (A) |
| — verfassungskonforme A. | 81, 89, 155, 523 (A) |
| Auslandsstudium (Studienplatzvergabe) | 187 |
| Auslegung von Bebauungsplänen | 562 |
| „Ausnahmefall“ für zweite Wiederholungsprüfung | 344 |
| Aussage-Protokollierung | 414, 477, 478, 764 |

| | Seite |
|--|---|
| Ausscheiden von Gemeinderatsmitgliedern (Art. 31 Abs. 3 GO) | 751 |
| Ausschließung von Richtern wegen Befangenheit | 55, 346, 758 |
| Ausschluß | |
| — von einer Einrichtung des zweiten Bildungsweges | 302 |
| — von Gemeinderatsmitgliedern bei der Abstimmung | 341, 754 |
| Ausschlußfrist des Art. 125 AGBGB | 16, 104 (A), 154, 217, 235 (A) |
| Außenbereich | |
| — Anspruch auf weitere Bebauung (Bestandsschutz) | 437 |
| — Austragshaus | 689 |
| — Ausuferungsgefahr vorhandener Bebauung | 442 |
| — Bebauungsgenehmigung | 89 |
| — Bienenhaltung | 369 |
| — „forstwirtschaftlicher Betrieb“ | 90 |
| — Hecken | 114 |
| — Holzhütte (Rauminhalt) | 654 |
| — Jagdhütte | 115 |
| — Landschaftsbeeinträchtigung | 90 |
| — Naturschutz | 85 |
| — Straße als Erschließungsanlage im A.? | 20 |
| Außenprüfung (AO 1977) | 543 (A) |
| Aussetzung, Streitwert im A.-Verfahren (§ 80 Abs. 5 VwGO) | 276 |
| Ausstandsverzeichnis | 218 |
| Austragshaus (Außenbereich) | 689 |
| Austritt aus Kirche | 466 |
| Auswärtige Gewalt | |
| — Verfassungsrechtsprechung | 520 (A) |
| — Verträge der Bundesländer | 127 (B) |
| Ausweis (Staatsangehörigkeits-A.) | 566 |
| Ausweisung von Ausländern | 56, 88, 154, 185, 275, 403, 406, 410, 411, 438 |
| Autowracks | 371 |

B

| | |
|---------------------------------------|-------------------------|
| Bäckerei (Arbeitszeit) | 478/509 (P) |
| Baggersee | 141 (A) |
| Bahnhof (Kosten der Umbenennung) | 157 |
| Bahnhofsverbot | 731 |
| Bannwald | 130 (A), 134 (A) |
| Bar (Preisverzeichnis) | 117 |
| Baudenkmal (Anspruch auf Erhaltung?) | 239, 652 |
| Baugenehmigung | |
| — Anspruch auf B. | 298 (A) |
| — Aufhebung (Mitverschulden) | 252 |
| — Bebauungsgenehmigung | 89 |
| — Einfriedung für „Erwerbsgartenbau“? | 115 |
| — Einvernehmen der Gemeinde | 122 |
| — Erlaubnis nach § 9 VbF | 368 |
| — Erlöschen | 277 |
| — u. immissionsrechtliche Genehmigung | 204 (A) |
| — Nachbar-Zusage | 759 |
| — Prüfungsaufgaben | 94/123 (P), 286/318 (P) |
| — Vergleich | 246 |
| — vorläufige B.? | 402 |
| — Widerruf | 286/319 (P), 564 |
| — Zurücknahme (Entschädigung) | 497 |
| Baulandsachen | |
| — Sprungrevision | 157 |
| — Vertreter öffentlicher Interessen | 157 |

| | |
|--|------------------|
| Baulast | |
| — Beleuchtung | 760 |
| — Kreuzung mit Bundeswasserstraße | 375 |
| — Ortsdurchfahrt | 313 |
| Bauleitplanung | |
| — Abstimmung zwischen Nachbargemeinden | 112 |
| — gemeindliche B. | 605 (B), 744 (A) |
| — Inzidentprüfungsrecht der Exekutive | 1 (A) |
| — Naturschutz | 85 |
| — Rechtsschutz gegen B. | 725, 744 (A) |
| Bauordnung, Bayerische | 670 (B) |
| Baurecht (Bundes-B.) | 671 (B) |
| Bausperre, faktische | 155 |
| Bauverbot (Entschädigung) | 154 |
| Bauvoranfrage, Bauvorbescheid | 89, 599 |
| Bayerische Bauordnung | 670 (B) |
| Bayerische Verfassung (Staatsangehörigkeit) | 714 (A) |
| Bayerische Verwaltungsblätter | |
| — Mitherausgeber Panz † | 78 (A) |
| — Verstärkung des Umfangs | 10 (A) |
| Bayerischer Verfassungsgerichtshof (Bindung der Gerichte an Entscheidungen des BayVerfGH) | 76 (A) |
| Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (Geschäftsverteilung 1976) | 78 (A) |
| Bayerisches Denkmalschutzgesetz | 191 (B) |
| Bayerisches kommunales Haushaltsrecht | 607 (B) |
| Bayerisches Polizeiaufgabengesetz | 223 (B) |
| Beamte(r) | |
| — Abgeordnete als B. | 12 |
| — Amtspflichtverletzung in Bausachen | 122, 694 |
| — Änderung dienstlicher Aufgaben | 273 |
| — Ausgleichszulage | 655 |
| — Bürgermeister | 276 |
| — Dienstenhebung, vorläufige | 178 |
| — dienstliche Beurteilung | 182 |
| — Dienstunfall | 442, 758 |
| — Einsicht in Personalakten | 92 |
| — Hilflosigkeitzuschlag | 758 |
| — kommunale Wahl-B. | 655 |
| — Nebentätigkeit | 285 |
| — Stellung im modernen Staat | 528 (A) |
| — Unterhaltsbeitrag für Witwe | 691 |
| — Wahl zum Personalrat | 80 |
| — Zoll-B. (Amtspflichten) | 157 |
| Bebauungsgenehmigung | 89, 246 |
| Bebauungsplan | |
| — Abstimmung zwischen Nachbargemeinden | 112 |
| — Änderungen des B.-Entwurfs | 562 |
| — Auskunft über Änderung des B. | 694 |
| — enteignende Wirkung | 157 |
| — Ergänzung | 500 |
| — Erschließungsbeitragspflicht bei noch nicht in Kraft getretenem B. | 21 |
| — Erschließungspflicht aufgrund B.? | 23, 315 |
| — Flächennutzungsplan als Voraussetzung | 174, 440 |
| — Genehmigungsvorbehalt | 500 |
| — Grünflächenfestsetzung | 504 |
| — Nichtigkeit | 297 (A) |
| — Normenkontrolle (einstw. AO) | 725, 745 (A) |
| — Rechtsschutz | 725, 745 (A) |
| — Zusage über Aufstellung eines B. | 378 |
| Bedürfnis für Schußwaffentragung | 151, 345 |
| Befangenheit | |
| — Richter | 55, 346, 757 |
| — Vorstand der Teilnehmergemeinschaft | 51 |
| Beförderung von Beamten | 224 (B) |
| Beförderung, unentgeltliche (Schwerbehinderte im Nahverkehr) | 187 |

| | Seite | | Seite |
|---|---------------------------|--|--------------------------|
| Begnadigung | 215 | Beschlußwahlen nach Art. 51 GO | 429 (A) |
| Begründung | | Beschwer | |
| — Freiheitsentziehung | 243 | — Verfassungsbeschwerde | 604 |
| — Nachschieben einer B. | 15, 29, 94/126 (P) | — Widerspruchsbescheid | 495 |
| — sofortige Vollziehung einer Besitzeinweisung | 690 | Beschwerde | |
| Behinderte | | — Flurbereinigungsverfahren | 52 |
| — Eingliederungshilfe | 673 (A) | — gegen Klagerücknahme (Fiktion) | 478/509 (P) |
| — im Prüfungsverfahren | 650 (A), 656 | — Nichtzulassungs-B. | 44 |
| Behörde | | — gegen Streitwertfestsetzung | 350 |
| — Anspruch auf Einschreiten der B. | 175, 685 (A) | Beseitigungsanordnung | |
| — Aufsichtsvertretung | 48 | — des gesamten Bauwertes bei ungenehmigter | |
| — Statusfeststellung nach RuStAG | 566 | Änderung | 564 |
| Beihilfe (Heilpraktiker) | 691 | — Bestimmtheit | 631, 691 |
| Beiladung | | — Blockhütte | 90 |
| — Kosten des Beigeladenen | 286 | — Einfriedung von Kfz.-Stellplätzen | 437 |
| — Streit um Schutzauflage nach § 17 FStrG | 661 | — Fristsetzung | 86 |
| Beitragsbescheid (Zustellung) | 756 | — Handlungsstörer | 115 |
| Beitragsatzung | | — Hecken | 114 |
| — Rückwirkung | 25, 315, 760 | — örtliche Zuständigkeit | 726 |
| — Verkündung | 760 | — Teile eines Bauwerks | 631 |
| Beitritt zu Länder-Streitigkeit vor BVerfG | 337 | — Vollstreckung | 86, 115, 631, 632 |
| Bekanntmachung, Bekanntgabe | | Besitzeinweisung, vorläufige | |
| — Jugendschutzvorschriften | 504 | — Flurbereinigung | 46 |
| — Schätzwertfeststellung (FlurbG) | 47 | — Landbeschaffungsgesetz | 690 |
| — Verwaltungsakt (Widerspruchsfrist) | 94/124 (P) | — Rechtsberatungskosten | 379 |
| Belehrung über Rechtsbehelfe | 45, 88, 169 (A), 568, 691 | — Richter-Mitwirkung (Vorverfahren) | 55 |
| Beleuchtung von Straßen (Beitragsatzung) | 763 | Besoldung | |
| Benecke (Otto-B.-Stiftung) | 268 (A) | — Ausgleichszulage nach KWBG | 655 |
| Benotung | | — „Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG) | 759 |
| — mündliche Schülerleistungen | 691 | Besoldungsrecht des Bundes und der Länder | 95 (B), 160 (B), 768 (B) |
| — Rechtsreferendare | 572 | „Besonderes Gewaltverhältnis“ | |
| Beratervertrag für Abgeordnete | 12 | — innerdienstliche Weisung | 490 (A) |
| Berichtigung | | — Schule | 303 |
| — Tatbestands-B. (Urteil) | 764 | Bestandskraft von Verwaltungsakten | 545 (A), 580 (A) |
| — Verwaltungsakte | 545 (A) | Bestandsschutz | |
| — Wohngeldbescheide | 187 | — Bebauung im Außenbereich | 20, 437 |
| Berichtigungsersuchen nach § 79 FlurbG | 50 | — Gewerbebetrieb | 249 |
| Berufliche Bildung | 448 (B) | — Umfang | 564 |
| Berufsausbildung | | Bestattung (Bestimmung von Art und Ort) | 310 |
| — Ausbildungsvergütung | 210 | Bestellung von Sachverständigen | |
| — Grundrechtsschutz | 304 | (Rücknahme/Widerruf) | 758 |
| Berufsbeamtentum, Grundsätze des B. | | Bestimmtheit | |
| (Wahlrecht zum Personalrat) | 80 | — Beseitigungsanordnungen | 372, 631, 632, 691 |
| Berufsfreiheit | | — Fahrtenbuch-Auflage | 729 |
| — Europäische Gemeinschaft | 397 (A) | — Geschäftsverteilungsplan | 569 |
| — Gewerbebetrieb (Beschränkung/Untersagung) | 30/58 (P) | — Ordnungsmaßnahmen einer Schule | 304 |
| | 119, 158/189 (P) | — sicherheitsrechtlicher Anordnungen | 30/60 (P) |
| — kommunale Wohnungsvermittlung | 630 | — Verordnungsermächtigung | 439, 453 (A) |
| — Kontingentierung im Möbelfernverkehr | 144 | Betretungsrecht (Art. 141 BV) | 73 (A) |
| — Prozeßfähigkeit eines Anwalts | 507 | Beurteilung | |
| — Schulverhältnis (Eingriffe) | 304 | — dienstliche | 182 |
| — Sperrzeitregelung für Gaststätten | 452 (A) | — landesplanerische | 517 (A), 653 |
| — Unterschleif in jur. Staatsprüfung | 61 | Beweislast | |
| — „Wirtschaftsfreiheit“ | 604/638 (P) | — Bedürfnis für Schußwaffentragung | 151 |
| Berufsschule als eigene Dienststelle einer Gemeinde | | — Rückforderung zuviel gezahlten Wohngelds | 187 |
| (BayPVG) | 276 | Bewerbung (Einsicht in Personalakten) | 92, 759 |
| Berufung, Berufungsverfahren | | Bewertung | |
| — Lückenschließung durch B.-Gericht | 759 | — mündliche Schülerleistungen | 691 |
| — Streitwert | 572 | — Rechtsreferendare | 572 |
| — Unterschrift | 444 | Bezeichnung von Lebensmitteln | 213, 732 |
| — Zinsanspruch erstmals im B. | 566 | Bezirk | |
| — nachträgliche Zustimmung zum Ausbau einer | | — Allzuständigkeit für Eingliederungshilfe | 673 (A) |
| Erschließungsanlage während B. | 26 | — Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe | 276 |
| Berufungszusage (Professor) | 272 | Bienenhaltung im Außenbereich | 369 |
| Beschlagnahmeverbot (Fahrtenbuch) | 728 | Bildungsweg, zweiter (Ausschluß) | 302 |

| | Seite |
|---|---------------------------|
| Bindung, Bindungswirkung | |
| — § 31 BVerfG | 82, 399 (A), 400, 523 (A) |
| — an Ermittlungsraum bei Abschnittsbildung bei Erschließungsanlagen | 10 (A) |
| — der Exekutive an Gesetz und Recht | 1 (A), 247 |
| — des Gerichts an Ausweisungsverfügung | 56, 88, 166 (A, B), 243 |
| — der Gerichte an BayVerfGH-Entscheidungen | 76 (A) |
| — an Revisionszulassung? | 121 |
| — des Stichtscheidungsprüfers an Vorzensuren | 308 |
| — Vorbescheidsurteil | 94/125 (P) |
| — an verfassungskonforme Auslegung durch BVerfG | 82 |
| — an Verweisungsbeschluß | 213 |
| — von Zusagen nach der AO 1977 | 544 (A) |
| Blinde (Hilfsmittel) | 187 |
| Blockwahlssystem (Richterwahl) | 121 |
| Bodenverkehrsgenehmigung | |
| — Antragsrecht | 176, 470, 473 |
| — Auflage (Streitwert) | 188 |
| — Austragshaus | 689 |
| — Negativbescheinigung | 176, 473 |
| — Teilungskauf | 470, 473 |
| — Versagung (Haftung) | 599 |
| — Zustellung (Notar) | 689 |
| Bodenwertabschöpfung nach StBauFG | 511 (B) |
| Bonus-malus-Regelung bei Studienplatzvergabe | 337 |
| Botschaft, weißblaue | 639 (B) |
| Brandmauer | 175 |
| Brandverhütung | 732 |
| Brennbare Flüssigkeit (Erlaubnis nach VbF) | 368 |
| Briefgeheimnis (Strafgefangener) | 301 |
| Brücke (Kosten einer Straßen-B. über Kanal) | 375 |
| Bund-Länder-Streitigkeiten | 257 (A) |
| Bundesaufsicht | 64 (B) |
| Bundesauftragsverwaltung | 64 (B) |
| Bundesbahn, Deutsche | |
| — Bahnhofsumbenennung (Kosten) | 157 |
| — Bahnverkehrsverbot | 731 |
| — Haftung bei Streupflichtverletzung | 179 |
| — Schutz durch Kontingentierung des Güterkraftverkehrs | 144 |
| Bundesbaugesetz | 62 (B), 65 (A) |
| Bundesbaurecht | 671 (B) |
| Bundes-Finanzkontrolle | 767 (B) |
| Bundesfreundliches Verhalten (Studienplatzvergabe) | 337 |
| Bundesgerichtshof (Rechtsprechung zum Sonderopferbegriff) | 319 (B), 744 (A) |
| Bundesgesetzgeber (Aufhebung von Landesrecht?) | 294 (A) |
| Bundespost | |
| — Fernmeldeanlagen — Genehmigung | 213 |
| — Fernmeldelinie — Verlegung | 285 |
| — Nebentätigkeit von Beamten der B. | 285 |
| Bundesregierung (Zustimmung zu auswärtigen Verträgen der Länder) | 127 (B) |
| Bundessozialhilfegesetz | 607 (B), 673 (A) |
| Bundesstaat | |
| — auswärtige Verträge der Länder | 127 (B) |
| — bayerische Staatsangehörigkeit | 716 (A) |
| — Bund-Länder-Streitigkeiten | 257 (A) |
| — Gemeinschaftsaufgaben | 737 (A) |
| Bundestag | |
| — Rechtsstellung der Abgeordneten | 361 (A) |
| — Wahlrecht | 735 (B) |
| Bundesverfassungsgerichtsbarkeit und Landes-V. | 547 (A) |
| Bundeswahlgesetz und -ordnung | 735 (B) |

| | Seite |
|--|---------------------------|
| Bundeswaldgesetz | 129 (A), 137 (A) |
| Bundeswasserstraßenausbau | 375 |
| „Bürgerliches Recht“ i. S. des Art. 74 GG | 561 |
| Bürgermeister | |
| — Angestelltenvertrag (nichtiger) | 276 |
| — Beanstandung von Gemeinderats- beschlüssen | 733/765 (P) |
| — Hausverbots-Anordnung? | 667/700 (P) |
| Bußgeldbescheid (an Ausländer) | 45 |
| Buttermilch (Mengenangabe) | 732 |
| C | |
| Campingplatz (Lärm) | 30/59 (P) |
| Chancengleichheit | |
| — bei Prüfungen | 30, 572, 650 (A) |
| — und Sozialstaatlichkeit | 164 (A) |
| — Verhältniswahlrecht | 107 |
| Clausula rebus sic stantibus | 423 (A) |
| Codes Maximilianeus Bavaricus Civilis | 734 (B) |
| Computer (Umgang mit C.) | 639 (B) |
| Culpa in contrahendo, Bebauungsplan (Zusage) | 378 |
| D | |
| Dach (D.-Terrasse auf Grenzgarage) | 207 |
| Datenverarbeitung (Berichtigung fehlerhafter Bescheide) | 187 |
| Dauerverwaltungsakt | 30/59 (P), 103 (A) |
| DDR | |
| — Anerkennung | 416 (B) |
| — Grundvertrag (BVerfG) | 521 (A) |
| Delegation | |
| — Funktionalreform | 449 (A) |
| — von Verantwortung | 484 (A) |
| Demarkationsverträge (zwischen Energieversorgungsunternehmen) | 18 |
| Demokratie (prinzip) | |
| — Abgeordnetendiäten | 12 |
| — Europäisches Parlament | 415/447 (P) |
| — Finanzkontrolle des Bundes | 767 (B) |
| — Föderalismus als d. Alternative | 159 (B) |
| — Schulverhältnis | 303 |
| — Staatshaushalt (Volksbegehren) | 201 (A), 486 (A) |
| — Verhältniswahlrecht | 108 |
| — Volksbegehren und -entscheid u. Art. 73 BV | 389 (A) |
| Demokratisierung und Funktionsfähigkeit der Verwaltung | 63 (B) |
| Demonstration (polizeiliches D.-Verbot) | 183 |
| Denkmalschutz | |
| — Anspruch auf Erhaltung von Baudenkmalern? | 239 |
| — Bayerisches D.-Gesetz | 191 (B) |
| — Subjektives Recht des Bürgers? | 652 |
| Deutsche Bundesbahn | |
| — Bahnhofsumbenennung (Kosten) | 157 |
| — Bahnhofsverbot | 731 |
| — Haftung bei Streupflichtverletzung | 179 |
| — Schutz durch Kontingentierung des Güterkraftverkehrs | 144 |
| Deutsche Sprache | |
| (Gerichts-/Verwaltungsverfahren) | 45, 56, 167 (A, B) |
| „Deutscher Volkszugehöriger“ | 566 |
| Deutscher Familienverband (Volksbegehren) | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |

| | Seite |
|---|-------------------------|
| Devolutiveffekt (Widerspruch) | 691 |
| Diäten der Abgeordneten | 12 |
| Dienstbarkeit | |
| — Forstrechte | 570 |
| — Versorgungsleitung | 18, 19, 33 (A), 460 (A) |
| Dienstenthebung, vorläufige | 178, 691 |
| Dienstliche Beurteilung eines Beamten | 182 |
| Dienstordnung, Allgemeine (Rechtsnatur) | 173 |
| Dienstpostenbesetzung (Personalratsmitwirkung) | 759 |
| Dienstrecht, öffentliches (Gesamtkommentar) | 160 (B), 704 (B) |
| Dienststelle (Begriff i. S. des BayPVG) | 276 |
| Dienststellenleiter (Wahlrecht zum Personalrat) | 80 |
| Dienstunfall eines Beamten | 442, 758 |
| Dirnenunterkunft, Gaststättenerlaubnis (Versagung) | 118, 120 |
| Disziplinarmaßnahmen | |
| — homosexuelle Lehrer | 691 |
| — Ordnungsgeld gegen Kreisratsmitglied | 498 |
| Disziplinarverfahren (Einleitung) | 178 |
| Drittberechtigte im Flurbereinigungsverfahren | 50 |
| Duldungsbescheid gegen Rechtsnachfolger | 27 |

E

| | |
|--|-------------------------------|
| Edding-Kommission (berufliche Bildung) | 448 (B) |
| Ehegatten | |
| — nicht gleichzeitig Gemeinderatsmitglieder | 751 |
| — Klage und Widerspruch | 759 |
| Ehrenamt | |
| — e. Gemeinderat | 341 |
| — e. Kreistagsmitglied | 498 |
| — e. Richter | 121 |
| Ehrenzeichen | 324 (A) |
| Eidesstattliche Versicherung (Stimmabgabe bei Personalratswahl) | 122 |
| Eigenheim (II. WoBauG) | 252, 596 |
| Eigentum(sgarantie) | |
| — Bestandsschutz | 20, 437, 564 |
| — Energieleitungen | 33 (A) |
| — Europäische Gemeinschaft | 398 (A) |
| — Fiskus | 19 |
| — Gewässer | 141 (A) |
| — Gewerbebetrieb | 158/189 (P), 249, 604/638 (P) |
| — Graphitgesetz (Staatsvorbehalt) | 493 |
| — Grundstücksentwässerung (Inhalt u. Schranke des E.) | 599 |
| — kommunale Wohnungsvermittlung | 630 |
| — Naturgenuß | 72 (A), 83 |
| — öffentliches E. (Haftung/Hausrecht) | 559, 731 |
| — Polizeiverstaatlichung | 590, 622 |
| — Teilungserlaubnis nach dem Waldgesetz | 617 (A) |
| Eigentumswohnung (II. WoBauG) | 592 |
| Einbahnstraße (Sackstraße) | 115 |
| Einbürgerung | 405, 566 |
| Einfriedung | |
| — als „Anlage“ i. S. des Art. 100 BayBO | 114 |
| — Beseitigungsanordnung | 437 |
| — für „Erwerbsgartenbau“ (Art. 83 BayBO) | 115 |
| — von Kfz.-Stellplätzen | 437 |
| Einfuhr von Lebensmitteln | 213 |
| „Eingeschossiges Gebäude“ (Art. 7 BayBO) | 285 |
| Eingliederungshilfe für Behinderte | 673 (A) |
| Einigungsverfahren über Personalratsmitwirkung | 759 |
| Einkommensteuer (Enteignungsentschädigung) | 157 |

| | |
|---|----------------------------------|
| „Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer | 347 |
| Einleitung eines Disziplinarverfahrens | 178 |
| „Einmaliges Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen“ | 364 |
| Einschreibungsfrist-Verlängerung | 722 |
| Einsicht in Akten | 92, 173, 759 |
| Einstellung von Privatklageverfahren | 604 |
| Einstweilige Anordnung | |
| — Abstimmung der Bauleitplanung zwischen Gemeinden | 112 |
| — Bebauungsplan | 725, 747 (A) |
| — gegen Hochschul-Umorganisation | 272 |
| — Normenkontrolle nach § 47 VwGO | 178, 725 |
| — für Parkstudenten | 722 |
| — Sexualekunde-Unterricht | 274 |
| — vorläufige Baugenehmigung? | 402 |
| Eintragung in Handwerksrolle | 311 |
| Einvernehmen der Gemeinde zu Baugenehmigung | 122 |
| Einwilligung in Sprungrevision | 157 |
| Eltern (Erziehungsrecht) | 274 |
| Emmentaler-Käse | 213 |
| Energieversorgung | |
| — Gefährdungshaftung | 645 (A) |
| — E.-Leitung (Zwangsbelastung) | 18, 19, 33 (A), 460 (A) |
| Enteignung, enteignender Eingriff | |
| — Angebot zum freihändigen Erwerb | 156 |
| — Bauvorbescheid | 601 |
| — Bebauungsplan | 157 |
| — Eigentümerwechsel | 27 |
| — Energieleitung | 18, 19, 33 (A), 460 (A), 645 (A) |
| — Folgeschäden | 157 |
| — Graphitgesetz | 493 |
| — Grünflächenfestsetzung | 505 |
| — Kleingarten (Kündigungsschutz) | 657 |
| — Naturschutzgebietsfestsetzung | 759 |
| — Polizeiverstaatlichung | 622 |
| — E.-Recht in Bayern | 415 (B) |
| — Staatshaftungsrechts-Reform | 743 (A) |
| — Strafgefangenenvergütung | 157 |
| — Teil-E. | 27 |
| — Versagung des Einvernehmens zu Baugenehmigung | 123 |
| — Vorteilsausgleich | 475 |
| — Wasserschutzzone | 28, 34 (A) |
| — Zurücknahme einer Baugenehmigung keine E. | 497 |
| — Zwangsbelastung von Grundstücken | 18, 19, 33 (A), 460 (A) |
| Entlassung von Verwahrten | 167 (A, B) |
| Entschädigung | |
| — für Abgeordnete | 12 |
| — Bayerisches Waldgesetz | 132 (A) |
| — Eigentümerwechsel | 27 |
| — Energieleitung | 18, 19, 33 (A) |
| — Erschließungsaufwand bei nachträglicher E. | 27 |
| — Grünflächenfestsetzung | 505 |
| — Kleingarten (Kündigungsschutz) | 657 |
| — Polizeiverstaatlichung | 622 |
| — Verjährung/Erlöschen | 154 |
| — Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung | 599 |
| — Versagung des gemeindl. Einvernehmens (§ 36 BBauG) | 123 |
| — Vorteilsausgleich | 475 |
| — Wasserschutzzone | 28 |
| — Zurücknahme der Baugenehmigung | 497 |
| Entstaatlichung | 263 (A) |
| Entwicklungsplanung | 65 (A) |
| Erbengemeinschaft (Zustellung von Beitragsbescheiden) | 756 |

| | Seite |
|---|--------------------------------|
| Erdgasleitung | 19, 35 (A), 645 (A) |
| Erdrosselungswirkung einer Steuer | 343 |
| Ergänzung | |
| — eines Bebauungsplans | 500 |
| — der Kostenentscheidung | 286 |
| Erlaß (Erschließungsbeitrag) | 27 |
| Erlaubnis | |
| — brennbare Flüssigkeiten | 368 |
| — Flugmodelle | 664, 666 |
| — gaststättenrechtliche | 118, 120 |
| — Gestattungsrecht | 578 (A) |
| — Teilungerlaubnis nach Waldgesetz | 617 (A) |
| Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan | 305 |
| Erledigung der Hauptsache | |
| — Armenrechtsverfahren | 440 |
| — Streitwert im Berufungsverfahren | 572 |
| — Untätigkeitsklage | 241, 632 |
| — Zweitbescheid | 691 |
| Erlöschen von Ansprüchen (Art. 124, 125 AGBG) | 16, 104 (A), 154, 217, 235 (A) |
| Ermächtigung | |
| — amtsgerichtliche Zweigstellen | 474 |
| — Beitragserhebung durch Gemeinden | 760 |
| — zu kommunaler Neugliederung | 708 (A) |
| — zu Sperrzeitverordnung | 453 (A) |
| — zu Verordnungen (Prüfungsaufgabe) | 604/636 (P) |
| — zu Werbeanlagenverordnung | 439 |
| Ermessen | |
| — Ausweisung von Ausländern | 88, 186, 243 |
| — Einschreiten der Behörde | 175 |
| — Fernsehen bei Tuberkulosehilfe? | 187 |
| — Flurbereinigungsverfahren | 51 |
| — Gestattungsrecht | 578 (A) |
| — Informationsstand für politische Partei | 211 |
| — Kiesweiher | 141 (A) |
| — Krankenhausplanung | 348 |
| — Lohnsummensteuer | 371 |
| — Planungs-E. der Gemeinde | 307, 515 (A) |
| — Realsteuerhebesätze | 341 |
| — Reduzierung auf Null | 733/765 (P) |
| — Schätzung des Frischwasserbezuges | 276 |
| — Sperrzeitregelung für Gaststätten | 455 (A) |
| — Streitwertfestsetzung im Widerspruchsverfahren | 187 |
| — Zurückstellen von Bauanträgen | 94/124 (P) |
| Erörterungspflicht (Änderung des Flurbereinigungsplans) | 52 |
| ERP-Programme | 737 (A) |
| Ersatzliste bei Gemeinderatswahl | 751 |
| Ersatzvornahme | 49 |
| Erschließungsanlagen | |
| — Abschnittsabrechnung | 8 (A), 15, 16, 21 |
| — Anspruch Dritter auf E.? | 23 |
| — Hinterliegergrundstück | 17 |
| — Ortsdurchfahrt | 311, 313 |
| — Straße im Außenbereich | 20 |
| — Zustimmung zum Ausbau | 26 |
| Erschließungsbeiträge | |
| — Abschnittsabrechnung | 8 (A), 15, 16, 21 |
| — Bebauungsplan (Aufstellung, Fehlen) | 21, 315 |
| — Duldungsbescheid | 27 |
| — Eigentümerwechsel | 27 |
| — „endgültige Herstellung“ | 245, 315, 336 (A) |
| — Entstehungszeitpunkt | 235 (A), 245 |
| — Erlaß | 27 |
| — Hinterliegergrundstück | 17 |
| — Kostenspaltung | 15, 281 |
| — Miteigentümer | 27 |
| — nachträgliche Entschädigung | 27 |
| — Ortsdurchfahrt | 313 |

| | Seite |
|---|---------------------------------------|
| — Plannutzung | 27 |
| — Rückwirkung | 25, 315 |
| — Sammelstraße | 281 |
| — Straße im Außenbereich | 20 |
| — Teilbeträge | 16, 21 |
| — Vermessungskosten | 759 |
| — Verzicht | 280 |
| — Vorausleistung | 24, 277, 278, 282 |
| — Voraussetzung der E.-Pflicht | 104 (A) |
| Erschließungspflicht einer Gemeinde | 23, 314, 633 |
| Erschließungsvertrag | 282, 633, 759 |
| Erschöpfung des Rechtswegs (Verfassungsbeschwerde) | 44, 679 (A), 687 |
| Erstattung von Kosten | |
| — Rechtsberatungskosten (Umlegung) | 379 |
| — Streitwert im Widerspruchsverfahren | 187 |
| — Widerspruchsgebühr | 57 |
| Erstattungsanspruch | |
| — Auslagen für Terminswahrnehmung | 317 |
| — nach dem G 131 (Verjährung) | 217 |
| — Streitgenossen | 696 |
| Erwerbsgartenbau (Art. 83 BayBO) | 115 |
| Erwerbsunzucht (Abschiebung von EG-Ausländern) | 209 |
| Erziehungshilfe, Freiwillige | 276 |
| Erziehungsrecht | 274 |
| Europa, Europäische Gemeinschaft | |
| — Ausweisung von EG-Ausländern | 154, 166 (A, B) 209 |
| — Grundrechte | 353 (A), 360 (A), 395 (A), 480 (B) |
| — E. Menschenrechtskonvention | 56, 88, 167 (A, B) |
| — E. Parlament | 415/447 (P) |
| — Rechtsanwälte (Liberalisierung) | 195 (A) |
| — Rechtsstaatlichkeit | 395 (A) |
| — Regionalpolitik | 740 (A) |
| — Sozialrecht | 574 (B) |
| — Verfassungen der nicht-kommunistischen Staaten | 224 (B) |
| Evidenz-Theorie (nichtiger VA) | 238 |
| Exekutive | |
| — Inzidentprüfungsrecht | 1 (A) |
| — polizei- und ordnungsrechtliche Handlungsvollmachten | 684 (A) |
| — Verwerfungskompetenz | 1 (A) |

F

| | |
|---|---------------------------|
| Fachoberschüler (Ausbildungsförderung) | 252 |
| Fahrerlaubnis (Entziehung) | 106 (A) |
| Fahrtenbuch | 728 |
| Fahrzeug (Abstellen auf Straße bei Stilllegung) | 760 |
| Faires Verfahren (Rechtsmittelbelehrung an Ausländer) | 46 |
| Faktische Bausperre | 155 |
| Familienheim (II. WoBauG) | 595, 597 |
| Familienverband, Deutscher (Volksbegehren) | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| F.D.P. (Fraktionsstatus) | 431 |
| Ferienhaus (Steuerbegünstigung?) | 594 |
| Fernmeldeanlagen | 213, 285 |
| Fernsehen (als Hilfe zum Lebensunterhalt / in besonderer Lebenslage) | 187 |
| Fernunterricht | 448 (B) |
| Fertigpackungen | 213, 732 |
| Feststellungsklage | |
| — Aufnahme ins Wählerverzeichnis | 729 |
| — Berichtigungsersuchen nach § 79 FlurbG | 50 |

| | Seite | | Seite |
|---|------------------------------|--|------------------|
| — Nachbarwiderspruch | 495 | Genehmigung | |
| — Prozeß-G. nach Klagerücknahme | 732 | — Bäcker-Arbeitszeit | 478/510 (P) |
| — Rechtsanwalts-G. | 199 (A) | — Bebauungsplan (G.-Verfahren) | 500 |
| — Verhandlungs-G. | 93 | — für Fernmeldeanlagen | 213 |
| — Widerspruchs-G. | 57 | — immissionsrechtliche | 204 (A), 248 |
| Gefahr (polizeiliche G.-Abwehr) | 183, 684 (A) | — Kaserhaltungsrecht (Veräußerung) | 570 |
| „Gefährdungshaftung“ | | — Sachanträge-Niederschrift | 414, 478 |
| — Beschädigung von Straßen u. Wegen | 562 | — Unternehmer-G. mit planungsrechtlichem | |
| — für Pipelines | 645 (A) | Einschlag | 515 (A) |
| Gefangener | | — vormundschaftsgerichtliche (Staatsangehörigkeit) | 150 |
| — Grundrechtseinschränkungen | 207 | — Zweckentfremdung von Wohnraum | 400 |
| — Vergütung für Arbeit? | 157 | Generalklausel (Gewissensfreiheit) | 97 (A) |
| Gegenvorstellung nach § 33 a StPO | 679 (A), 687, 688 | Gerecht | |
| Geheimhaltung | | — amtsgerichtliche Zweigstellen | 178, 474 |
| (Berücksichtigung zu Lasten von Rechtssuchenden?) | 405 | — „Behörde“ i. S. des § 47 VwGO? | 475 |
| Gehör, rechtliches | | — Bindung an Ausweisungsverfügung | 56 |
| — Einstellung des Privatklageverfahrens | 604 | — Bindung an BayVerfGH-Entscheidungen | 76 (A) |
| — Europäische Gemeinschaft | 399 (A) | — Fristüberschreitung für Urteilsabfassung | 91, 502 |
| — Form der Unterschrift | 445 | — Geschäftsverteilungsplan | 78 (A), 373 |
| — Gegenvorstellung nach § 33 a StPO | 679 (A), 687, 688 | — G.-organisation | 178 |
| — Rechtsmittelbelehrung an Ausländer | 46 | — Zweigstellenverlegung | 178 |
| — Sicherungsverwahrung | 143 | Gerichtsvollzieher (Vollstreckung von | |
| — Verwaltungsverfahren | 285 | öffentlich-rechtlichen Geldforderungen) | 218 |
| — Wiedereinsetzung i. v. S. | 46, 82 | Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht | 160 (B), 704 (B) |
| Gehweg | | Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse | 423 (A) |
| — Informationsstand | 211 | Geschäftsordnung des Landtags | 431 |
| — Räum- und Streupflicht | 179 | Geschäftsraum (II. WoBauG) | 594 |
| — Straßenausbaubeitrag | 762 | Geschäftsverteilung | |
| Gemeinde | | — des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs | 78 (A) |
| — Abstimmung der Bauleitplanung | 112 | — Bestimmtheit | 569 |
| — Antragsbefugnis nach § 47 VwGO | 178 | — G.-Plan (Zuweisung von Geschäften) | 373, 569 |
| — Dienststellen (Schulen) i. S. des BayPVG | 276 | Geschoßflächenzahl (Kanalanschlußbeitrag) | 251 |
| — Einvernehmen zu Baugenehmigung | 122 | Gesetzgebungskompetenz der Länder | |
| — Entschädigungspflicht bei Versagung der | | — Aufhebung von Landesrecht | 294 (A) |
| Bodenverkehrsgenehmigung | 599 | — berufliche Bildung | 448 (B) |
| — Erschließungspflicht | 23, 314, 633 | — Bund-Länder-Streitigkeiten | 257 (A) |
| — Gebietsänderung | 440 | — Erlöschen von ö.-rechtlichen Ansprüchen | 217 |
| — Grundrechtsschutz | 589 | — Forstrecht | 137 (A) |
| — Haftung für Abwasser | 413 | — Fremdenverkehrsabgabe | 463 |
| — Halteverbot im Ortskern | 692 | — Gebäudeversicherungsmonopole | 207 |
| — Hebesatz-Festsetzung | 341, 370 | — Haftung für öffentliches Eigentum | 559 |
| — Herstellung von Ortsstraßen | 633 | — Naturschutz | 85 |
| — Investitionshilfen des Bundes | 364 | — Vergnügungssteuer | 111 |
| — Klagerecht gegen Erlaubnis für Flugmodelle | 664, 666 | — Vollstreckung aus Verwaltungsakten | 681 (A) |
| — Ortsdurchfahrten (Baulast) | 313 | „Gesetzlicher Richter“ | 569 |
| — Polizeiverstaatlichung | 589, 622 | Gesetzmäßigkeit der Verwaltung | |
| — Rechtshilfe für Sozialversicherungsträger | 276 | — Abschiebung von Ausländern | 412 |
| — Verfassungsbeschwerderecht | 548 (A) | — EG-Recht | 395 (A) |
| — Werbenutzungsverträge | 671 (B) | — Versagungsakt | 578 (A) |
| — Wohnungsvermittlung | 628 | Gestattungsrecht (ablehnender Bescheid) | 577 (A) |
| — Zusage über Bebauungsplanaufstellung | 378 | Gesundheitsamt | |
| Gemeinderat | | (Gutachten bei Verwahrantrag) | 233 (A), 443 |
| — Amtsverlust | 341 | Gesundheitsschutz durch Rauchverbot | 10 (A), 31 |
| — Ausschluß von Abstimmungen im G. | 341, 754 | Gewaltenteilung | |
| — Beschlußwahlen | 429 (A) | — Finanzkontrolle des Bundes | 767 (B) |
| — Ersatzliste | 751 | — kommunale Neugliederung | 708 (A) |
| — Grundsteuerhebesätze | 341 | — Verwerfungskompetenz der Exekutive | 2 (A) |
| — Hausverbot | 667/698 (P) | Gewaltverhältnis, allgemeines (Amtshaftung) | 583 (A) |
| — als Parlament? | 703 (B) | Gewaltverhältnis, besonderes | |
| — Rechtsnatur u. Verfahren bei G.-Beschluß | 575 (B) | — innerdienstliche Weisung | 490 (A) |
| — „Vetternwirtschaft“ | 751 | — Schule | 303 |
| Gemeindliche Bauleitplanung | 1 (A), 112, 605 (B), 744 (A) | Gewässer | |
| Gemeingebrauch | 760 | — Eigentum an G. | 141 (A) |
| Gemeinschaftsaufgabe „Wirtschaftsstruktur“ | 737 (A) | — Einleiten von Schadstoffen | 347 |
| | | — Ölunfall | 38 (A) |

| | Seite |
|--|-------------------------------------|
| Gewerbe, Gewerbebetrieb | |
| — Bestandsschutz | 249 |
| — Enteignung? | 604/638 (P) |
| — Frischwasserbezug | 276 |
| — Gaststättenerlaubnis (Versagung) | 118, 120 |
| — Immissionsschutz | 248 |
| — Lärm | 30/58 (P) |
| — Prüfungsaufgabe | 30/58 (P), 158/189 (P), 604/638 (P) |
| Gewerbesteuer | |
| — Hebesätze (Rückwirkung) | 370 |
| — Lohnsummensteuer | 370 |
| Gewissensfreiheit (Präsentation des Gewissens) | 97 (A) |
| Gleichartigkeit von Steuern (Art. 105 GG) | 111 |
| Gleichbehandlungs-, Gleichheitssatz | |
| — Abgeordnetenentschädigung | 12 |
| — Behinderte | 650 (A), 656 |
| — Bemessung des Kanalananschlußbeitrags | 251 |
| — Energieversorgungsleitung (Haftung) | 646 (A) |
| — Ersatzliste bei Gemeinderatswahlen | 751 |
| — Europäische Gemeinschaft | 397 (A) |
| — Fraktionsstatus einer Partei | 431 |
| — Gemeinde | 591, 693 |
| — Hundesteuer | 269 |
| — kommunale Wohnungsvermittlung | 630 |
| — Kreissitzbestimmung | 207 |
| — unterschiedliche Landesgesetze | 560, 574 |
| — Richterwahl (Präsidium) | 236 |
| — und Sozialstaatlichkeit | 164 (A) |
| — Sperrzeiten für Gaststätten | 454 (A) |
| — Staatsprüfung | 30, 60, 572, 650 (A), 656 |
| — Verhältniswahlrecht | 107 |
| — Wahlrecht zum Personalrat | 80 |
| — Wiederholungsprüfung | 345 |
| „Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG) | 759 |
| Gnadenakt | 215 |
| Graphit (Staatsvorbehalt) | 493 |
| Graphologe | 758 |
| Grenzbau (Anbauen) | 146, 147 |
| Grenzgarage | 207, 562 |
| Grundbuch, Berichtigung (§ 79 FlurbG) | 50 |
| Gründe | |
| — Nachschieben von G. | 15, 29, 94/126 (P) |
| — Urteils-G. (Fristüberschreitung) | 91, 502 |
| Grundgesetz-Kommentar | 668 (B) |
| Grundrecht(e) | |
| — auf Asyl | 406 |
| — auf Ausbildung | 385 (A) |
| — Bindung der Exekutive an G. | 1 (A) |
| — Bindung Privater an G. | 265 (A) |
| — Europäische Gemeinschaft | 353 (A), 360 (A), 396 (A), 480 (B) |
| — Gemeinde | 589, 693 |
| — juristische Personen | 83, 226 (A), 589 |
| — auf Naturgenuß | 72 (A), 76 (A), 83 |
| — und Sozialstaatlichkeit | 164 (A) |
| — Strafgefangene | 207, 301 |
| Grundsteuer (Hebesatz-Festsetzung) | 341 |
| Grundstück(e) | |
| — Eigenheim i. S. des II. WoBauG | 252 |
| — Einbeziehung in Wasserschutzzone | 28, 34 (A) |
| — Erschließung | 17 |
| — freihändiger Erwerb statt Enteignung | 156 |
| — Grenzfestlegung | 54 |
| — Kaser | 570 |
| — landwirtschaftliches | 33 (A) |
| — Übernahme (Grünfläche) | 504 |
| — II. WoBauG | 596 |
| — Zwangsbelastung | 18, 19, 33 (A), 460 (A) |

| | Seite |
|--|-------------------------------|
| Grundvertragsurteil | 523 (A) |
| Grünfläche (Übernahmeanspruch) | 504 |
| Gutachten | |
| — zur beruflichen Bildung | 448 (B) |
| — verfassungsgerichtliche | 549 (A) |
| — Vernehmung von Parteigutachtern | 649 (A) |
| — Verwahrung | 233 (A), 443 |
| Güterkraftverkehr (Kontingentierung) | 144 |
| Gymnasium | |
| — Abend-G. (Ausbildungsförderung) | 252 |
| — als Dienststelle einer Gemeinde (BayPVG) | 276 |
| H | |
| Haft | |
| — Abschiebungs-H. | 56, 166 (A, B), 242, 411, 502 |
| — Straf-H. (Gefangenenvergütung?) | 157 |
| — Vorbereitungs-H. | 56 |
| Haftung | |
| — Abwasser einer Gemeinde | 413 |
| — Anwendungsbereich der Amts-H. | 581 (A) |
| — AO 1977 | 543 (A) |
| — Auskunft | 694 |
| — Bauvorbescheid | 599 |
| — Bundesbahn (Streupflicht) | 179 |
| — „Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer | 347 |
| — Energieversorgungsleitung | 19, 462 (A), 645 (A) |
| — Erschließungsbeitrag | 27 |
| — Gefährdungs-H. | 562, 645 (A) |
| — Handlungs-H. des Störers | 30/60 (P) |
| — öffentliches Eigentum (Beschädigung) | 559 |
| — Schlachthof | 156 |
| — Staats-H. (Reform) | 581 (A), 740 (A) |
| — Strafgefangenen-Vergütung | 157 |
| — Verjährung bei Amts-H. | 634 |
| — Versagung gemeindlichen Einvernehmens | 122 |
| — Zustands-H. | 175 |
| Halteverbot | 116, 692 |
| Handlungsfreiheit | |
| — Abwehrrecht gegen Umweltbeeinträchtigungen? | 86 |
| — Unterlassungsklage gegen kommunale Wohnungsvermittlung | 630 |
| — „unternehmerische Freiheit“ | 604/637 (P) |
| Handlungsstörer (Sicherheits-/Baurecht) | 30/60 (P), 115 |
| Handwerk | |
| — Friseur (Ladenschluß) | 603 |
| — Kooperation von Selbstverwaltungseinrichtungen | 225 (A) |
| — Nebenbetrieb | 213 |
| Handwerksrolle (Mitteilung über Eintragung/Löschung) | 311 |
| Härte, unbillige (i. S. des § 135 BBauG) | 280 |
| Hauptfürsorgestelle (Zustimmung zu Kündigung nach SchwBeschG.) | 187 |
| Hauptsacheerledigung | |
| — Armenrechtsverfahren | 440 |
| — Streitwert im Berufungsverfahren | 572 |
| — Untätigkeitsklage | 241, 632 |
| — Zweitbescheid | 691 |
| Haushalt | |
| — Bayerisches Kommunales H.-Recht | 607 (B) |
| — Volksbegehren zum Staats-H. | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| Hauskläranlage | 599 |
| Hausrecht der Bundesbahn | 731 |
| Hausverbot | 677/698 (P) |
| Hebesatz-Festsetzung durch Gemeinde | 341, 370 |
| Hecken im Außenbereich (Beseitigung) | 114 |

| | Seite |
|--|--------------------|
| Heilpraktiker (Beihilfe) | 691 |
| Heilung von Zuständigkeitsmängeln | 760 |
| Hilfeleistung eines Beamten bei Heimfahrt vom Dienst | 442 |
| „Hilflosigkeitzuschlag“ (§ 138 BBG) | 758 |
| Hilfsmittel für Blinde | 187 |
| Hinterlandbebauung | 441 |
| Hinterliegergrundstück (Erschließung) | 17 |
| Hobbyraum (beim Aufenthaltsraum) | 630 |
| Hochschule | |
| — Hochschulrahmengesetz | 289 (A) |
| — Numerus clausus | 255 (B) |
| — Quereinstieg | 723 |
| — Parkstudenten | 722 |
| — Umorganisation | 272 |
| Höchstzahlen (Festsetzung von H. im Güterkraftverkehr) | 144 |
| Höchstzahlverfahren (d'Hondt) | 107 |
| Höhergruppierung von Angestellten | 759 |
| Holzhütte im Außenbereich (Rauminhalt) | 654 |
| Homosexuelle Handlungen von Lehrern | 691 |
| d'Hondt'sche Verhältnisrechnung | 108 |
| Hundesteuer | 269 |
| Hygieneschutz durch Rauchverbot | 10 (A) |
| I | |
| Immissionsschutz | |
| — anhängige Verfahren | 248 |
| — Baugenehmigung und immissionsrechtliche Genehmigung | 204 (A) |
| — Bestandsschutz | 249 |
| — Flugmodelle | 664, 666 |
| — Gewerbebetrieb (Lärm) | 30/59 (P) |
| — Schutzaufgaben gegen Verkehrslärm | 658, 661, 663, 664 |
| — Ziegelei | 249 |
| Import | |
| — von Lebensmitteln | 213 |
| — von Tafelwein (Etikett) | 603 |
| Informationsstand einer Partei | 211 |
| Inkompatibilität (Angestellte gemeindlicher Unternehmen) | 341 |
| Innerdienstliche Weisung | 490 (A), 719 (A) |
| Innere Verwaltung (Zusammenarbeit mit Flurbereinigung) | 41 (A) |
| Innung (Kooperation) | 226 (A) |
| In-sich-Prozeß | 733/766 (P) |
| Interesse, öffentliches | |
| — Geschäftsgrundlage und ö. I. | 423 (A) |
| — Krankenhausplanung | 348 |
| — Vertreter des ö. I. in Baulandsachen | 157 |
| — Verzicht auf Erschließungsbeitrag | 280 |
| Inverkehrbringen von Lebensmitteln | 213 |
| Investitionen | |
| — Finanzhilfen des Bundes | 364, 737 (A) |
| — Fonds- und I.-Hilfekompetenz des Bundes | 383 (B) |
| — I.-Zulagen | 737 (A) |
| Inzidentprüfungsrecht der Exekutive | 1 (A) |
| Iranische Staatsangehörige (Demonstrationsverbot während Kaiserbesuch) | 183 |
| Italien (Import von Tafelwein) | 603 |

| | Seite |
|--|-----------------------|
| J | |
| Jagdhütte im Außenbereich | 115 |
| Jagdschein | 101 (A) |
| Joghurt (Bezeichnung) | 732 |
| Jugendamt (Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe) | 276 |
| Jugendschutz (Bekanntmachungspflicht) | 504 |
| Juristische Person (Grundrechtsträger?) | 83, 226 (A), 589 |
| Justitiabilität von Klagen in Gnadensachen | 215 |
| Justizvollzugsanstalt (Stellungnahme bei Sicherungsverwahrung) | 143 |
| K | |
| Kabelfunk | 530 (A) |
| Kanal | |
| — K.-Deckel (Verkehrsgefährdung) | 475 |
| — Mittelland-K. (Kreuzung) | 375 |
| Kanalisation | |
| — Anschlußbeitrag | 221/255 (P), 251, 276 |
| — Benutzungsgebühren | 276, 277 |
| — Haftung der Gemeinde | 413 |
| — Hauskläranlagen | 599 |
| Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung | 224 (B) |
| Käse (Emmentaler) | 213 |
| Kaser (Forstrecht?) | 570 |
| Käufer (Antrag auf Teilungsgenehmigung oder Negativattest) | 470, 473 |
| Keller (Hobbyraum) | 630 |
| Kfz. (Stellplätze, Abstellen) | 437, 760 |
| Kiesgrube | |
| — Baugenehmigung | 286/318 (P) |
| — Gewässereigentum | 141 (A) |
| Kind | |
| — Ausweisung von Ausländern mit deutschem K. | 185 |
| — Staatsangehörigkeitserwerb | 150 |
| — Zündhölzer | 732 |
| Kirche (Austrittserklärung) | 466 |
| Klageänderung | |
| — von Feststellungs- auf Leistungsklage | 478/510 (P) |
| — nach Fristablauf | 495 |
| — Rückzahlungsantrag? | 566 |
| Klagebefugnis | |
| — Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung | 239 |
| — Erlaubnis für Flugmodelle | 664, 666 |
| — innerdienstliche Weisung | 490 (A) |
| — Teilungskäufer | 470, 473 |
| Klagefrist | |
| — Anspruch auf Widerspruchsbescheid? | 241 |
| — Fortsetzungsfeststellungsklage | 667/699 (P) |
| — Klageänderung | 495 |
| — Wiedereinsetzung i. v. S. gegen Versäumung | 29 |
| — Zweitantrag | 759 |
| Klagerücknahme | |
| — Fiktion | 478/509 (P) |
| — Prozeßgebühr | 732 |
| Klageschrift (durch Ehegatten) | 759 |
| Kläranlage (Haftung) | 413, 599 |
| Kleingarten (Kündigungsschutz) | 657 |
| Koalitionsfreiheit (Handwerk) | 227 (A) |
| Kollegordnung (Ausschluß vom zweiten Bildungsweg) | 302 |
| Kollision (Grundrechte in der EG) | 353 (A), 360 (A) |

| | Seite |
|--|---------------------------|
| Kommentierungen zu Gesetzestexten (Staatsprüfung) | 60 |
| Kommunalabgabenrecht | 351 (B) |
| Kommunale Spitzenverbände | 288 (B) |
| Kommunale Wahlbeamte | |
| — Ausgleichszulage | 655 |
| — „Gleichzubewertendes Amt“ (§ 130 BRRG) | 759 |
| Kommunale Wohnungsvermittlung | 628 |
| Kommunales Haushaltsrecht | 607 (B) |
| Kommunalrecht | 320 (B) |
| Kommunalverfassungsrecht (Rechtsschutz) | 753 |
| Kommunalwissenschaft, Einführung | 352 (B) |
| Kommunikationstechnische Entwicklungen | 530 (A) |
| Konjunktur (Investitionshilfeprogramm des Bundes) | 364, 737 (A) |
| Kontingentierung (Möbelfernverkehr) | 144 |
| Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen | 225 (A) |
| Koppelungsgeschäfte | 238 |
| Kosten | |
| — Anwaltskosten | 379 |
| — K.-Aufhebung | 636 |
| — Bahnhofsumbenennung | 157 |
| — des Beigeladenen | 286 |
| — Beschädigung von öffentlichem Eigentum | 559 |
| — Brücke über Straße | 375 |
| — Erschließungs-K. | 8 (A), 15, 16 |
| — Freiwillige Erziehungshilfe | 276 |
| — Hauptsacheerledigung | 241, 632 |
| — Öl-Unfall | 41 (A) |
| — Privatklage (Einstellung) | 604 |
| — Schulweg-K. (Freiheit) | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| — Straßen-K. (Beitrag) | 16, 756, 760 |
| — Streitgenossen | 696 |
| — Umlegungsverfahren | 379 |
| — Verkündungstermin — Teilnahme | 317 |
| — Verlegung einer Fernmeldelinie | 285 |
| — Vermessungs-K. (Erschließungsaufwand) | 759 |
| — vorzeitige Besitzeinweisung | 379 |
| — Widerspruchsgebühr | 57, 187, 495 |
| Kostenentscheidung (Ergänzung) | 286 |
| Kostenfestsetzungsverfahren (Streitwert im Widerspruchsverfahren) | 187 |
| Kostengesetz, Bayerisches (Aufhebung des Art. 24 durch Bundesgesetz) | 294 (A) |
| Kostengesetze (Kommentar) | 640 (B) |
| Kostenspaltung (Erschließungsbeiträge) | 8 (A), 15, 16, 281 |
| Kostenvorschuß | 294 (A), 440, 478/509 (P) |
| Kraftfahrzeug (Wracks, Stellplatz, Abstellen) | 371, 437, 760 |
| Krankenhaus (Bedarfsplan) | 348 |
| Kreisbaumeister (Zusagen in Bauangelegenheiten) | 115 |
| Kreistag (Ordnungsgeld gegen ehrenamtliches K.-Mitglied) | 498 |
| Kreisverwaltung (Sitz) | 205 |
| Kreittmayr (Codex Maximilianeus) | 734 (B) |
| Kreuzung mit Bundeswasserstraße | 375 |
| Kriegsdienstverweigerung | 97 (A) |
| Kündigung | |
| — von Kleingärten | 657 |
| — eines Schwerbeschädigten | 187 |
| L | |
| Ladenschluß | |
| — Friseurhandwerk | 603 |
| — Informationshefte für Sportveranstaltungen | 376 |

| | Seite |
|--|--------------------------------|
| Ladung ehrenamtlicher Richter | 121 |
| Lagerung von Öl | 39 (A) |
| Landbeschaffungsgesetz (Besitzeinweisung) | 690 |
| Länder | |
| — Abschluß auswärtiger Verträge | 127 (B) |
| — Bund-L.-Streitigkeiten | 257 (A) |
| — Finanzhilfen des Bundes | 364, 737 (A) |
| — Gesetzgebungskompetenzen | 85, 111, 559, 681 (A), 737 (A) |
| — Streitigkeit nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG | 337 |
| — Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur | 737 (A) |
| Landesplanung | |
| — landesplanerische Beurteilung | 517 (A), 653 |
| — Raumordnung und L. in Bayern | 62 (B) |
| Landesrecht (Aufhebung durch Bundesrecht?) | 294 (A) |
| Landesverfassungsgerichtsbarkeit (und Bundes-V.) | 547 (A) |
| Landesverordnung über die Verhütung von Bränden | 732 |
| Landschaftsschutz (§ 35 BBauG) | 90 |
| Landtag, Bayerischer | |
| — Franktionsstatus einer Partei | 431 |
| — Geschäftsordnung | 431 |
| — Rechtsstellung der Abgeordneten | 361 (A) |
| Lärm | |
| — Flugmodelle | 664, 666 |
| — Gewerbebetrieb | 30/58 (P), 250 |
| — Schutzaufgaben gegen Verkehrs-L. | 658, 661, 663, 664 |
| — Verkehrs-L. als Enteignung? | 37 (A) |
| Lava-Ausbeutung (Naturschutz) | 759 |
| Lebensmittel | |
| — Buttermilch | 732 |
| — Einfuhr | 213 |
| — Emmentaler-Käse | 213 |
| — Joghurt | 732 |
| Lebensunterhalt | |
| — Ausbildungsvergütung | 210 |
| — Hilfe zum L. nach BSHG | 187 |
| Legislatives Unrecht | 743 (A) |
| Lehrauftrag (Bewerbungsakten) | 759 |
| Lehrer | |
| — Bewertung mündlicher Schüler-Leistungen | 691 |
| — Homosexuelle Handlungen | 691 |
| Lehrstuhl (Umorganisation) | 272 |
| Leistungsbescheid (Vollstreckung) | 218 |
| Leistungsklage | |
| — innerdienstliche Weisung | 719 (A) |
| — gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidung | 754 |
| Leistungsprinzip | 225 (A) |
| Lernmittelfreiheit (Volksbegehren) | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| Lichtreklame | 439 |
| „Lindauer Abkommen“ | 128 (B) |
| Listenabgeordnete (Rechtsstellung) | 361 (A) |
| Lohnsummensteuer | 370 |
| Löschung einer Eintragung in die Handwerksrolle | 311 |
| M | |
| Märchenwald (Vergnügungssteuer) | 177 |
| Maunz, Theodor (75. Geburtstag) | 513 (A) |
| Mehrbedarf (Eigentumswohnung, II. WoBauG) | 593 |
| Meinungsfreiheit | |
| — kommunikationstechnische Entwicklungen | 532 (A) |
| — Strafgefangener | 301 |
| Mengenangabe für Buttermilch | 732 |

| | Seite |
|--|------------------|
| Menschenrechtskonvention | |
| — Ausweisung von Ausländern | 56, 89, 186, 503 |
| — deutsche Sprache | 167 (A, B) |
| — Unschuldsvormutung | 88 |
| Menschenwürde | |
| — Naturgenuß | 76 (A) |
| — Versagung des rechtlichen Gehörs | 679 (A) |
| Miete (Zustimmung der Ausgleichsbehörde) | 759 |
| Milch | |
| — Butter-M. | 732 |
| — Joghurt | 732 |
| Minderheitenschutz (Fraktionsstatus) | 431 |
| Minderjährige | |
| — Aufsichtspflicht des Gaststätteninhabers? | 118 |
| — Verfahrensfähigkeit bei Ausländern | 168 (A, B) |
| Mischverwaltung (Verbot) | 367 |
| Mißbrauch | |
| — Ablehnung von Richtern | 757 |
| — Asylantrag | 403 |
| — von Handlungsformen bei Gemeinde- gebietsreform | 707 (A) |
| Miteigentümer (Erschließungsbeitragsbescheid) | 27 |
| Mitteilung (Eintrag/Löschung in Handwerksrolle) | 311 |
| Mittellandkanal (Kreuzungskosten) | 375 |
| Mitverschulden (Aufhebung einer Baugenehmigung) | 252 |
| Möbelfernverkehr | 144 |
| Monopol (Gebäudeversicherungs-M.) | 207 |
| Moskauer Vertrag | 522 (A) |
| Motorradhandel und -werkstätte | 213 |
| Musikbox (Lärm) | 30/60 (P) |

N

| | |
|--|--------------------|
| Nachbar, Nachbarklage | |
| — Anspruch auf behördliches Einschreiten | 175 |
| — aufschiebende Wirkung einer N.-Klage | 368 |
| — Brandmauer | 175 |
| — enteignende Wirkung eines Bebauungsplan wegen Baumöglichkeit für N. | 157 |
| — Immissionen eines Gewerbebetriebs | 249 |
| — „Nachteil“ i. S. des § 47 VwGO | 611 (A) |
| — Sperrzeitregelung für Gaststätten | 452 (A), 464, 465 |
| — Streitgenossen (Streitwert) | 696 |
| — Vorbescheidsanfechtung | 237 |
| — Widerspruch gegen Baugenehmigung | 252, 495 |
| — Zusage über Baugenehmigung | 759 |
| Nachholung einer Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde | 26 |
| Nachschieben von Gründen | 15, 29, 94/126 (P) |
| Nachtlokal | |
| — Schußwaffe für Inhaber? | 345 |
| — Sperrzeitregelung | 455 (A), 464, 465 |
| „Näheres“ i. S. des Art. 104 a Abs. 4 GG | 364 |
| Nachtstellen zwischen Bundes- und Landes- verfassungsgerichtsbarkeit | 547 (A) |
| Nahverkehr (unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter) | 187 |
| Namensführung | 148 |
| Naturgenuß, Grundrecht | 72 (A), 76 (A), 83 |
| Naturschutz | |
| — Festsetzung eines N.-Gebiets | 759 |
| — Grundrecht auf Naturgenuß | 72 (A), 76 (A), 83 |
| — Streitwert bei Verhinderung von Industriensiedlung | 666 |

| | |
|---|--------------------|
| Nebenbetrieb, handwerklicher | 213 |
| Nebentätigkeit (Abführung der Vergütung an Dienstherrn) | 285 |
| „Ne bis in idem“ | 103 (A) |
| Negativbescheinigung (Bodenverkehrsrecht) | 176, 473 |
| „Neubau“ von Wohnraum (II. WoBauG) | 598 |
| Neugliederung, kommunale | 705 (A) |
| Nichtigkeit | |
| — Angestelltenvertrag | 276 |
| — einer Anordnung der sofortigen Vollziehung | 6 (A) |
| — Bebauungsplan | 297 (A) |
| — Beitragsbescheid | 756 |
| — Einbahnstraßenregelung für Sackstraße | 116 |
| — Flurbereinigungsplan? | 47 |
| — Haftungsvertrag bei Pipelines | 647 (A) |
| — N.-Klage | 213 |
| — kommunalverfassungsrechtlicher Entscheidungen | 754 |
| — örtliche Zuständigkeit | 726 |
| — Schätzwertfeststellung (FlurbG)? | 47 |
| — Straßenkostenbeitragsatzung | 16 |
| — Vorbescheid (baurechtlicher) | 237 |
| Nichtzulassungsbeschwerde (Revision) | 44 |
| Niederlassungsabkommen | |
| — Europäisches N. | 166 (A, B) |
| — persisches N. | 185 |
| — türkisches N. | 186 |
| Niederschrift über Sitzung | 414, 477, 478, 764 |
| Normenkontrolle, verfassungsgerichtliche | |
| — Bundes- u. Landesverfassungsgerichtsbarkeit | 547 (A) |
| — Bund-Länder-Streitigkeiten | 258 (A) |
| — EG-Recht | 357 (A), 360 (A) |
| — Inzidentprüfungsrecht der Exekutive | 2 (A) |
| — politische Verträge | 521 (A) |
| Normenkontrolle, verwaltungsgerichtliche (§ 47 VwGO) | |
| — Antragsbefugnis | 178, 474, 609 (A) |
| — Bebauungsplan | 725, 745 (A) |
| — einstweilige Anordnung | 178, 725 |
| — kommunale Gebietsreform | 705 (A) |
| Notar | |
| — Fremdenverkehrsabgabepflicht? | 208 |
| — Zustellung der Bodenverkehrsgenehmigung an N. | 689 |
| Numerus clausus | |
| — Grundrecht auf Ausbildung | 385 (A) |
| — Hochschule zwischen N. C. und Arbeitslosigkeit | 255 (B) |
| — Hochschulrahmengesetz des Bundes | 289 (A) |
| — Parkstudenten | 722, 723 |
| — Verwaltungsrechtsweg für Staatsvertrag | 337 |
| Nutzungsuntersagung | 402, 691 |

O

| | |
|---|---------------------|
| „Öffentliche Einrichtungen“ (Art. 5 KAG) | 760 |
| „Öffentliche Sache“, öffentliches Eigentum“ | 142 (A), 559, 731 |
| Öffentliches Dienstrecht (Gesamtkommentar) | 160 (B), 704 (B) |
| Öffentliches Interesse | |
| — Geschäftsgrundlage und ö. I. | 423 (A) |
| — Krankenhausplanung | 348 |
| — Vertreter des ö. I. in Baulandsachen | 157 |
| — Verzicht auf Erschließungsbeitrag | 280 |
| Öl | |
| — Baugenehmigung/Erlaubnis für Lager | 368 |
| — Unfall | 38 (A) |
| — Wasserverunreinigung | 413 |
| Opportunitätsprinzip | 684 (A) |
| Oppositionsfreiheit | 431 |
| Orden | 324 (A) |

| | Seite |
|---|-------------------|
| Ordnungsgeld gegen Kreistagsmitglied | 498 |
| Ordnungsmaßnahmen im Schulverhältnis | 302 |
| „Ordre public“ (politische Verträge) | 525 (A) |
| Organisation | |
| — Aufhebung gemeindlicher O.-Akte | 756 |
| — Führungsstil und O. | 484 (A) |
| — Gerichte | 178 |
| — Hochschule | 272, 293 (A) |
| — kommunale Neugliederung | 706 (A) |
| — Polizei | 589, 622, 641 (A) |
| — Schulen | 276 |
| — Verwaltung | 417 (A) |
| Organstreit(verfahren) | |
| — außenpolitische Akte | 521 (A) |
| — Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit | 547 (A) |
| — um Fraktionsstatus einer Partei | 431 |
| Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern | 111 |
| Ortsdurchfahrt | |
| — Anbauverbot | 311 |
| — Baulast | 313 |
| — Erschließungsfunktion | 311 |
| Österreich | |
| — Anerkennung ö. Staatsbürger als Vertriebener? | 727 |
| — Verwaltungsverfahrensgesetze | 287 (B) |
| Ostverträge | 520 (A) |
| Otto-Benecke-Stiftung (Tagung) | 268 (A) |

P

| | |
|---|-------------|
| Panz, Dr. Wilhelm, † | 78 (A) |
| Parkplatz (Straßenausbaubeitrag) | 762 |
| Parkstudenten (§ 32 HRG) | 722, 723 |
| Parlament | |
| — Abgeordnetenentschädigung | 12 |
| — Europäisches P. | 415/447 (P) |
| — Fraktionen | 431 |
| — Gemeinderat als P.? | 703 (B) |
| Partei, politische | |
| — Informationsstand | 211 |
| — kommunale Selbstverwaltung | 702 (B) |
| — Organstreit vor BVerfG | 260 (A) |
| — Verhältniswahlrecht | 107 |
| Parteigutachter (Vernehmung) | 649 (A) |
| Passivlegitimation der Bundesbahn (Streupflichtverletzung) | 179 |
| Persien (Niederlassungsabkommen) | 185 |
| Personalakten (Einsicht) | 92, 759 |
| Personalrat | |
| — Auflösung (Feststellungsklage) | 284 |
| — eigene Dienststelle | 276 |
| — Mittelbehörde/Unterbehörde | 759 |
| — Mitwirkung bei Höhergruppierung | 759 |
| — Stimmabgabe (Zeugenaussage) | 122 |
| — Verhinderung | 285 |
| — Wahlrecht (Dienststellenleiter) | 80 |
| — Wahlvorschläge | 121, 122 |
| — Zuständigkeit | 759 |
| Personalversammlung (Mitglieder der Stufenvertretung) | 284 |
| Persönlichkeitsgrundrecht | |
| — Bestattungsbestimmung | 310 |
| — Rauchen während der Prüfung | 31 |
| Petition (Strafgefangener) | 301 |
| Pfändungs- und Überweisungsbeschluß | 276 |
| Pipeline (Gefährdungshaftung) | 645 (A) |

| | Seite |
|---|-----------------------------------|
| Plan, Planfeststellung, Planung | |
| — Auflagen gegen Verkehrslärm | 658, 661, 663 |
| — Entwicklungsplanung | 65 (A) |
| — Ergänzung | 500 |
| — Flurbereinigungsplan | 47, 51, 52, 54 |
| — Inzidentprüfung durch Exekutive | 1 (A) |
| — Krankenhaus-P. | 348 |
| — Landesplanung | 62 (B) |
| — Rahmenplanung (Gemeinschaftsaufgabe) | 739 (A) |
| — Rechtsschutz gegen (Bauleit-)Planung | 725, 745 (A) |
| — Unternehmernegierung | 515 (A) |
| — wasserrechtliche Planfeststellung | 141 (A) |
| Planungshoheit der Gemeinde | 113, 122, 378, 661, 664, 666, 693 |
| Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland | 415 (B) |
| Polizei | |
| — P.-Aufgabengesetz | 223 (B) |
| — Demonstrationsverbot | 183 |
| — P.-Organisationsgesetz | 641 (A) |
| — Rechtsschutz | 684 (A) |
| — Unterbringung geisteskranker Personen | 232 (A) |
| — Verstaatlichung | 589, 622 |
| Popularklage | |
| — Allgemeine Dienstordnung | 173 |
| — Gemeinde (Selbstverwaltungsrecht) | 589 |
| — Graphitgesetz (vorkonstitutionell) | 493 |
| — Grundrecht auf Naturgenuß | 74 (A) |
| — kommunale Gebietsreform | 705 (A) |
| — Kreissitzbestimmung | 205 |
| — Normenkontrolle nach § 47 VwGO | 612 (A) |
| Post | |
| — Fernmeldeanlagen | 213 |
| — Fernmeldelinien-Verlegung | 285 |
| — Nebentätigkeit von P.-Beamten | 285 |
| Präsidentenanklage (außenpolitischer Vertrag) | 521 (A) |
| Präsidium | |
| — Geschäftsverteilungsplan des P. eines Gerichts | 373 |
| — Wahl eines P. eines Gerichts | 121, 236 |
| Preisauszeichnung (Gaststätten) | 117 |
| Presse und Rundfunk | 531 (A) |
| Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit | 261 (A) |
| Privatklage, Einstellung | 604 |
| Professor (Anspruch bei Umorganisation) | 272 |
| Prostitution (Gaststättenerlaubnis-Versagung) | 118, 120 |
| Protokoll | |
| — Sitzungs-P. | 414, 477, 478 |
| — Unterbleiben von Partei- und Zeugenaussagen | 477, 764 |
| Prozeßfähigkeit | |
| — Nichtigkeitsklage wegen fehlender P. | 213 |
| — eines Rechtsanwalts | 507 |
| Prozeßgebühr (Klagerücknahme) | 732 |
| Prüfung | |
| — „Ausnahmefall“ für 2. Wiederholungs-P. | 344 |
| — Außen-P. (AO 1977) | 543 (A) |
| — Behinderte | 650 (A), 656 |
| — Chancengleichheit | 30, 572, 650 (A) |
| — Rauchen | 30 |
| — Rechtsreferendare | 572 |
| — Stichentscheid | 308 |
| — verfassungsrechtliche Anforderungen | 256 (B) |
| Prüfungspflicht des Gerichts bei Vorbereitungshaft | 56 |

Q

| | |
|----------------------------------|-----|
| „Quereinstieg“ von Parkstudenten | 723 |
|----------------------------------|-----|

| | Seite | | Seite |
|---|---|---|-----------------------|
| R | | — kommunale Neugliederung | 708 (A) |
| Rahmenplanung | 739 (A) | — Prozeßfähigkeit eines Anwalts | 508 |
| Rauchverbot | 10 (A), 30 | — Rechtsetzungsverfahren (VO) | 604/636 (P) |
| Raum, umbauter (Berechnung) | 654 | — Rückwirkung von Beitragssatzungen | 762 |
| Räum- und Streupflicht | 179 | — Sachzusammenhang der Verfahrensabschnitte | 49 |
| Raumordnung und Landesplanung in Bayern | 62 (B) | — Schulverhältnis | 303 |
| Realsteuerhebesätze | 341, 370 | — und Sozialstaatlichkeit | 163 (A) |
| Rechnungshof (Finanzkontrolle des Bundes) | 767 (B) | — Verwaltungsverfahrensgesetz | 322 (A) |
| Rechtliches Gehör | | — Wahlrecht zum Personalrat | 80 |
| — Einstellung des Privatklageverfahrens | 604 | — Werbeanlagenverordnung | 439 |
| — Europäische Gemeinschaft | 399 (A) | Rechtsstellung | |
| — Form der Unterschrift | 445 | — Abgeordnete | 12, 361 (A) |
| — Gegenvorstellung nach § 33 StPO | 679 (A), 687, 688 | — Flüchtlinge | 405, 406 |
| — Rechtsmittelbelehrung an Ausländer | 46 | Rechtsweg | |
| — Sicherungsverwahrung | 143 | — Abwehrrecht gegen Straßenausbau | 157 |
| — Verwaltungsverfahren | 285 | — Aufnahme in Wählerverzeichnis | 729 |
| — Wiedereinsetzung i. v. S. | 46, 81 | — Belehrungspflicht | 171 (A) |
| Rechtsanwalt | | — Entschädigung nach Art. 96 BayBO | 497 |
| — ausländische R. | 195 (A) | — Erschöpfung des R. | |
| — Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung | 350 | (Verfassungsbeschwerde) | 44, 679 (A), 687 |
| — Einwilligung in Sprungrevision (ohne R.?) | 157 | — Europäische Gemeinschaft | 399 (A) |
| — Gebühren | 93 | — Freiheitsentziehung | 166 (A, B) |
| — Protokollbeanstandung | 414, 477, 478, 764 | — Geschäftsverteilung durch Gerichtspräsidium | 373 |
| — Prozeßfähigkeit | 507 | — Gnadensachen | 215 |
| — Rechtsanwaltschaft heute und morgen | 193 (A) | — Hausverbot | 667/698 (P) |
| — Rechtsverletzung nach § 3 BRAO | 220 | — Kosten einer Bahnhofsumbenennung | 157 |
| — Sorgfaltspflicht | 29 | — Sozial-R. (Rechtshilfe für Versicherungsträger) | 276 |
| — mehrere Streitgenossen | 696 | — Staatsvertrag über Studienplatzvergabe | 337 |
| — Umlegungsverfahren | 379 | Referendare, Chancengleichheit | 30, 572 |
| — Unterschrift | 444 | Referentenwahlen | 429 (A) |
| — Verkündungstermin | 317 | Reform | |
| — Vollmachtwiderruf | 220 | — berufliche Bildung | 448 (B) |
| Rechtsbehelfs-, Rechtsmittelbelehrung | 45, 88, 94/125 (P), 169 (A), 221/254 (P), 568, 691 | — Europäisches Parlament | 415/447 (P) |
| Rechtsberatungskosten (Umlegungsverfahren) | 379 | — Funktional-R. | 449 (A) |
| Rechtshilfe (Gemeinde für Sozialversicherungsträger) | 276 | — Staatshaftungsrecht | 581 (A), 740 (A) |
| Rechtskraft (Verbescheidungsurteil) | 94/125 (P) | — Verwaltungs-R. | 288 (B) |
| Rechtsmitteleinlegung (in Baulandsachen) | 157 | Regionale Wirtschaftsstruktur | 737 (A) |
| Rechtsnachfolge(r), Störerhaftung | 30/60 (P) | Reichsabgabenordnung (Kommentar) | 574 (B) |
| Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Sonderopferbegriff | 319 (B), 744 (A) | Reklame (Licht-R.) | 439 |
| Rechtsreferendare, Prüfung (Chancengleichheit) | 30, 572 | Religionsfreiheit (Kirchenaustritt) | 467 |
| Rechtsschutz | | Reparaturwerkstätte | 213 |
| — gegen Bebauungsplan | 725, 744 (A) | Republikflucht als Asylgrund | 411 |
| — R.-Bedürfnis | 221/255 (P), 241, 284, 350 | Revision, Revisionsverfahren | |
| — Hochschulorganisation | 272 | — Bindung an R.-Zulassung? | 121 |
| — kommunale Neugliederung | 705 (A) | — fehlende Gründe eines Urteils | 91, 502 |
| — gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen | 753 | — R.-Instanz als Tatsacheninstanz | 32 (B) |
| — gegen polizei- und ordnungsrechtliche Maßnahmen | 684 (A) | — Nichtzulassungsbeschwerde | 44 |
| — Prozeßfähigkeit eines Anwalts | 507 | — rechtliches Gehör (§ 33 a StPO) | 679 (A), 688 |
| — gegen Vollstreckung aus Verwaltungsakten | 680 (A) | — Sprung-R. | 157 |
| — vorbeugender R. | 27, 71 (A), 86, 112, 272, 275, 747 (A) | — unterbliebene Protokollierung von Aussagen | 477 |
| — in Wahlrechtsangelegenheiten | 271 | — Zulassung | 121, 216 |
| — innerdienstliche Weisung | 490 (A), 719 (A) | Richter | |
| Rechtsstaat, Rechtsstaatsprinzip | | — Ablehnung wegen Befangenheit | 55, 346, 757 |
| — Abgeordnetendiäten | 12 | — ehrenamtliche R. | 121 |
| — AO 1977 (Beratung/Auskunft) | 543 (A) | — Geschäftsverteilung | 373, 569 |
| — Ausbaubeiträge für abgerechnete Maßnahmen? | 762 | — „gesetzlicher R.“ | 569 |
| — Entstaatlichung | 266 (A) | — Unabhängigkeit | 121, 143 |
| — Europäische Gemeinschaft | 395 (A) | — Urteilsverkündung | 216 |
| — faires Verfahren | 46 | — Wahl des Präsidiums | 121, 236 |
| — Finanzkontrolle | 767 (B) | Rückforderung | |
| — Fraktionsstatus einer Partei | 431 | — bezahlter Gebühren | 565 |
| — Geheimhaltung von Vorgängen | 406 | — Verzinsung von R.-Ansprüchen | 690 |
| — Inzidentprüfungsrecht der Exekutive | 1 (A) | — Wohngeld | 187 |
| | | Rücknahme | |
| | | — Baugenehmigung | 286/319 (P), 497, 759 |
| | | — Bescheid | 221/253 (P) |
| | | — Bestellung von Sachverständigen | 758 |
| | | — Wahlvorschlag | 121 |
| | | — Widerspruch | 220, 241, 495 |

| | Seite | | Seite |
|---|---------------------------|--|---------------------------|
| Rückwirkung | | Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden | |
| — von Beitragssatzungen | 25, 315, 760 | — Antragsbefugnis nach § 47 VwGO | 178 |
| — Hebesatz-Festsetzung? | 370 | — Baugenehmigungserteilung | 286/318 (P) |
| — einer Zustimmungserklärung? | 26 | — Halteverbot im Ortskern | 692 |
| Ruhestandsbeamte | | — Klage gegen Erlaubnis für Flugmodelle | 664, 666 |
| — „Hilflosigkeitszuschlag“ | 758 | — kommunale Neugliederung | 712 (A) |
| — Unterhaltsbeitrag für Witwe | 691 | — Kreissitzbestimmung | 205 |
| Rundfunk | 530 (A) | — Lärmschutz der Gemeindebürger | 661, 664, 666 |
| | | — Polizeiverstaatlichung | 589, 622 |
| | | — Popularklage | 589 |
| | | — Realsteuerhebesätze | 343 |
| | | — Verfassungsbeschwerde | 548 (A) |
| | | Sexualkundeunterricht | 274 |
| | | Sicherungsverwahrung | 143 |
| | | Sitz der Kreisverwaltung | 205 |
| | | Sofortige Vollziehungsanordnung | |
| | | — Ausweisung von Ausländern | 275 |
| | | — Begründung | 690 |
| | | — Besitzeinweisung | 690 |
| | | — Fahrerlaubnisentziehung | 106 (A) |
| | | — Freiheitsentziehung | 242 |
| | | — Nichtigkeit | 6 (A) |
| | | — Rechtsbehelfsbelehrung | 169 (A) |
| | | — Streitwert | 276 |
| | | Sondernutzungserlaubnis | |
| | | — Abstellen stillgelegter Fahrzeuge | 760 |
| | | — Informationsstände politischer Parteien | 211 |
| | | Sonderopferbegriff (BGH-Rechtsprechung | 319 (B), 744 (A) |
| | | Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen | 364 |
| | | Sorgfaltspflicht eines Rechtsanwalts | 29 |
| | | Sozialgesetzbuch | 552 (A) |
| | | Sozialhilfe | |
| | | — Bundes-S.-Gesetz | 607 (B), 673 (A) |
| | | — Fernsehen | 187 |
| | | — Schreibmaschine u. Tonband | 187 |
| | | Sozialrecht (Internationales und Europäisches) | 574 (B) |
| | | Sozialstaatsprinzip | |
| | | — AO 1977 (Beratung/Auskunft) | 543 (A) |
| | | — Auslegung | 161 (A) |
| | | — Entstaatlichung | 267 (A) |
| | | Sozialversicherungsträger (Rechtshilfe durch Gemeinde) | 276 |
| | | Sperrzeitregelung für Gaststätten | 452 (A), 464, 465 |
| | | Spitzenverbände, kommunale | 288 (B) |
| | | Sport (Verkauf von Informationsheften) | 376 |
| | | Sprungrevision | 157 |
| | | Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern | 31 (B) |
| | | Staatsangehörigkeit | |
| | | — bayerische S. | 714 (A) |
| | | — Erwerb der deutschen S. (Kind) | 150 |
| | | — Namensführung | 148 |
| | | — Österreicher (Vertriebene) | 727 |
| | | — Ostverträge | 526 (A) |
| | | — Status-Feststellung | 566 |
| | | Staatsanwalt (Schußwaffe) | 153 |
| | | Staatshaftungsrecht (Reform) | 581 (A), 740 (A) |
| | | Staatshaushalt, bayerischer | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| | | Staatslehre | 669 (B) |
| | | Staatsprüfung, juristische | |
| | | — Behinderte | 650 (A), 656 |
| | | — Rauchen | 30 |
| | | — Unterschleif | 60 |
| | | Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 | 684 (A) |
| | | Staatsregierung, Bayerische (Kreissitzbestimmung) | 205 |
| Sachanträge (Verlesung u. Genehmigung?) | 414 | | |
| Sachenrecht, öffentliches | 141 (A) | | |
| Sachverständige(r) | | | |
| — Bestellung (Rücknahme/Widerruf) | 758 | | |
| — Graphologe | 758 | | |
| — Vernehmung von Parteigutachtern | 649 (A) | | |
| — Zusagen des Kreisbaumeisters in Bauangelegenheiten | 115 | | |
| Sackstraße (Einbahn-Regelung) | 115 | | |
| Sahnejoghurt (Bezeichnung) | 732 | | |
| Saldierung (Erschließungskosten) | 15 | | |
| Sammeleinbürgerung | 566 | | |
| „Sammelstraße“ (Erschließungsbeiträge) | 281 | | |
| Satzung, gemeindliche | | | |
| — Erschließungsbeitrags-S. | 245 | | |
| — „Rückwirkung“ | 25, 315, 760 | | |
| — Straßenkostenbeitrag | 16, 760 | | |
| — Verkündung | 25, 315, 760 | | |
| Schadenersatz | | | |
| — „Einleiten“ von Schadstoffen in Gewässer | 347 | | |
| — Mitverschulden bei Aufhebung einer Baugenehmigung | 252 | | |
| Schädlingsbekämpfungsmittel (Lebensmittel) | 213 | | |
| Schätzung im Flurbereinigungsverfahren | 47, 53 | | |
| Schaukasten (Film) | 213 | | |
| Schaumlavaausbeutung (Naturschutz) | 759 | | |
| Schlachthof (Haftung) | 156 | | |
| Schreibmaschine für Blinde | 187 | | |
| Schriftsachverständige | 758 | | |
| Schule | | | |
| — berufliche Bildung | 448 (B) | | |
| — Bewertung mündlicher Leistungen | 691 | | |
| — als Dienststelle der Gemeinde i. S. des BayPVG | 276 | | |
| — Grundrecht auf Ausbildung | 385 (A) | | |
| — Ordnungsmaßnahmen | 302 | | |
| — Sexualkunde-Unterricht | 274 | | |
| Schulwegkosten (Volksbegehren) | 201 (A), 389 (A), 486 (A) | | |
| Schutzauflage nach § 17 FStrG | 658, 661, 663, 664 | | |
| Schutzgesetz i. S. des § 823 BGB (LVVB) | 732 | | |
| Schweiz (Föderalismus) | 575 (B) | | |
| Schwerbeschädigte | | | |
| — unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr | 187 | | |
| — Kündigung des Arbeitsverhältnisses | 187 | | |
| „Sekundarbereich“ im Bildungswesen | 448 (B) | | |
| Selbstverwaltung | | | |
| — Handwerk | 225 (A) | | |
| — Parteien in der kommunalen S. | 702 (B) | | |
| — richterliche | 121 | | |

| | Seite | | Seite |
|--|--------------------|--|----------|
| Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen | | Streitwert | |
| — Hochschulrahmengesetz | 289 (A) | — Aussetzungsverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO | 276 |
| — Parkstudenten | 722, 723 | — Berufungsverfahren | 572 |
| — Verwaltungsrechtsweg | 337 | — Beschwerde gegen S.-Festsetzung | 350 |
| Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz | 493 | — Festsetzung im Widerspruchsverfahren | 187 |
| Städtebau | | — Nachbarklage | 696 |
| — Bodenswertabschöpfung | 511 (B) | — Streitgenossen | 696 |
| — Entwicklungsplanung | 65 (A) | — Verhinderung von Industrieansiedlungen | 666 |
| — S.-Förderungsgesetz | 511 (B) | Streupflicht der Bundesbahn | 179 |
| Standesamt (Kirchenaustrittserklärung) | 466 | Studienplätze | |
| Standort (Unternehmernenehmigung) | 515 (A) | — Auslandsstudium | 187 |
| Stationierungsschäden | 157 | — Hochschulrahmengesetz | 289 (A) |
| Stellplätze für Kraftfahrzeuge | 437 | — Parkstudenten | 722, 723 |
| Steuer(n) | | — Staatsvertrag | 337 |
| — Abgabenordnung | 541 (A), 574 (B) | Subordinationsrechtlicher Verwaltungsvertrag | 95 (B) |
| — Abgeordnetenentschädigung | 12 | Subsidiarität | |
| — Aufrechnung mit S.-Forderung | 158/190 (P) | — der Amtshaftung | 581 (A) |
| — S.-begünstigter Wohnraum (II. WoBauG) | 593 ff. | — der Feststellungsklage | 682 (A) |
| — S.-Bescheid (Streitgegenstand) | 176, 480 (B) | — der Herstellungspflicht der Gemeinden gegenüber Erschließungsverträgen | 633 |
| — Bestandskraft von S.-Bescheiden | 545 (A) | — der Staatshaftung | 742 (A) |
| — auf Enteignungsentschädigung | 157 | — der Verfassungsbeschwerde | 687 |
| — Fremdenverkehrsabgabe keine S. | 463 | — des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes | 323 (A) |
| — Gewerbe-S. | 370 | Subventions-Rückzahlung (Zinsen) | 690 |
| — Grund-S. | 341 | | |
| — Hebesätze | 341, 370 | | |
| — Hunde-S. | 269 | | |
| — Kirchen-S. | 466 | | |
| — Lohnsummen-S. | 370 | | |
| — Prüfungsaufgabe | 350/381 (P) | | |
| — Vergütungs-S. | 111, 177 | | |
| Stichentscheid bei Prüfung (Bindung an Vorzensuren?) | 308 | | |
| Stillegung von Fahrzeugen (auf Straßen) | 760 | | |
| Stimmkreiseinteilung | 107 | | |
| Störer | | | |
| — Handlungshaftung | 30/60 (P), 115 | | |
| — Rechtsnachfolge | 30/60 (P) | | |
| Strafbefehl | | | |
| — an Ausländer | 45 | | |
| — Fristversäumung (Wiedereinsetzung) | 45, 82 | | |
| Strafgefangener, Strafvollzug | | | |
| — Grundrechtseinschränkungen | 207, 301 | | |
| — Vergütung? | 157 | | |
| Straße(n) | | | |
| — Abstellen stillgelegter Fahrzeuge | 760 | | |
| — Ausbau | 157, 756, 760 | | |
| — Beleuchtung | 760 | | |
| — Bundeswasser-S. | 375 | | |
| — als Erschließungsanlage | 20, 336 (A) | | |
| — Haftung bei Beschädigung | 559 | | |
| — Halteverbot im Ortskern | 692 | | |
| — Herstellung von Orts-S. | 633 | | |
| — Kanaldeckel (Verkehrsgefährdung) | 475 | | |
| — Ortsdurchfahrten | 311 | | |
| — Räum- und Streupflichten | 179 | | |
| — Sack-S. (Einbahn-Regelung) | 115 | | |
| — Sammel-S. (Erschließungsbeiträge) | 281 | | |
| — Schutzaufgaben gegen Verkehrslärm | 658, 661, 663, 664 | | |
| Straßenkostenbeitrag | 16, 756, 760 | | |
| Streitgegenstand | | | |
| — der Anfechtungsklage | 176, 480 (B) | | |
| — bei Steuerbescheid | 176, 480 (B) | | |
| Streitgenossen (Nachbarklage, Streitwert) | 696 | | |

| | Seite |
|--|--------------------------|
| „Umbauter Raum“ (Berechnung bei Holzhütte mit Vordach) | 654 |
| Umdeutung (Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung) | 350 |
| Umlegungsverfahren (Rechtsberatungskosten) | 379 |
| Umsatzsteuer | |
| — Enteignungsentschädigung | 157 |
| — Gleichartigkeit mit Vergnügungssteuer? | 111 |
| Umzug (Kontingentierung im Güterkraftverkehr) | 144 |
| Unabhängigkeit der Abgeordneten | 362 (A) |
| Unabhängigkeit der Richter | |
| — Blockwahlssystem | 121 |
| — Verfassungsbeschwerde | 143 |
| „Unbillige Härte“ i. S. des § 135 BBauG | 280 |
| Unerlaubte Handlung, Haftung (Bundesbahn) | 179 |
| Unfall | |
| — Dienst-U. eines Beamten | 442 |
| — Öl-U. | 38 (A) |
| Universität (Umorganisation) | 272 |
| Unschuldsvermutung (Art. 6 MRK) | 88 |
| „Unsittlichkeit“ (§ 4 GastG) | 118, 120 |
| Untätigkeitsklage (Hauptsacheerledigung) | 241, 632 |
| Unterbringung | |
| — Freiheitsentziehung und U. | 165 (A, B) |
| — durch Polizei | 232 (A) |
| — vorläufige U. | 443 |
| Unterhalt | |
| — Armenrecht bei U.-Anspruch? | 114 |
| — U.-Beitrag für Witwe eines Ruhestandsbeamten | 691 |
| Unterlassung, Unterlassungsklage | |
| — gegen kommunale Wohnungsvermittlung | 628 |
| — vorbeugende U.-Klage | 71 (A), 86, 112, 747 (A) |
| Unternehmergenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag | 515 (A) |
| Unterschleif (jur. Staatsprüfung) | 60 |
| Unterschrift | |
| — Berufung/Berufungsbegründung | 444 |
| — Verfassungsbeschwerde | 445 |
| Untersuchungsgrundsatz (AO 1977) | 542 (A) |
| Urlaub, Abwesenheit wegen U. (Wiedereinsetzung i. v. S.) | 82 |
| Urteil | |
| — Begründung | 502 |
| — Fristüberschreitung für Abfassung des U. | 91, 502 |
| — Verkündung | 216 |
| V | |
| Verbindung von Verfahren | 18 |
| Vereinigungsfreiheit (Handwerk) | 226 (A) |
| Verfassung(en) | |
| — Bayerische V. (30 Jahre) | 714 |
| — nicht-kommunistischer Staaten Europas | 224 (B) |
| Verfassungsbeschwerde | |
| — Ausländer | 721 |
| — Beschwer | 604 |
| — Bundes- u. Landes-V. | 548 (A) |
| — Denkmalsschutz | 652 |
| — gegen Einstellung des Privatklageverfahrens | 604 |
| — einer Gemeinde wegen Polizeiverstaatlichung? | 589 |
| — gegen Gerichtsbeschluß über Sicherungsverwahrung | 143 |
| — landesplanerische Beurteilung | 653 |
| — und politischer Vertrag | 520 (A) |
| — Rechtsverletzung (Art. 47 VfGHG) | 143 |
| — Rechtswegerschöpfung | 44, 679 (A), 687 |
| — Unterschrift | 445 |

| | Seite |
|--|--------------------------------|
| — verfassungskonforme Auslegung aufgrund V. | 81 |
| — vor Verkündung einer Verordnung? | 604/639 (P) |
| — in Wahlrechtsangelegenheiten? | 271 |
| Verfassungsgerichtshof, Bayerischer (Bindung der Gerichte an seine Entscheidungen) | 76 (A) |
| Verfassungsgeschichte | 669 (B) |
| Verfassungskonforme Auslegung | 81, 89, 155, 523 (A) |
| Verfassungsrechtliche Streitigkeit | 337 |
| Vergleich | |
| — über Bebauungsgenehmigung | 246 |
| — Vollstreckung | 621 (A) |
| — Widerspruchsgebühr | 57 |
| Vergnügungssteuer | |
| — Landesgesetzgebungskompetenz | 111 |
| — für Märchenwald | 177 |
| Vergütung für Gefangenearbeit? | 157 |
| Verhältnismäßigkeitsgrundsatz | |
| — Ausschluß vom zweiten Bildungsweg | 304 |
| — Ausweisung von Ausländern | 56, 186 |
| — Beseitigungsanordnung | 564 |
| — Demonstrationsverbot | 185 |
| — Fahrtenbuch | 728 |
| — Gewerbebetrieb (Erlaubnisversagung) | 119, 121 |
| — Jagdschein (Versagung/Sperrfrist) | 101 (A) |
| — Unterschleif in Staatsprüfung | 60 |
| — Zwangsbelastung von Grundstücken | 19 |
| Verhältnismäßigkeitsgrundsatz | 107 |
| Verhinderung | |
| — ehrenamtlicher Richter | 121 |
| — Personalratsmitglied | 285 |
| — des vorsitzenden Richters | 569 |
| Verjährung | |
| — Amtshaftungsanspruch | 634 |
| — bundesrechtlicher Entschädigungsansprüche | 155 |
| — Erschließungsbeiträge | 24, 104 (A), 235 (A) |
| — Erstattungsansprüche nach dem G 131 | 217 |
| — Ordnungsgeld gegen Kreisbürger | 498 |
| Verkehr | |
| — enteignungsrechtliche Bewertung | 36 (A) |
| — V.-Gefährdung (Kanaldeckel) | 475 |
| — Lärm | 37 (A), 658, 661, 663, 664 |
| Verkehrssicherungspflicht | |
| — Beleuchtung | 763 |
| — Staatshaftung | 741 (A) |
| Verkehrswert (Minderung bei Miteigentümern) | 27 |
| Verkehrszeichen | 116 |
| Verkündung | |
| — Ermächtigungsnorm und Verordnung | 604/636 (P) |
| — Termin (Auslagen) | 317 |
| — Urteil | 216 |
| Verlegung einer Fernmeldelinie | 285 |
| Verlesung von Sachanträgen? | 414, 478 |
| Vermittlung von Wohnungen | 628 |
| Vernehmung von Parteigutachtern | 649 (A) |
| Veröffentlichung von Beitragssatzungen | 760 |
| Verordnung | |
| — amtsgerichtliche Zweigstellen | 474 |
| — Brandverhütung | 732 |
| — Ermächtigung | 439, 453 (A), 474, 604/636 (P) |
| — Kreissitzbestimmung durch VO | 205 |
| — Rechtsschutz gegen kommunale Neugliederung durch VO | 705 (A) |
| Verpflichtungsklage | |
| — Auflagen | 658, 661, 663 |
| — Zurücknahme einer Baugenehmigung | 759 |
| — Zwischenurteil | 691 |

| | Seite | | Seite |
|--|------------------------------------|---|----------------------------|
| Versagungsakt | 577 (A), 599 | — Bestandskraft | 545 (A) |
| Versammlungsfreiheit (Demonstrationsverbot für Ausländer) | 184 | — Bestimmtheit | 372, 631, 632, 691, 729 |
| Verschwiegenheitspflicht (Ordnungsgeld gegen Kreistagsmitglied) | 498 | — beurkundender V. | 467 |
| Versicherung | | — Bindungswirkung | 56, 88, 166 (A, B) |
| — Erstattungsanspruch nach G 131 | 217 | — Dauerwirkung | 30/59 (P), 103 (A) |
| — Gebäude-V. (Monopol) | 207 | — dienstliche Beurteilung kein VA | 182 |
| — Sozial-V.-Träger (Rechtshilfe) | 276 | — Einvernehmen der Gemeinde (§ 36 BBauG)? | 122 |
| Versorgungsleitung (Zwangsbelastung) | 18, 19, 33 (A) 460 (A), 645 (A) | — Erschließungsvertrag (Durchsetzung durch V.?) | 759 |
| Verteidigerüberwachung | 196 (A) | — Gebietsänderungen von Gemeinden | 706 (A) |
| Verteidigungslasten (Zustellung von Behördenentscheidungen) | 157 | — Gnadenakt | 216 |
| Verteilungsmaßstab (Erschließungs-/Straßenkostenbeiträge) | 16, 27, 315 | — Hausverbot | 667/698 (P) |
| Vertrag | | — innerdienstliche Weisung | 490 (A), 719 (A) |
| — auswärtiger V. | 127 (B), 520 (A) | — Kirchenaustrittsbescheinigung | 467 |
| — über Baulast an Ortsdurchfahrten | 313 | — Krankenhausbedarfsplan | 348 |
| — Erschließungsaufwand | 282, 633, 759 | — Mitteilung über Eintrag in Handwerksrolle | 311 |
| — Folgekosten-V. | 378 | — Nachschieben von Gründen | 15, 94/126 (P) |
| — Grundvertrag | 523 (A) | — Nichtigkeit | 48, 238, 756 |
| — und öffentliches Interesse | 427 (A) | — Status-Feststellung nach RuStAG | 566 |
| — öffentlich-rechtlicher V. | 324 (A) | — Verkehrszeichen | 116 |
| — Staats-V. über Studienplatzvergabe | 337 | — Versagungsbescheid | 577 (A) |
| — Straßensicherungs-V. | 336 (A) | — Verwaltungsverfahrensgesetz | 324 (A) |
| — Verfassungsbeschwerde und politischer V. | 520 (A) | — Vollstreckung | 86, 680 (A) |
| — Vergleichs-V. (Baurecht) | 246 | — Wiederholung eines Antrags auf Vornahme eines V. | 759 |
| — und Verwaltungsakt | 759 | — Zusage | 246 |
| — Verwaltungs-V. | 95 (B) | — Zuständigkeit (örtliche) | 726 |
| — Werbenutzung-V. | 671 (A) | — Zustellung | 221/253 (P) |
| — zugunsten Dritter | 645 (A) | — Zwangsgeldfestsetzung | 248 |
| Vertrauensschutz | | Verwaltungsblätter, Bayerische | |
| — Abschiebung von Ausländern | 412 | — Mitherausgeber Panz † | 78 (A) |
| — Baugenehmigung (Aufhebung/Rücknahme) | 252, 498, 759 | — Verstärkung des Umfangs | 10 (A) |
| — Berichtigung von Verwaltungsakten | 545 (A) | Verwaltungsgerichtshof, Bayerischer (Geschäftsverteilung) | 78 (A) |
| — Jagdschein-Sperrfrist | 103 (A) | Verwaltungsgerichtsordnung | 575 (B), 670 (B) |
| — Vergleich über Bebauungsgenehmigung | 246 | Verwaltungslehre | 447 (B), 535 (A) |
| Vertretung | | Verwaltungsprozeßrecht (Grundriß) | 383 (B) |
| — des Freistaates Bayern in Bonn | 639 (B) | Verwaltungsrecht | |
| — Nichtigkeitsklage wegen mangelnder V. | 213 | — Allgemeines V. | 191 (B) |
| — der öffentlichen Interessen in Baulandsachen | 157 | — Staats- und V. in Bayern | 31 (B) |
| Vertriebene (Österreicher) | 727 | Verwaltungsreform und kommunale Spitzenverbände | 288 (B) |
| Verwahrung | | Verwaltungsvereinbarung für Finanzhilfen des Bundes | 364 |
| — Antrag | 231 (A), 443 | Verwaltungsverfahren | |
| — Entlassung | 167 (A, B) | — Bundesgesetz | 321 (A) |
| — Sicherungs-V. | 143 | — innerdienstliche Weisung | 490 (A), 719 (A) |
| Verwaltung | | — österreichische V.-Gesetze | 287 (B) |
| — Auftrags-V. | 64 (B) | — rechtliches Gehör | 285 |
| — „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit | 63 (B) | — Zusammenlegungsverfahren | 55 |
| — Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen | 191 (B) | Verwaltungswissenschaft | 417/512 (A), 535 (A) |
| — Führungsstil | 481 (A), 510 (B) | Verweisung (Bindung an V.-Beschuß) | 213 |
| — Funktionalreform | 449 (A) | Verwerfungskompetenz der Exekutive | 1 (A) |
| — Gesetzmäßigkeit der V. | 395 (A), 578 (A) | Verwirkung | |
| — Inzidentprüfungsrecht | 1 (A) | — Berufung auf Verfahrensmangel | 477 |
| — Karrieredeterminanten | 224 (B) | — Vorausleistung auf Erschließungsbeitrag | 278 |
| — Privatisierung | 261 (A) | Verzicht auf Erschließungsbeitrag | 280 |
| — V.-Vertrag | 95 (B) | Volksbegehren | |
| — u. V.-wissenschaft | 417/512 (A) | — zum Staatshaushalt | 201 (A), 389 (A), 486 (A) |
| — Zeitschrift für V. | 703 (B) | — und Volksentscheid (Verbot des Art. 73 BV) | 389 (A) |
| Verwaltungsakt | | Volksbelustigung (Verkauf von Informationsheften) | 376 |
| — Abhängigmachen von Gegenleistung | 238 | Volksentscheid zum Staatshaushalt? | 201, (A), 389 (A), 486 (A) |
| — beamtenrechtliche Maßnahmen | 273 | Volksschule (Sexualkunde-Unterricht) | 274 |
| — Bekanntgabe | 94/124 (P) | „Volkszugehöriger, deutscher“ | 566 |
| — Berichtigungsersuchen nach FlurbG? | 50 | Vollmacht | |
| | | — Vorlage nach Fristablauf | 478/509 (P) |
| | | — Widerruf | 220 |

| | Seite |
|---|-------------------|
| Vollstreckung | |
| — Anordnung im Zusammenhang mit Öl-Unfall | 41 (A) |
| — Beseitigungsanordnung | 86, 115, 631, 691 |
| — öffentlicher Geldforderungen durch Gerichtsvollzieher | 218 |
| — Vergleich | 621 (A) |
| — aus Verwaltungsakten | 86, 680 (A) |
| — Zwangsgeldandrohung | 86 |
| Vorausleistung auf Erschließungsbeitrag | 24, 277, 278 282 |
| Vorbauten (Abstandsfläche) | 630 |
| Vorbereitungsdienst (unterschiedlicher) | 572 |
| Vorbereitungshaft | 56, 88 |
| Vorbescheid | |
| — Bebauungsgenehmigung | 89, 246 |
| — Haftung | 599 |
| — Nachbarklage | 237 |
| Vorbeugender Rechtsschutz | |
| — Bauleitplanung | 747 (A) |
| — einstweilige Anordnung | 112 |
| — Feststellungsklage | 27 |
| — Hochschulorganisation | 272 |
| — Sexualkundeunterricht | 274 |
| — Unterlassungsklage | 71 (A), 86, 112 |
| Vordach (Berechnung des umbauten Raums) | 654 |
| Vorgärten (Kfz.-Stellplätze) | 437 |
| Vorlageverfahren nach § 47 VwGO (neu) | 609 (A) |
| Vorstand der Teilnehmergeinschaft (FlurbG) | |
| — Befangenheit | 51 |
| — Zuständigkeitsbereich | 46 |
| Vorteilsausgleich bei Enteignungsentschädigung | 475 |
| Vorwirkungen eines Bauverbots | 154 |
| Vorzeitige Besitzeinweisung | |
| — Flurbereinigung | 46 |
| — Landbeschaffungsgesetz | 690 |
| — Rechtsberatungskosten | 379 |
| — Richtermithilfe (Vorverfahren) | 55 |
| W | |
| Waffe(n) | |
| — Ausstellung eines W.-Scheins für Taxifahrer? | 151 |
| — Pistole für Nachtlokalinhaber? | 345 |
| — Schußwaffe für Staatsanwalt? | 153 |
| Wahl | |
| — Ausländer (W.-Recht) | 736 (B) |
| — Beschluß-W. nach Art. 51 Abs. 3 GO | 429 (A) |
| — Bundes-W.-Gesetz | 735 (B) |
| — Europäisches Parlament | 415/447 (P) |
| — Gemeinderats-W. (Ersatzliste) | 751 |
| — Listenabgeordnete/Direktwahl | 361 (A) |
| — Personalrats-W. | 80, 121, 122 |
| — Richter-W. | 121, 236 |
| — Verfassungsbeschwerde? | 271 |
| — Verhältnis-W. in Bayern | 107 |
| Wählerverzeichnis | 729 |
| Wahlfach-Examinatorium | 669 (B) |
| Wahlfreiheit und Wahlprüfung | 126 (B) |
| Wahlkampf (Informationsstand für politische Partei) | 211 |
| Wahlprüfung | |
| — Aufnahme in Wählerverzeichnis | 729 |
| — Verfassungsbeschwerde neben W.? | 271 |
| — Wahlfreiheit und W. | 126 (B) |

| | Seite |
|---|------------------|
| Wahlrecht | |
| — Zum Deutschen Bundestag | 735 (B) |
| — zum Personalrat | 80 |
| — Verfassungsbeschwerde? | 271 |
| Wahlvorschlag zum Personalrat (Zurücknahme) | 121 |
| Wald | |
| — Bannwald | 134 (A) |
| — Bayerisches Waldgesetz | 129 (A) |
| — Bundeswaldgesetz | 137 (A) |
| — Teilungserlaubnis | 617 (A) |
| Warschauer Vertrag | 522 (A) |
| Wasser, Gewässer | |
| — Bundes-W.-Straßenausbau | 375 |
| — Eigentum an Gewässern | 141 (A) |
| — Frischwasserbezug (Kanalbenutzungsgebühr) | 276 |
| — Haftung für W.-Verunreinigung | 413 |
| — Öl-Unfall | 38 (A) |
| — Schadensersatz bei „Unterlassen“ | 347 |
| Wasserschutzzone (enteignende Wirkung der Festsetzung) | 28, 34 (A) |
| Wein (Etikett bei Import) | 603 |
| Weisung, innerdienstliche | 490 (A), 719 (A) |
| Werbeanlagen (Lichtreklame) | 439 |
| Werbenutzungsverträge der Gemeinden | 671 (B) |
| Wesensgehalt von Grundrechten (Naturgenuß) | 83 |
| Widerruf | |
| — Baugenehmigung | 286/319 (P), 564 |
| — Sachverständigen-Bestellung | 758 |
| — Steuerbegünstigung nach II. WoBauG | 595 |
| — Vollmacht | 220 |
| Widerspruch | |
| — gegen Abgabenbescheid (Zustellung) | 760 |
| — gegen Beanstandung durch Bürgermeister | 733/765 (P) |
| — durch Ehegatten | 759 |
| — erstmalige Beschwerde durch Zurücknahme des W. | 495 |
| — Feststellungsklage nach § 113 VwGO | 667/699 (P) |
| — Form (Belehrung) | 568, 691 |
| — Frist | 94/124 (P), 568 |
| — Gebühr (Erstattung?) | 57 |
| — Nachbar-W. | 252 |
| — Untätigkeitsklage | 241 |
| — Zurücknahme | 220, 241 |
| — Zweitentscheid nach Vorlegung des W. | 691 |
| Widerspruchsbescheid, -verfahren | |
| — Anspruch auf Erlaß eines W. B.? | 241 |
| — aufschiebende Wirkung der Klage | 176 |
| — erstmalige Beschwerde | 495 |
| — Streitwertfestsetzung | 187 |
| — Wiedereinsetzung gegen Versäumung der Klagefrist | 29 |
| Widerstandsrecht (Art. 20 GG) | 158/190 (P) |
| „Wiederaufbau“ von Wohnraum | 598 |
| Wiedereinsetzung in den vorigen Stand | |
| — Form der Rechtsbehelfsbelehrung | 568 |
| — Nachschieben von Gründen? | 29 |
| — Rechtsmittelbelehrung an Ausländer | 46 |
| — Urlaubsabwesenheit | 82 |
| — Vorverfahren | 94/125 (P), 568 |
| Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung | |
| — bei nichtiger Anordnung der sofortigen Vollziehung | 6 (A) |
| — Beseitigungsanordnung gegen Handlungsstörer | 115 |
| — Klagebefugnis | 239 |
| — Nachbarklage | 368 |
| Wiederholung eines Antrags auf Erlaß eines VA (Klagefrist) | 759 |

| | Seite |
|---|-----------------------|
| Wiederholungsprüfung | 344 |
| Willkürverbot | |
| — Fraktionsstatus einer Partei | 431 |
| — Gebietsreform | 207 |
| — Gemeinde | 591 |
| — Vereinigungsfreiheit im Handwerk | 226 (A) |
| Winterdienst (Räum- und Streupflicht) | 179 |
| „Wirtschaftsfreiheit“ aus Art. 2 GG | 604/637 (P) |
| Wirtschaftsstruktur, regionale | 737 (A) |
| Wissenschaftsfreiheit (Hochschulorganisation) | 272 |
| Witwe (Unterhaltsbeitrag) | 691 |
| Wochenendhaus | |
| (Steuerbegünstigung nach II. WoBauG) | 595, 598 |
| Wohngeld (Berichtigung fehlerhafte Bescheide) | 187 |
| Wohnraum, Wohnung | |
| — Abbruch (Zweckentfremdungsgenehmigung?) | 400 |
| — kommunale Wohnungsvermittlung | 628 |
| — Nutzungsuntersagung | 402 |
| — Polizeiverstaatlichung | 622 |
| — Schutz gegen Verkehrslärm | 658 |
| — Trennungsgeld | 759 |
| — i. S. des II. WoBauG | 592, 594, 596, 598 |
| Z | |
| Zeitpunkt (maßgebender Z. für Sachentscheidung) | 30/59 (P), 183 |
| Zeitschrift für Verwaltung | 703 (B) |
| „Zentraler Ort“ nach dem Landesentwicklungsprogramm | 178 |
| Zeugenvernehmung | |
| — Parteigutachter | 649 (A) |
| — Protokollierung | 477, 764 |
| — über Stimmabgabe bei Personalratswahl | 122 |
| Zeugnisverweigerungsrecht (Fahrtenbuch) | 728 |
| Ziegelei (Immissionsschutz) | 249 |
| Zinsen | |
| — Anfechtung von Gebührenbescheiden | 565 |
| — Höhe bei ö.-rechtlichem Rückzahlungsanspruch | 690 |
| — Vorteilsausgleich bei Enteignungsentschädigung | 475 |
| Zollbeamter (Amtspflichten) | 157 |
| Zufahrt zu Grundstücken | 17 |
| Zulage | |
| — Ausgleichs-Z. nach KWBG | 655 |
| — Investitions-Z. | 737 (A) |
| Zulassung | |
| — Zur Benutzung eines kommunalen Schlachthofs | 156 |
| — Parkstudenten | 722, 723 |
| — der Revision | 216 |
| — Studienplatzvergabe | 187, 290 (A) |
| Zündhölzer (Kinder) | 732 |
| Zurücknahme | |
| — einer Baugenehmigung | 286/319 (P), 497, 759 |
| — eines Bescheides | 221/253 (P) |
| — der Bestellung von Sachverständigen | 758 |
| — eines Wahlvorschlages? | 121 |
| — eines Widerspruchs | 220, 241, 495 |
| Zurückstellungsbescheid (§ 15 BBauG) | 94/124 (P) |

| | Seite |
|--|-------------------------|
| Zusage | |
| — neue AO 1977 | 544 (A) |
| — Bebauungsgenehmigung | 246 |
| — Bebauungsplan-Aufstellung | 378 |
| — Kreisbaumeister | 115 |
| — an Nachbarn über Baugenehmigung | 759 |
| — öffentliches Interesse | 428 (A) |
| Zusammenarbeit | |
| (innere Verwaltung/Flurbereinigung) | 41 (A) |
| Zusammenlegungsverfahren | 55 |
| Zuschlag („Hilflosigkeits-Z.“) | 758 |
| Zuständigkeit | |
| — Allzuständigkeit der Bezirke (für Behindertenhilfe) | 673 (A) |
| — Bürgermeister/Gemeinderat | 667/700 (P) |
| — Freiheitsentziehung | 166 (A, B) |
| — Funktionalreform | 449 (A) |
| — Genehmigung zum Erwerb der Staatsangehörigkeit | 150 |
| — Gnadensachen | 215 |
| — instantielle Unzuständigkeit | 213 |
| — örtliche | 726 |
| — Personalrat (Mittel-/Unterbehörde) | 759 |
| — Schußwaffe für Staatsanwalt | 153 |
| — Überschreitung der Z. (Amtspflichtverletzung) | 123 |
| — Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur | 737 (A) |
| — Vorstand der Teilnehmergemeinschaft nach FlurbG | 46 |
| — Zusagen in Bauangelegenheiten | 115 |
| Zustandshaftung (Grundstückseigentümer) | 175 |
| Zustellung | |
| — Abgabenbescheid | 760 |
| — Beitragsbescheid an Erbengemeinschaft | 756 |
| — Bodenverkehrsbescheid an Notar | 689 |
| — Klage (mit Aktenanforderung) | 732 |
| — Leistungsbescheid | 218 |
| — Mangel (Heilung) | 760 |
| — von Verwaltungsakten | 221/253 (P) |
| — Verteidigungslastenbehörden | 157 |
| — Zurückstellungsbescheid | 94/124 (P) |
| Zustimmung | |
| — zum Ausbau einer Erschließungsanlage | 26 |
| — der Ausgleichsbehörde zu Mietzinsfestsetzung | 759 |
| — der Bundesregierung zu auswärtigen Verträgen der Länder | 127 (B) |
| — zur Kündigung eines Schwerbeschädigten | 187 |
| — aller Länder zu Verwaltungsvereinbarung nach Art. 104 a GG | 366 |
| — der Landesparlamente zu Staatsverträgen | 339 |
| — zu Lohnsummensteuer | 370 |
| — zu Ostverträgen (Verfassungsbeschwerde) | 522 (A) |
| Zuverlässigkeit für Gewerbebetrieb | 118, 120 |
| Zwangsbelastung von Grundstücken | 18, 19, 33 (A), 460 (A) |
| Zwangsgeld | |
| — Androhung | 86, 632 |
| — zur Beseitigung mehrerer Bauwerke | 632 |
| — Festsetzung | 248 |
| Zweckentfremdung von Wohnraum | 400 |
| Zweigstelle, amtsgerichtliche | 178, 474 |
| Zweiradreparaturwerkstätte | 213 |
| Zweitenantrag | |
| — Ablehnung von Richtern im Z.-Verfahren | 757 |
| — Klagefrist (§ 76 VwGO) | 759 |
| Zweitbescheid (nach Widerspruchs-Vorlage) | 691 |
| Zweiter Bildungsweg (Ausschluß) | 302 |
| Zweithaus (keine Steuerbegünstigung) | 594 |
| Zweiwochenfrist für Urteilsabfassung | 91, 502 |
| Zwischenurteil | 691 |

VII. Systematisches Verzeichnis

E = Entscheidungen

B = Buchbesprechung

P = Juristische Prüfungsaufgaben

Fettdruck der Seitenzahlen = Abhandlungen und sonstige Beiträge

1. Allgemeines (insbesondere Tagungen)

Verstärkung des Umfangs der Bayerischen Verwaltungsblätter — **10**. Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — **10**. Ministerialdirigent a. D. Dr. Wilhelm Panz† — **78**. Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs für die Zeit vom 1. 1. 1976 bis 31. 12. 1976 — **78**. Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — **193**. Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — **261**. Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts (Bericht über die Tagung der Otto-Benecke-Stiftung in Bonn) — **268**. Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen — **324**. Verwaltung und Verwaltungswissenschaft — **417**, **512**. Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse — **423**. Effektiver Führungsstil in unserer Zeit — **481**. Zum 75. Geburtstag von Theodor Maunz — **513**. Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — **528**. Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre — **535**. Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — **684**. Reform des Staatshaftungsrechts? — **740**.

B „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — **63**. Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — **224**. Die kommunalen Spitzenverbände (Geißelmann) — **288**. Einführung in die Kommunalwissenschaft (Pagenkopf) — **352**. Verwaltungslehre (Maurach/Behrendt/Knöpfle/Thieme) — **447**. Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Böhret/Junkers) — **510**. Die weißblaue Botschaft (Schmid) — **639**. Der Umgang mit Computern (Geiger/Schneider) — **639**. Wahlfach-Examinatorium (WEX) 7: Staatslehre — Verfassungsgeschichte (Maurach/Behrendt/Maunz als Hrsg.) — **669**. Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — **703**. Was früher in Bayern alles Recht war (Eberle) — **734**.

P Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — **415**, **447**.

2. Staats- und Verfassungsrecht

2.1 In- und ausländisches Staatsrecht (Allgemeines, einschließlich Rechtsgeschichte, Staatsphilosophie, Staatslehre)

Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — **134**. Entwicklung und Bedeutung der Orden und Ehrenzeichen — **324**. Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — **520**. Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — **528**. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — **547**. Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — **684**. Ein Staat ohne Staatsangehörige — **714**. Reform des Staatshaftungsrechts? — **740**.

E Verfassungsmäßige Voraussetzungen und Justitiabilität der Festlegung des Fraktionsstatus' in der Landtagsgeschäftsordnung — **431**. Zur Überprüfung vorkonstitutionellen Rechts (Art. 2 GrundGG; Art. 153 WV) im Popularklageverfahren — **493**.

B Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — **31**. Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärtigen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Seidel) — **127**. Föderalismus — Die demokratische Alternative (Hahn) — **159**. Die Verfassungen der nicht-kommunistischen Staaten Euro-

pas (Mayer/Tasch) — **224**. Politik, Staat und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (Dollinger) — **415**. Die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik (Gleich) — **416**. Föderalismus in der Schweiz (Neidhart) — **575**. Der integrale Föderalismus — Föderalismus als Gesellschaftslehre (Hahn/Kinsky/Fuchs u. a.) — **575**. Die weißblaue Botschaft (Schmid) — **639**. Wahlfach-Examination (WEX) 7: Staatslehre — Verfassungsgeschichte (Maurach/Behrendt/Maunz als Hrsg.) — **669**. Gemeinderat als Parlament? (Wurzel) — **703**. Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — **703**. Was früher in Bayern alles Recht war (Eberle) — **734**. Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes (Tiemann) — **767**.

P Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — **415**, **447**.

2.2 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

2.2.1 Grundrechte (Art. 1 bis 13 und 15 bis 19)

Gesundheits- und Hygieneschutz durch Rauchverbot? — **10**. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — **65**. Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen — **72**. Die Präsentation des Gewissens — **97**. Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips — **161**. Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — **169**. Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — **225**. Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — **261**. Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — **353**. Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — **360**. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsordnung — **395**. Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht — **452**. Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kommunikationstechnischer Entwicklungen — **530**. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — **577**. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — **645**. Die Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — **650**. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — **705**.

E Die Steuerfreiheit der Abgeordneten-Diäten verstößt gegen Art. 3 — **12**. Verbot der Beeinträchtigung nichtrauchender Prüfungsteilnehmer durch Raucher (Art. 3, 12) — **30**. Verletzung des Art. 19 Abs. 4 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Urlaubsabwesenheit bei Strafbefehlshandlung) — **81**. Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge im Möbelfernverkehr verstößt gegen Art. 12 — **144**. Bedeutung des Art. 6 bei der Ausweisung von Ausländern — **185**. Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — **207**. Zur gerichtlichen Nachprüfung von Gnadenentscheidungen (Art. 19 Abs. 4) — **215**. Beschränkung der Gestaltungsfreiheit des Landesgesetzgebers bei der Regelung des Wahlverfahrens zu den Richtervertretungen durch Art. 3 — **236**. Bedeutung des Art. 3 bei der Bemessung von Kanalanschlußbeiträgen nach der Geschosflächenzahl — **251**. Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation von wissenschaftlichen Einrichtungen aus Art. 5 — **272**. Keine einstweilige Anordnung aus Art. 6, 7 gegen Sexualkundeunterricht — **274**. Zur Vereinbarkeit von Ordnungsmaßnahmen im Rahmen von Schulverhältnissen ohne gesetzliche Grundlage mit Art. 12 — **302**. Justitiabilität von Geschäftsverteilungsplänen (Art. 19) — **373**. Begünstigte Asylgewährung an Antragsteller mit gesicherter Eingliederung in die deutschen Lebensverhältnisse (Art. 16) — **405**. Inhaltliche Bedeutungen und Begrenzungen des Grundrechts auf Asyl ge-

mäß Art. 16 — 406. Notwendigkeit der Prozeßfähigkeit eines Anwalts mit Art. 12 vereinbar — 507. Zum Grundsatz der Chancengleichheit bei gleichzeitiger Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungszeiten (Art. 3) — 572. Zur Verletzung von Grundrechten durch kommunale Wohnungsvermittlung — 628. Klagerecht einer Gemeinde gegen die Erlaubnis für Flugmodelle wegen Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts (Art. 28, 142) — 664. Aussetzung der Rückwirkung der „Parkstudium-Klausel“ des § 32 HRG; Verlängerung der Einschreibungsfrist — 722. Einrücken von Parkstudenten in freierwerdende Studienplätze höherer Semester (Art. 3, 12) — 723. Einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO? (Art. 19 Abs. 4) — 725.

B Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit (Lohmar/Ortner als Hrsg.) — 255. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Pietzker) — 256. Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480.

P Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189. Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698.

2.2.2 Art. 20 bis 146 GG, Allgemeines

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — 134. Zur Auslegung des Sozialstaatsprinzips — 161. Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz — 257. Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber? — 294. Das Verwaltungsverfahrensgesetz — 321. Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — 353. Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — 360. Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361. Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — 520. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung — 679. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Ein Staat ohne Staatsangehörige — 714. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

E Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Alimentation der Abgeordneten (Art. 20, 38, 48) — 12. Verletzung des Art. 103 Abs. 1 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für Ausländer, dem Strafbefehl in deutscher Sprache zugestellt wurde — 45. Verletzung des Art. 103 Abs. 1 bei Planänderungen im Flurbereinigungsverfahren — 52. Verstoß gegen Art. 103 Abs. 1 bei Verweigerung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Urlaubsabwesenheit — 81. Zur Kompetenz des Landesgesetzgebers, jedermann ein Recht auf Schutz der Natur einzuräumen (Art. 75 Nr. 3) — 83. Vereinbarkeit der landesrechtlichen Vergnügungssteuer mit Art. 105 Abs. 2a — 111. Aus Art. 74 Nr. 11 läßt sich die Verfassungsmäßigkeit landesrechtlicher Gebäudeversicherungsmonopole herleiten — 207. Anspruch einer politischen Partei (Art. 21) auf Aufstellen von Informationsständen — 211. Keine analoge Anwendung des Art. 38 auf Wahlen zu Richtervertretungen — 236. Umfang des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1) im Verwaltungsverfahren — 285. Keine Zuständigkeit des BVerfG

nach Art. 93 zur Auslegung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Erforderlichkeit zustimmungsbedürftiger Bundesgesetze oder von Verwaltungsvereinbarungen für die Konkretisierung von Finanzierungshilfen des Bundes gemäß 104a Abs. 4 — 364. Fremdenverkehrsabgabe ist keine „Steuer“ i. S. des Art. 105 — 463. Zur Form von Kirchnaustrittserklärungen (Art. 140) — 466. Fortgeltung des Graphitgesetzes als Landesrecht (Art. 125) — 493. Drohende Todesstrafe kein absolutes Hindernis für Abschiebungshaft (Art. 102) — 502. Gesetzgebungskompetenz der Länder für den Erlass von Vorschriften über „öffentliches Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung (Art. 74) — 559. Verfassungsbeschwerde einer Gemeinde gegen die Polizeiverstaatlichung (Art. 28) — 589. Vorlage nach Art. 100 wegen Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsvorschriften — 657. Zum Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1) bei der nachträglichen Anhörung nach § 33a StPO — 687, 688. Keine Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinde nach Art. 28 durch Anordnung eines Halteverbots im Ortskern — 692. Kein Verfassungsbeschwerderecht zum BayVerfGH von Ausländern (Art. 33, 116) — 721. Zum Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4) gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen — 753.

B „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — 63. Die Bundesaufsicht (Haun) — 64. Die Bundesauftragsverwaltung als Verwaltungsform (Wolst) — 64. Die Zustimmung der Bundesregierung zu Verträgen der Bundesländer mit auswärtigen Staaten gemäß Art. 32 Abs. 3 GG (Seidel) — 127. Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes (Müller-Volbehr) — 383. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448. Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Friauf) — 448. Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Friauf) — 448. Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480. Grundgesetz-Kommentar (Maunz/Dürig/Herzog) — 668. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702.

P Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

2.3 Gesetz über das Bundesverfassungsgericht

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Die Bund-Länder-Streitigkeiten nach dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgerichtsgesetz — 257. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung — 395. Verfassungsbeschwerde und politischer Vertrag — 520. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtswegs durch Gegenvorstellung — 679.

E Zur Bindungswirkung von BVerfG-Entscheidungen nach § 31 bei „verfassungskonformer Auslegung“ von Gesetzen — 81. Zur Bindungswirkung der BVerfG-Entscheidung über die Nachprüfbarkeit von Gnadenakten (§§ 15, 31) — 215. Keine Zuständigkeit des BVerfG nach §§ 71 ff. zur Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Zur Bindungswirkung von BVerfG-Entscheidungen (§ 31) — 400. Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde ist verfassungsrechtlich verankert; zur Rechtswegerschöpfung nach § 90 — 687, 688. Verlängerung von Einschreibungsfristen für „Park-Studenten“ gemäß § 35 — 722.

P Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

2.4 Verfassung des Freistaates Bayern (ohne Art. 159)

Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen — 72. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Das Waldgesetz in Bayern — 129. Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361. Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung — 385. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547. Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — 650. Ein Staat ohne Staatsangehörige — 714.

E Verbot der Beeinträchtigung nichtrauchender Prüfungsteilnehmer durch Raucher (Art. 94, 101, 118) — 30. Aktives Wahlrecht des Dienststellenleiters bei Personalaratswahlen mit Art. 118 vereinbar — 80. Juristischen Personen steht das Grundrecht auf Naturgenuß nach Art. 141 nicht zu; Art. 141 gewährt kein Abwehrrecht gegen rechtswidrige Veränderungen der Natur — 83. Zur Ermittlung der Stimmergebnisse bei Landtagswahlen (Art. 7, 14, 118) — 107. Keine subjektiven verfassungsmäßigen Rechte aus Art. 84, 85; zur Verletzung des Rechts auf Gehör (Art. 91) im Verfahren wegen Entlassung aus der Sicherungsverwahrung — 143. Keine Popularklage gegen Allgemeine Dienstordnung (Art. 98) — 173. Popularklage einer Gemeinde gegen die Bestimmung des Sitzes einer Kreisverwaltung (Art. 11, 98) — 205. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer (Art. 118, 123) — 269. Keine einstweilige Anordnung gegen Sexualkundeunterricht (Art. 126, 131, 135) — 274. Zur Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 301. Verfassungsmäßige Voraussetzungen und Justitiabilität der Festlegung des Fraktionsstatus' in der Landtagsgeschäftsordnung — 431. Zur Unterzeichnung von Verfassungsbeschwerden und sonstigen Schriftsätzen (Art. 91, 118) — 445. Kein Eigentümerschutz aus Art. 103 gegen vorkonstitutionelle Beeinträchtigungen (Graphitgesetz) — 493. Zur Chancengleichheit bei der zweiten jur. Staatsprüfung (Art. 118) — 572. Zur Klagebefugnis einer Gemeinde gegen Polizeiverstaatlichung sowie zur Verfassungsmäßigkeit derselben (Art. 11, 12, 98) — 589, 622. Kein subjektives Recht einzelner Bürger aus Art. 141 auf Denkmalschutz — 652. Unzulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen eine landesplanerische Beurteilung (Art. 120, 141) — 653. Kein Verfassungsbeschwerderecht von Ausländern ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721. Verfassungsmäßigkeit der Ersatzleute-Regelung des Art. 26 GWG bei der Verhinderung von Gemeinderatsmitgliedern nach Art. 31 GO (Art. 14, 38, 118) — 751.

B Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — 31.

2.5 Bayerisches Gesetz über den Verfassungsgerichtshof

Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Nahtstellen zwischen Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit — 547.

E Nichtzulassungsbeschwerde als Voraussetzung für Rechtswegerschöpfung (Art. 47 VfGHG) — 44. Keine Verfassungsbeschwerde wegen angeblicher Verletzung der Art. 84, 85 BV — 143. Keine Popularklage gegen Allgemeine Dienstordnung (Art. 53 VfGHG) — 173. Popularklage gegen Verordnung zur Bestimmung der Sitze der Kreisverwaltungen — 205. Keine Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen in Wahlrechtsangelegenheiten — 271.

Organstreit über Verfassungsmäßigkeit des § 7 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Fraktionsstatus) — 431. Notwendigkeit und Form der Unterschrift unter eine Verfassungsbeschwerde (Art. 46, 47 VfGHG) — 445. Verfassungsbeschwerderecht einer Gemeinde gegen die Polizeiverstaatlichung — 589. Verfassungsbeschwerde gegen Einstellung des Privatklageverfahrens — 604. Kein Verfassungsbeschwerderecht von Ausländern ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721.

3. Europa- und Völkerrecht (einschließlich Menschenrechtskonvention)

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — 193. Das Grundrechtsproblem als Kollisionsproblem im europäischen Gemeinschaftsrecht — 353. Bundesverfassungsgericht zu Grundrechten und Europarecht — 360. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Gemeinschaftsordnung — 395.

E Mündliche Bekanntmachung der Anordnung der Abschiebungshaft an Ausländer reicht aus, um dem Schutzzweck des Art. 5 Abs. 2 MRK Rechnung zu tragen — 56. Bedeutung der Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 MRK bei der Ausweisung von Ausländern — 88. Unzulässigkeit der Ausweisung von EG-Ausländern aus generalpräventiven Gründen — 154. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit aufgrund des Internationalen Abkommens vom 28. 6. 1930 — 157. Bedeutung des Art. 8 MRK bei der Ausweisung von Ausländern mit Familie — 185. Versagung der Aufenthaltserlaubnis auch für EG-Angehörige wegen Erwerbsunzucht — 209. Zur Bedeutung des Art. 34 des Genfer Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 — 405. Drohende Todesstrafe kein absolutes Hindernis für Abschiebungshaft (Art. 3, 25 MRK) — 502.

B Der Grundrechtsschutz in den Europäischen Gemeinschaften aus deutscher Sicht (Fuß) — 480. Internationales und Europäisches Sozialrecht (Zacher) — 574.

P Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 5 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973 /II — 415, 447.

4. Kirchenrecht

E Unzulässigkeit staatlicher Kirchnaustretserklärungen mit Vorbehalten hinsichtlich des innerkirchlichen Bereichs — 466.

5. Wahlrecht (ohne kommunales Wahlrecht), Recht der Abgeordneten und Parteien

Unterschiede in der Rechtsstellung der direkt gewählten Abgeordneten und der Listenabgeordneten im Bundestag und Bayerischen Landtag? — 361.

E Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Alimentation von Abgeordneten — 12. Zur Verfassungsmäßigkeit der Ermittlung der Stimmenergebnisse nach Wahlkreisen und nach dem d'Hondt'schen Verfahren bei Landtagswahlen — 107. Anspruch einer politischen Partei auf Aufstellen von Informationsständen — 211. Keine Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen in Wahlrechtsangelegenheiten — 271. Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs für die Feststellung der Wahlberechtigung zum Deutschen Bundestag (§ 49 BWG) — 729.

- B** Wahlfreiheit und Wahlprüfung (von Heyl) — 126. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702. Bundeswahlgesetz mit Bundeswahlordnung (Feneberg/Simader) — 735. Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag (Schreiber) — 735. Wahlrecht für Ausländer (Birkenheier) — 736.

6. Staatsangehörigkeits-, Vertriebenen-, Ausländer- und Asylrecht

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts — 268.

- E** Mündliche Mitteilung der Anordnung der Abschiebungshaft an Ausländer ist ausreichend — 56. Bedeutung des Prinzips der Vermutung der Unschuld bei der Ausweisung von Ausländern nach § 10 Abs. 1 Nr. 11 AuslG — 88. Maßgeblichkeit des Rechts der Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Namensträger besitzt, für die Berechtigung zum Führen eines (Adels-)Namens — 148. Unzulässigkeit der Ausweisung von EG-Ausländern aus Gründen der Generalprävention — 154. Vorbeugende polizeiliche Gefahrenabwehr gegenüber Ausländern nach § 6 Abs. 2 und § 7 Abs. 4 AuslG — 183. Zur Ausweisung von Ausländern mit Familie — 185. Versagung der Aufenthaltserlaubnis auch für EG-Ausländer wegen Erwerbsunzucht — 209. Zur sofortigen Wirksamkeit der Anordnung von Abschiebungshaft für Ausländer — 242. Zur Rückerlangung des vorläufigen Aufenthaltsrechts eines ausgewiesenen und ausgewiesenen Ausländers durch Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage — 275. Unbeachtlichkeit eines nur zur Verzögerung der Ausweisung gestellten Asylantrags — 403. Begünstigte Asylgewährung an Antragsteller mit gesicherter Eingliederung in die deutschen Lebensverhältnisse — 405. Inhaltliche Bedeutung und Begrenzungen des Grundrechts auf Asyl — 406. Keine Versagung der Anerkennung als Asylberechtigter wegen Vorliegens eines Abschiebungssachverhalts — 410. Drohende Bestrafung wegen Republikflucht als asylbegründende politische Verfolgung — 411. Unzulässigkeit der Abschiebung eines in Vorbereitungshaft befindlichen Ausländers durch Ausländerbehörde — 411. Ausweisung eines Ausländers auch dann, wenn er dadurch seine privatrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen kann — 438. Drohende Todesstrafe im Abschiebungsland kein unbedingtes Hindernis für Abschiebungshaft — 502. Gerichtliche Zuständigkeit für verbindliche Entscheidung über Statusfragen; zum Begriff „deutscher Volkszugehöriger“ als Voraussetzung für die Anerkennung einer Sammeleinbürgerung nach § 1 StARegG — 566. Kein Verfassungsbeschwerderecht für Ausländer ohne dauerhafte Beziehung zum bayerischen Staatsgebiet — 721. Keine Anerkennung österreichischer Staatsangehöriger als Vertriebene (§§ 1, 6 BVFG) — 727.

- B** Wahlrecht für Ausländer (Birkenheier) — 736.

7. Recht des öffentlichen Dienstes

7.1 Allgemeines, Beamtenrechtsrahmengesetz, Bundesbeamten-gesetz, Soldatenrecht

Gedanken zur Stellung des Beamten im modernen Staat — 528.

- E** Umfang des Rechts des Beamten auf Einsicht in seine Personalakten — 92. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 — 217. Zum beamtenrechtlichen Unfallschutz bei Unterbrechung

der Heimfahrt vom Dienst wegen Hilfeleistung an andere Verkehrsteilnehmer — 442. Nur Kürzung, keine Versagung des Unterhaltsbeitrags der Witwe bei Tod eines Ruhestandsbeamten, der mit 85 Jahren eine 40 Jahre jüngere Frau geheiratet hat (§ 125 BBG) — 691. Zur Gewährung eines „Hilflosigkeitszuschlags“ für Ruhestandsbeamte (§ 138 BBG) — 758. Anforderungen an ein „gleichzubewertendes Amt“ i. S. des § 130 BRRG bei kommunalen Wahlbeamten — 759. Einsicht in Bewerbungsakten durch Bewerber um Lehrauftrag (§ 39 BRRG) — 759.

- B** Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Band III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Fürst/Schinkel) — 160. Karrieredeterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — 224. Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht. Band IV: Recht der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst (Arndt/Baumgärtel; Fürst als Hrsg.) — 704.

7.2 Bayerisches Beamtenrecht (einschließlich JAPO und Bay-BFHG)

Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — 650.

- E** Rauchverbot bei juristischer Staatsprüfung (§ 43 JAPO) — 30. Kommentierung von Gesetzestexten als Unterschleif i. S. des § 31 JAPO — 60. Zur Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung — 173. Dienstliche Beurteilung eines Beamten ist kein Verwaltungsakt — 182. Keine Bindung des Stichtscheidprüfers an den Rahmen der Vorzensuren (§ 22 JAPO) — 308. Zur gemeinsamen Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungsdienstzeiten (§§ 35, 43 JAPO) — 572. Prüfungsvergünstigung durch Arbeitszeitverlängerung wegen Augenleidens im schriftlichen Teil der juristischen Staatsprüfung (§ 62 JAPO, § 34 APO) — 656.

7.3 Besoldungsrecht (einschließlich Beihilferecht)

- E** Ablieferung der Vergütung für Postbediensteten aus Nebentätigkeit bei einem anderen öffentlichen Dienstherrn (§ 64 BBG) — 285. Zur Aufzehrung von Ausgleichszulagen nach Art. 143, 144 KWBG durch Gehalterhöhungen — 655. Zur Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für einen Heilpraktiker (Nr. 3, 4 BhV) — 691. Zur Gewährung eines „Hilflosigkeitszuschlags“ (§ 138 BBG) für Ruhestandsbeamten — 758. Ablehnung einer als vorläufig anerkannten Wohnung führt nicht zu Wegfall des Trennungsgeldes — 759. Anforderungen an ein „gleichzubewertendes Amt“ nach § 130 BRRG bei kommunalen Wahlbeamten — 759. Personalratsmitwirkung bei Höhergruppierung eines Angestellten — 759.

- B** Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Clemens/Mil-lack/Engelking/Lantermann/Henkel) — 95, 768. Gesamtkommentar öffentliches Dienstrecht. Band III: Besoldungsrecht des Bundes und der Länder (Fürst/Schinkel) — 160.

7.4 Disziplinarrecht

- E** Anforderungen an die rechtswirksame Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens — 178. Disziplinarrechtliche Natur der Ordnungsgelder gegen Kreisräte wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht — 498. Homosexuelle Handlungen, die als Dienstvergehen zu werten sind, erfordern auch bei einem Lehrer nicht schlechthin die Entfernung aus dem Dienst (Art. 6 BayDO) — 691.

7.5 Richterrecht

E Anforderungen an die Ausgestaltung der Richterwahl — 121. Verhinderung ehrenamtlicher Richter — 121. Grundsätze für die Wahlen zu den Präsidialräten der Gerichte — 236. Zur Klage eines Richters gegen einen Geschäftsverteilungsplan (§§ 26, 78 DRiG) — 373. Zur Unbestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans — 569.

7.6 Personalvertretungsrecht

E Verfassungsmäßigkeit des aktiven Wahlrechts des Dienststellenleiters — 80. Zur Zurücknahme von Wahlvorschlägen — 121. Keine Zeugenvernehmung oder eidesstattliche Versicherung über Stimmabgabe — 122. Zur Personalratswahl im eigenständigen Teil der Dienststelle „Gemeinde“ (Art. 6 BayPVG) — 276. Prozessuale Behandlung von Auflösungsanträgen nach Ablauf der Amtszeit des Personalrates; keine Zuziehung von Mitgliedern der Stufenvertretung zur Personalversammlung (§ 28 PersVG) — 284. Zeitweilige Verhinderung von Personalratsmitgliedern (§ 37 PersVG) — 285. Zur Mitwirkung des Personalrats bei der Höhergruppierung von Angestellten — 759. Beteiligung des Personalrats der Mittelbehörde bei Dienstpostenvergabe an Bewerber einer nachgeordneten Dienststelle (§ 82 PersVG) — 759.

8. Allgemeine Verwaltung und Allgemeines Verwaltungsrecht

8.1 Allgemeine Verwaltung, Staatsorganisation, Staats- und Verwaltungsvereinfachung, Gebietsreform

Gesundheits- und Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit — 261. Verwaltung und Verwaltungswissenschaft — 417, 512. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Effektiver Führungsstil in unserer Zeit — 481. Bemerkungen zu Begriff, Aufgaben und Methode der Verwaltungslehre — 535. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705.

E Popularklage gegen Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung — 205. Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen — 272. Weitergeltung von Flächennutzungsplänen bei kommunalen Gebietsänderungen — 440. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Zusammenlegung amtsgerichtlicher Zweigstellen — 474.

B „Demokratisierung“ und Funktionsfähigkeit der Verwaltung (von Oertzen als Hrsg.) — 63. Form, Aufbau und Inhalt von Schreiben, Bescheiden und Rechtsnormen in der Verwaltung (Linhart) — 191. Karriereterminanten in der öffentlichen Verwaltung — Hierarchiebedingte Arbeitsanforderungen und Beförderungspraxis im höheren Dienst (Pippke) — 224. Die kommunalen Zweckverbände (Geißelmann) — 288. Verwaltungslehre (Maurach/Behrendt/Knöpfle/Thieme) — 447. Führungskonzepte für die öffentliche Verwaltung (Böhret/Junkers) — 510. Zeitschrift für Verwaltung (Rill als Hrsg.) — 703.

8.2 Elektronische Datenverarbeitung

B Der Umgang mit Computern (Geiger/Schneider) — 639.

8.3 Allgemeines Verwaltungsrecht (einschließlich Verwaltungsverfahrensrecht)

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — 169. Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — 225. Das Verwaltungsverfahrensgesetz — 321. Geschäftsgrundlage und öffentliches Interesse — 423. Die innerdienstliche Weisung mit rechtserheblicher Auswirkung gegenüber Dritten — 490. Die neue Abgabenordnung (AO 1977) — 541. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577. Der Anwendungsbereich der Amtshaftung — 581. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Gerichte und im Verwaltungsverfahren — 719.

E Zum Nachschieben von Gründen bei Erschließungsbeiträgen — 15. Zur Nichtigkeit von Beitragssatzungen wegen Fehlens unterschiedlicher Verteilungsmaßstäbe — 16. Nachholbarkeit der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde zum Ausbau einer Erschließungsanlage — 26. Zur Rechtsverletzung der übrigen Miteigentümer bei Erschließungsbeitragsbescheid nur an einen Miteigentümer — 27. Eigentümerwechsel nach vollzogener Enteignung — 27. Kein Nachschieben von Wiedereinsetzungsgründen — 29. Flurbereinigungsplanerstellung vor öffentlicher Bekanntgabe der Schätzungsergebnisse führt nicht zu Nichtigkeit — 47. Passivlegitimation bei Aufsichtsvertretung im Flurbereinigungsrecht — 48. Berichtigungsersuchen gemäß § 79 FlurbG ist kein Verwaltungsakt — 50. Mitwirkung befangener Vorstandsmitglieder einer Teilnehmergemeinschaft bei Entscheidungen im Flurbereinigungsverfahren — 51. Kreisbaumeister darf keine verbindlichen Zusagen in Bauangelegenheiten erteilen — 115. Zur Rechtsnatur der Allgemeinen Dienstordnung — 173. Dienstliche Beurteilung eines Beamten ist kein Verwaltungsakt. — 182. Berichtigung fehlerhafter Wohngeldbescheide und Rückforderung des zuvielgezahlten Wohngeldes — 187. Rechtsnormcharakter der Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung — 205. Zur Auslegung einer Widerspruchsrücknahme durch den Mandanten als Widerruf der Vollmacht des Anwalts — 220. Sittenwidriges Kopplungsgeschäft bei baurechtlichem Vorbescheid — 237. Unwirksamkeit eines Vergleichs über eine Baugenehmigung — 246. Zwangsgeldfestsetzung als Verwaltungsakt — 248. Umfang des rechtlichen Gehörs im Verwaltungsverfahren — 285. Rechtsnatur einer gemeindlichen Bestattungsanordnung — 310. Verwaltungskarakter der Mitteilung über die beabsichtigte Vornahme einer Eintragung oder Löschung in der Handwerksrolle — 311. Zur Rückwirkung der Änderung von Beitragssatzungen — 315. Keine Umdeutung einer namens des Klägers erhobenen Beschwerde gegen Streitwertfestsetzung in eine solche des Anwalts — 350. Keine Zusage einer Gemeinde zum Erlaß eines Bebauungsplans; culpa in contrahendo hierbei — 378. Zur Unbeachtlichkeit eines nur zur Verzögerung der Ausweisung gestellten Asylantrags — 403. Widerruf einer Baugenehmigung — 564. Anspruch auf Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um öffentliche Abgaben — 565. Zur Bestimmtheit von Verwaltungsakten (Beseitigungsanordnung) — 631. Zur Anpassung alter Erschließungsverträge nach Treu und Glauben — 633. Anspruch auf Erlaß von Schutzauflagen nach § 17 Abs. 4 FStrG — 661. Zur Höhe der Verzinsung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen — 690. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung — 691. Nichtigkeit eines unter Verletzung der örtlichen Zuständigkeit erlassenen Verwaltungsakts in Bausachen (§ 44 VwVfG) — 726. Verhältnismäßigkeits- und Bestimmtheitsgrundsatz bei der Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches — 728. Hausrecht der Bundesbahn — 730. Zur Anfechtung eines nichtigen Verwaltungsaktes, der an eine Erbengemeinschaft gerichtet war — 756. Keine Richterablehnung im Zweitantragsverfahren wegen

dessen Mitwirkung beim Erstantragsverfahren — 757. Die Zusage an den Nachbarn, dem Bauherrn nur eine mit dem objektiven Baurecht übereinstimmende Zusage zu erteilen, ist verbindlich — 759. Zur Auslegung einer von einem Ehegatten eingereichten Klageschrift — 759. Zum rückwirkenden Erlaß von Beitragsatzungen nach Art. 5 KAG — 760.

- B** Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (Mang/Maunz/Mayer/Obermayer) — 31. Der subordinationsrechtliche Verwaltungsvertrag als Handlungsform öffentlicher Verwaltung (Bosse) — 95. Allgemeines Verwaltungsrecht (Erichsen/Martens als Hrsg.) — 191. Das Verwaltungsverfahren (Mannlicher/Quell) — 287.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

9. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsrecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577. Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsrechtlicher Vergleiche — 621. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680.

- E** Passivlegitimation bei Ersatzvornahme nach § 12 VwVG — 48. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung — 86. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung, die nur gegen den Handlungsstörer gerichtet ist, nicht auch gegen den Eigentümer — 115. Zur Zustellung von Entschlüssen einer Behörde der Verteidigungslastenverwaltung — 157. Voraussetzungen für die Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen aus Ausstandsverzeichnissen oder Leistungsbescheiden durch Gerichtsvollzieher — 218. Verwaltungsaktscharakter der Zwangsgeldfestsetzung; zur Zulässigkeit der Zwangsmittelfestsetzung wegen des Verhaltens eines Dritten — 248. Sozialrechtsweg wegen Zwangsvollstreckungsmaßnahme einer Gemeinde im Wege der Rechtshilfe für einen Träger der Sozialversicherung (Art. 26 VwZVG) — 276. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung für die Vollstreckungsbehörde (Art. 20 VwZVG) — 631. Fehlerhaftigkeit der Androhung eines einheitlichen Zwangsgeldes zur Erzwingung der Beseitigung mehrerer Bauwerke — 632. Zustellung des versagenden Bodenverkehrsbescheides an den „zur Erholung der Bodenverkehrsgenehmigung“ bevollmächtigten Notar (Art. 8 VwZVG) — 689. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung für die Vollstreckungsbehörde (Art. 20 VwZVG) — 691. Anfechtung von Abgabebescheiden durch Abgabepflichtige, denen der Bescheid amtlich nicht zugegangen ist (ohne Rüge des Zustellungs mangels) — 760.
- P** Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253.

10. Verwaltungsprozeßrecht (ohne Zustellungs-, Vollstreckungs- und Kostenrecht)

10.1 Allgemeines, §§ 1 bis 79 VwGO

Inzidente Prüfung und Verwerfung von Normen im Range unter dem Gesetz durch die Exekutive? — 1. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Geschäftsverteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs für die Zeit vom 1. 1. 1976 bis 31. 12. 1976 — 78. Rechtsbehelfsbelehrungspflicht bei Anordnung der sofortigen Vollziehung? — 169. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577.

Die Antragsbefugnis im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO — 609. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Zum Rechtsschutz des Bürgers gegenüber innerdienstlichen Weisungen durch die Gerichte und im Verwaltungsverfahren — 718. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

- E** Feststellungsklage mit dem Ziel vorbeugenden Rechtsschutzes bei Heranziehung eines Miteigentümers zu Erschließungsbeitragspflicht — 27. Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 60) bei Sorgfaltspflichtverletzung eines Rechtsanwalts; kein Nachschieben von Wiedereinsetzungsgründen — 29. Zur Richterausschließung nach § 54 wegen Mitwirkung im vorausgegangenen Verwaltungsverfahren — 55. Zur Erstattung der Widerspruchgebühr bei Aufhebung des Widerspruchs durch Vergleich (§§ 78, 160, 164) — 57. Vorbeugende Unterlassungsklage einer Gemeinde gegen eine Nachbargemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung — 112. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für vertragliche Ansprüche der Bundesbahn gegen eine Gemeinde wegen der Kosten einer Bahnhofsumbenennung — 157. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für Abwehransprüche gegen Straßenausbau — 157. Zum Streitgegenstand einer Klage nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 zählt auch der Ausgangsbescheid — 176. Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen Maßnahmen der Gerichtsorganisation (§ 47) — 178. Zur Bindungswirkung eines von Unrecht ergangenen Verweisungsbeschlusses eines Oberverwaltungsgerichts an das Bundesverwaltungsgericht (§§ 41, 50) — 213. Verwaltungsrechtsweg zur Nachprüfung von Gnadenentscheidungen nicht gegeben (§ 40) — 215. Voraussetzungen für einen Widerruf einer Prozeßvollmacht — 220. Nachbarklage gegen nichtigen baurechtlichen Vorbescheid — 237. Keine Klagebefugnis (§ 42) eines Staatsbürgers auf Erhaltung von Baudenkmalern — 239. Kein Anspruch auf Erlaß eines sachlichen Widerspruchsbeseides aus §§ 68, 73; Entscheidung über Bestandskraft des Ausgangsbeseides infolge Widerspruchszurücknahme nur durch Verwaltungsgericht — 241. Verwaltungsrechtsweg für Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (§§ 40, 50) — 337. Ablehnung aller Mitglieder eines Spruchkörpers wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 54) — 346. Verwaltungsrechtsweg für Klage eines Richters gegen einen Geschäftsverteilungsplan; Feststellungsklage als richtige Klageart (§§ 40, 43) — 373. Antrags- und Klagerecht auch des Teilungskäufers auf Erteilung einer Bodenverkehrsgenehmigung bzw. eines Negativattestes (§ 42) — 470, 473. Keine Zuständigkeit des BayVGH nach § 47 zur Überprüfung der Verordnung über die amtsgerichtlichen Zweigstellen — 474. Keine selbständige Beschwerde durch Kostenbelastung im Widerspruchsbeseid auf Grund fiktiver Widerspruchsrücknahme (§ 79); Unzulässigkeit einer erweiterten Klageänderung nach Ablauf der Klagefrist (§§ 42, 74) — 496. Verwaltungsrechtsweg (§ 40) für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 BayBO — 497. Gerichtliche Zuständigkeit für verbindliche Feststellung von Statusfragen in Staatsangehörigkeitssachen (§ 43) — 566. Rechtsfolgen einer mangelnden Rechtsbehelfsbelehrung über die Form des Widerspruchs (§§ 58, 60, 70) — 568. Zur genügenden Bestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans (§ 4) — 569. Hauptsacheerledigung bei Untätigkeitsklage nach § 75 — 632. Selbständige Anfechtbarkeit von Schutzaufgaben nach § 17 FStRG — 658. Notwendige Beiladung des Straßenbaulastträgers bei Klage auf Vornahme einer Schutzaufgabe (§ 65) — 661. Zum Klagerecht einer Gemeinde gegen eine Erlaubnis für Flugmodelle mit Motor (§ 42) — 664, 666. Inhaltliche Anforderungen an eine Rechtsbehelfsbelehrung zur Einlegung eines Widerspruchs (§§ 58, 70) — 691. Verfahrensrechtliche Auswirkungen einer „Zweitentscheidung“ der Ausgangsbehörde, nachdem diese den Widerspruch bereits der nächsthöheren Behörde vorgelegt hat (§ 72) — 691. Zur einstweiligen Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 gegen einen Bebauungsplan — 725. Verwaltungsrechtsweg für die Feststellung

der Wahlberechtigung (§ 40) — 729. Zum Rechtsschutz (§ 40) gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen — 753. Zur Anfechtung eines nichtigen Verwaltungsakts (§ 42) — 756. Keine Richterablehnung nach § 54 in einem Zweitantragsverfahren wegen dessen Mitwirkung im Erstantragsverfahren — 757. Verpflichtungsklage (§ 43) des Nachbarn auf Rücknahme einer Baugenehmigung, die unter Verletzung einer ihm erteilten Zusage erlassen wurde — 758. Einlegung eines Widerspruchs (§ 68) und Auslegung einer Klageschrift eines Ehegatten — 759. Fristlauf nach § 76 bei Wiederholung eines unbeschieden gebliebenen, nicht fristgebundenen Antrags auf Vornahme eines Verwaltungsakts — 759.

B Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32. Grundriß des Verwaltungsprozeßrechts (Tschira/Schmitt-Glaeser) — 383. Verwaltungsprozeßrecht (Ule) — 383. Verwaltungsgerichtsordnung mit Erläuterungen (Kopp) — 575.

P Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253. Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

10.2 §§ 80 ff. VwGO

Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung bei nichtiger Anordnung der sofortigen Vollziehung — 6. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Jagdscheinversagung oder Jagdscheinsperrfrist? — 101. Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehbarkeitsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung — 106. Der ablehnende Bescheid im Gestattungsrecht — 577. Rechtsfragen der Vollstreckung verwaltungsgerichtlicher Vergleiche — 621. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

E Zur Bedeutung des Amtsermittlungsgrundsatzes (§ 86) beim Nachschieben von Gründen für Erschließungsbeiträge — 15. Die Verbindung mehrerer Verfahren (§ 93) kann auch durch konkludente Handlung des Gerichts erfolgen — 18. Nichtzulassungsbeschwerde nach § 132 als Voraussetzung für Rechtswegerschöpfung bei Verfassungsbeschwerde zum Bay-VerfGH — 44. Zum Feststellungsinteresse i. S. des § 113, wenn die Flurbereinigungsbehörde ein Berichtigungersuchen gestellt hat — 50. Bedeutung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsmittels (§ 80) für die in dem angefochtenen Bescheid enthaltene Fristsetzung — 86. Zur Überschreitung der Zweiwochenfrist des § 117 Abs. 3 für die vollständige Abfassung des Urteils — 91. Einstweilige Anordnung nach § 123 zur Durchsetzung des Anspruchs einer Gemeinde gegen eine Nachbargemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung — 112. Kein Armenrecht für volljährige Studentin mit unterhaltspflichtigen Eltern (§ 166) — 114. Zur Unbeachtlichkeit einer Revisionszulassung — 121. Aufschiebende Wirkung einer Klage (§ 80) gegen einen Widerspruchsbeseid, durch den ein Steuerbescheid ohne sofortige Vollziehung aufgehoben wird — 176. Zur Bindungswirkung von zu Unrecht ergangenen Verweisungsbeschlüssen (§ 83); Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung einer Partei (§ 153) — 213. Unwirksamkeit einer Beschränkung der Revisionszulassung auf eine Rechtsfrage (§§ 132, 137) — 216. An der Urteilsverkündung brauchen nicht die selben Richter mitzuwirken, die das Urteil gefällt haben (§§ 112, 116) — 216. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80) setzt Klagebefugnis nach § 42 voraus —

239. Gerichtliche Kostenentscheidung bei Erledigungserklärung einer Untätigkeitsklage (§ 161) — 241. Zum vorläufigen Rechtsschutz gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen (§ 123) — 272. Keine einstweilige Anordnung gegen die Erteilung von Sexualkundeunterricht (§ 123) — 274. Zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage eines ausgewiesenen Ausländers (§ 80) — 275. Geringerer Streitwert des Verfahrens nach § 80 Abs. 5 als des Hauptsacheverfahrens — 276. Zur Ergänzung einer Kostenentscheidung (§ 120) — 286. Keine einstweilige Anordnung (§ 123) auf Erteilung einer vorläufigen Baugenehmigung — 402. Strenge Anforderungen an die Berücksichtigung geheimgehaltener Vorgänge im Verwaltungsprozeß (§ 99) — 405. Keine Verpflichtung des Verwaltungsgerichts zur Verlesung von in mündlicher Verhandlung gestellten Sachanträgen und zur Einholung der Genehmigung des Betroffenen hierzu (§ 173 VwGO i. V. m. §§ 160, 162 ZPO) — 414, 478. Zur Hauptsacheerledigung im Armenrechtsverfahren — 440. Revisibilität gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- und Zeugenaussagen nur nach deren Beanstandung in der nächsten mündlichen Verhandlung (§§ 105, 139) — 477. Keine erweiternde Klageänderung nach Ablauf der Klagefrist (§§ 88, 91) — 495. Fiktion der fehlenden Begründung eines Urteils bei mehr als einjähriger Frist zwischen dessen Beratung und Zustellung (§§ 116, 117) — 502. Zur Behandlung eines Antrags nach § 113 Abs. 1 Satz 2; Anspruch auf Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um öffentliche Abgaben (kann noch im Berufungsverfahren geltend gemacht werden) — 565. Zur Verletzung der Garantie des gesetzlichen Richters wegen Unbestimmtheit des Geschäftsverteilungsplans (§ 138) — 569. Zur Hauptsacheerledigung bei einer Untätigkeitsklage (§§ 75, 161) — 632. Zur sofortigen Vollziehbarkeit von Besitzeinweisungsbeschlüssen nach dem Landesbeschaffungsgesetz (§ 80) — 690. Zwischenurteil auch bei Verpflichtungsklage möglich (§ 111) — 691. Zur einstweiligen Anordnung im Normenkontrollverfahren nach § 47 gegen einen Bebauungsplan (§§ 80, 123) — 725. Auswirkung von Rechtsmitteln gegen eine Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches (§ 80) — 728. Kein Wegfall der Prozeßgebühr bei Klagerücknahme nach Anforderung der Akten der beklagten Gemeinde durch den Vorsitzenden (§ 87) — 732. Zur revisionsgerichtlichen Nachprüfung von Rechtssätzen, die das Berufungsgericht im Wege der Lückenfüllung gefunden hat (Einsicht in Bewerbungsakten bei Lehrauftragsvergabe) — 759. Zur Rüge gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- und Zeugenaussagen (§ 105 VwGO i. V. m. §§ 160, 161 ZPO) — 764.

B Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32.

P Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

11. Kostenrecht (einschließlich Rechtsanwaltsgebührenordnung)

Förmliche Aufhebung von Landesrecht durch den Bundesgesetzgeber? — 294. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649.

E Zur Erstattung der Widerspruchsgebühr bei Aufhebung des Widerspruchsbescheids durch Vergleich — 57. Zur Verhandlungsgebühr (§ 31 BRAGebO) bei Augenscheinseinnahme mit Klagerücknahme — 93. Kosten der Umbenennung eines Bahnhofs — 157. Voraussetzungen für die Festsetzung der zu erstattenden Kosten durch die Widerspruchsbehörde (Ermessensbindung an Kostenvorschuß-Anforderung?) — 187. Kostenentscheidung bei Erledigungserklärung einer Un-

tätigkeitsklage — 241. Geringerer Streitwert des Verfahrens nach § 80 Abs. 5 VwGO als des Hauptsacheverfahrens auch nach der Neufassung des GKG — 276. Zur Ergänzung einer Kostenentscheidung bei unterbliebener Entscheidung über die Erstattung der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen — 286. Keine Erstattungsfähigkeit der Kosten für die Teilnahme am Verkündungstermin im Verwaltungsprozeß — 317. Beschwerderecht des den obsiegenden Kläger vertretenden Anwalts auf Festsetzung eines höheren Streitwerts (nicht des Klägers selbst; keine Umdeutung) — 350. Zur Erstattung der Kosten der Rechtsberatung im Umlageverfahren — 379. Keine selbständige Beschwer durch Kostenbelastung im Widerspruchsbescheid auf Grund fiktiver Widerspruchsnahe nach Art. 15 KG; Gebührenberechnung für Nachbarwiderspruch — 495. Niedrigerer Streitwert für Berufungsverfahren bei nicht begründeter Berufungseinlegung nur zur Fristwahrung — 572. Verfassungsbeschwerde gegen Kostenfolge bei Einstellung eines Privatklageverfahrens — 604. Kostenentscheidung bei Hauptsacheerledigung einer Untätigkeitsklage — 632. Rechtliche Bedeutung der „Aufhebung der Kosten des Verfahrens“ gegeneinander — 636. Streitwert in baurechtlichen Verfahren zur Verhinderung von Industrieansiedlungen — 666. Kostenerstattungspflicht bei Vertretung mehrerer Streitgenossen durch verschiedene Rechtsanwälte (§ 5 BRAGEBO) — 696. Kein Wegfall der Prozeßgebühr bei Klagerücknahme nach Anforderung der Akten der beklagten Gemeinde durch den Vorsitzenden — 732.

B Kostengesetze (Lauterbach/Hartmann/Albers) — 640.

P Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509.

12. Kommunalrecht

12.1 Gemeinderecht (Allgemeines, einschließlich KWBG)

Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Rechtliche Probleme bei Beschlußwahlen nach Art. 51 Abs. 3 GO — 429. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Aspekte des Rechtsschutzes bei der kommunalen Neugliederung in Bayern — 705.

E Auswirkung eines nichtigen Angestelltenvertrages bei Wahl eines Gemeindebediensteten zum 1. Bürgermeister (Art. 34 GO) — 276. Keine Anwendung der Inkompatibilitätsregelung des Art. 31 GO auf Angestellte privater gemeindlicher Unternehmen; kein Ausschluß grundsteuerpflichtiger Personen von der Abstimmung über den Grundsteuerhebesatz (Art. 49 GO) — 341. Konkurrentenklage gegen kommunale Wohnungsvermittlung (Art. 89 GO) — 628. Zur Aufzehrung einer Ausgleichszulage nach Art. 143, 144 KWBG durch Gehaltserhöhungen — 655. Zum Verbot der gleichzeitigen Gemeinderatszugehörigkeit von Verwandten nach Art. 31 GO — 751. Rechtsschutz gegen kommunalverfassungsrechtliche Entscheidungen (Ausschluß von Gemeinderatsmitgliedern von der Abstimmung nach Art. 49 GO) — 753. Zur amtlichen Bekanntmachung von Straßenausbaubeitragsatzungen (Art. 26 GO) — 760.

B Die kommunalen Spitzenverbände (Geißelmann) — 288. Kommunalverfassungsrecht (Pagenkopf) — 320. Einführung in die Kommunalwissenschaft (Pagenkopf) — 352. Der Gemeinderatsbeschluß — Rechtsnatur und Verfahren (Heermann) — 575. Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 617. Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung (Trachternach) — 702. Gemeinderat als Parlament? (Wurzel) — 703.

P Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318. Aufgabe 10 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 667, 698. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

12.2 Gemeindliches Finanzwesen (ohne Erschließungsbeitragsrecht)

E Unterschiedliche Verteilungsmaßstäbe bei Straßenkostenbeitrag — 16. Verfassungsmäßigkeit der gemeindlichen Vergütungssteuer — 111. Verwaltungsrechtsweg für Anspruch der Bundesbahn gegen eine Gemeinde auf Kostenerstattung wegen Bahnhofsumbenennung — 157. Zur Vergütungssteuerpflicht eines Märchenwaldes — 177. Notare unterliegen in Bayern nicht der Fremdenverkehrsabgabepflicht — 208. Zur Vollstreckung aus Ausstandsverzeichnissen durch den Gerichtsvollzieher — 218. Zur Bemessung eines Kanalanschlußbeitrags nach der Geschoßflächenzahl — 251. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer — 269. Zur Bemessung der Kanalanschlußgebühr — 276, 277. Umfang und Grenzen des gemeindlichen Ermessens bei der Festsetzung der Realsteuerhebesätze — 341. Keine rückwirkende Festsetzbarkeit von Realsteuerhebesätzen; Ermessenscharakter der Zustimmung zur Erhebung der Lohnsummensteuer — 370. Verfassungsmäßigkeit der Fremdenverkehrsabgabe — 463. Prozeßzinsen in Anfechtungsstreitigkeiten um gemeindliche Abgaben — 565. Zur Verfassungsmäßigkeit der vermögensrechtlichen Vorschriften über die Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Keine Steuervergünstigung für Zweithäuser (Ferienhäuser) und Wochenendhäuser — 594. Anforderungen an den Erlaß und die inhaltliche Ausgestaltung von Straßenausbaubeitragsatzungen (Art. 1, 5, 20 KAG) — 760.

B Kommunalabgabenrecht in Bayern (Donhauser/Hürholz/Schwinghammer) — 351. Bayerisches kommunales Haushaltsrecht (Schreml) — 607.

P Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 221, 253.

12.3 Landkreisordnung, Bezirksordnung

Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG — 673.

E Popularklage einer Gemeinde gegen die Bestimmung des Sitzes der Kreisverwaltung (Art. 2 LKrO) — 205. Zur Zulässigkeit von Ordnungsgeldern (Art. 14 LKrO) gegen Kreise wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht — 498.

12.4 Kommunales Wahlrecht

E Zum nachträglichen Wegfall der Wählbarkeit nach Art. 35 GWG — 341. Zur Verfassungsmäßigkeit des Art. 26 Abs. 1 GWG (Ersatzleute bei Vorliegen von Hinderungsgründen nach Art. 31 GO) — 751.

13. Straßen- und Wegerecht (einschließlich Kreuzungsrecht)

Die Standortentscheidung bei der Unternehmensgenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag — 515.

E Anforderungen an Straßenkostenbeitragsatzung — 16. Verwaltungsrechtsweg für Abwehransprüche gegen Straßenausbau — 157. Räum- und Streupflicht der Deutschen Bundes-

bahn — 179. Aufstellen von Informationsständen einer politischen Partei im Fußgängerbereich (Art. 18 BayStrWG) — 211. Verpflichtung der Bundespost zur Verlegung einer Fernmeldelinie bei Kostenersatzung durch den Wegeunterhaltspflichtigen — 285. Zum Erschließungscharakter von Ortsdurchfahrten; Reichweite des Anbauverbots nach § 9 Abs. 1 FStrG — 311. Keine vertragliche Übertragbarkeit der gesetzlichen Baulast für Ortsdurchfahrten ohne Mitwirkung der nach § 5 FStrG zu beteiligenden Behörden — 313. Gesetzgebungskompetenz der Länder für den Erlass von Vorschriften über „öffentliches Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung (Hamburgisches Wegegesetz) — 559. Subsidiarität der Pflicht bayerischer Gemeinden zur Herstellung von Ortsstraßen gegenüber Anliegerpflicht aus Erschließungsverträgen (Art. 47 BayStrWG a. F.) — 633. Voraussetzungen und Anfechtbarkeit von Lärmschutzaufgaben nach § 17 Abs. 4 FStrG — 658, 661, 663, 664. Zulässigkeit der Anordnung eines eingeschränkten Halteverbots im Ortskern auf einer Durchgangsstraße — 692. Straßenrechtliche Beurteilung des Abstellens eines nicht zugelassenen Fahrzeugs auf einer öffentlichen Straße (Art. 18, 66 BayStrWG) — 760. Zur Anforderung von Straßenausbaubeiträgen für Gehwege und Parkplätze sowie für die Beleuchtung im Bereich von Bundesstraßen (§ 5 FStrG, Art. 47, 48 BayStrWG) — 760.

- B** Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.

14. Enteignungsrecht (einschließlich Art. 14 GG und 159 BV, Landbeschaffungs- und Energiewirtschaftsrecht)

Die Benutzung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Energieleitungen — 33. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Das Waldgesetz für Bayern — 129. Versorgungsleitung und Enteignung — 460. Die Teilungserlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern — 617. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

- E** Bedeutung von Gebietsabgrenzungsabkommen (§ 6 EnergG) zwischen Energieversorgungsunternehmen für zwangsweise Grundstücksbelastungen — 18. Zur Erforderlichkeit einer Zwangsbelastung von Grundstücken und der Zumutbarkeit einer nur obligatorischen Sicherung einer Erdgasleitung — 19. Eigentümerwechsel nach vollzogener Enteignung bewirkt nicht Übergang des Entschädigungsanspruchs auf den Erwerber; enteignende Wirkung der Einbeziehung eines Grundstücks in die engere Wasserschutzzone — 27. Umfang des Grundrechts auf Naturnotwendigkeit bestehende Eigentumsordnung (Art. 14 GG, Art. 103, 158, 159 BV) beschränkt — 83. Rechtswidrige Versagung des gemeindlichen Einvernehmens im Baugenehmigungsverfahren kann enteignungsgleicher Eingriff sein — 122. Beginn der Erlöschenfrist des Art. 125 AGBGB für Entschädigungsansprüche wegen der Vorwirkungen von Bauverböten — 154. Voraussetzungen für ein angemessenes Angebot zum freihändigen Erwerb des zu enteignenden Grundstücks — 156. Zur enteignenden Wirkung von Bebauungsplänen — 157. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit nach Enteignungsgrundsätzen — 157. Folgeschäden einer Enteignung (Einkommen- bzw. Umsatzsteuer) — 157. Bestandsschutz nach Art. 14 GG für Gewerbebetrieb — 248. Keine Verletzung des Eigentumsrechts durch eine gegen § 34 BBauG verstößende Baugenehmigung an Nachbarn — 368. Zur weiteren Bebauung eines im Außenbereich gelegenen bereits bebauten Grundstücks unter dem Gesichtspunkt des Bestandsschutzes nach Art. 14 GG — 437. Zum Vorteilsausgleich bei der Enteignungsentschädigung für landwirtschaftliche Grundstücke — 475. Zur Eigentumsbeeinträchtigung durch den

Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493. Verwaltungsrechtsweg für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 BayBO — 497. Bestandsschutz für Bauwerke ist auf deren ursprüngliche Funktion beschränkt — 564. Zum Eigentumsschutz der Gemeinden bei der Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Enteignung und Amtshaftung bei Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung — 599. Enteignender Charakter und Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsschutzvorschriften wegen fehlender Entschädigungsregelung — 657. Zur sofortigen Vollziehbarkeit von Besitzeinweisungsbeschlüssen nach § 39 LBG — 690. Keine enteignende Wirkung der Festsetzung eines Naturschutzgebietes, mit der eine noch nicht begonnene Schaumlavaausbeutung eines Berges unternommen wird — 759.

- B** Der Sonderopferbegriff in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Krumbiegel) — 319. Enteignungsrecht in Bayern (Molodovsky) — 415. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448.
- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 604, 636.

15. Schul- und Hochschulrecht (einschließlich Prüfungs- und Ausbildungsförderungsrecht)

Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes — 289. Das Grundrecht auf Ausbildung gemäß Art. 128 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung — 385. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Zur Rechtsstellung Behinderter im Prüfungsverfahren — 650.

- E** Rauchverbot bei Prüfungen — 30. Kommentierung von Gesetzestexten als Unterschleif in der juristischen Staatsprüfung — 60. Einbeziehung von Studienbewerbern mit Auslandsstudien bei der Studienplatzvergabe (Art. 11 des Staatsvertrages) — 187. Voraussetzungen für die Gewährung eines erhöhten Bedarfssatzes i. S. des § 10 BAföG — 252. Voraussetzungen für die Förderung des Besuchs eines Abendgymnasiums (§ 2 BAföG) — 252. Voraussetzungen für den Ansatz eines erhöhten Bedarfs für Schüler von Fachoberschulen — 252. Zum vorläufigen Rechtsschutz eines Hochschullehrers gegen die Umorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen (Art. 104 BayHSchG) — 272. Keine einstweilige Anordnung gegen die Erteilung von Sexualkundeunterricht in den Volksschulen — 274. Zum Ausschluß vom zweiten Bildungsweg (ohne gesetzliche Grundlage) — 302. Keine Bindung des Stichtscheidprüfers an den Rahmen der Vorzensuren — 308. Keine Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts zur Auslegung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen — 337. Zur Auslegung des Begriffs „Ausnahmefälle“ in Prüfungsordnungen als Voraussetzung für eine zweite Wiederholungsprüfung — 344. Zur gemeinsamen Prüfung von Rechtsreferendaren mit unterschiedlichen Vorbereitungszeiten — 572. Prüfungsvergünstigung durch Arbeitszeitverlängerung wegen Augenleidens im schriftlichen Teil der juristischen Staatsprüfung — 656. Zur Bewertung mündlicher Leistungen eines Schülers — 691. Aussetzung der Rückwirkung der „Parkstudium-Klausel“ des § 32 Abs. 3 Nr. 2 Satz 7 HRG; Verlängerung der Einschreibungsfristen für den Betroffenen durch das Bundesverfassungsgericht — 722. Einrücken von 'Parkstudenten' mit anrechenbaren Studienzeiten in freierwerbende Studienplätze höherer Semester („Quereinstieg“ — § 21 VergabeVO) — 723. Einsicht in Bewerbungsakten durch Bewerber um einen Lehrauftrag — 759.

- B** Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit (Lohmar/Ortner als Hrsg.) — 255. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Prüfungen (Pietzker) — 256. Verfassungsrechtliche Probleme einer Reform des Systems zur Finanzierung der beruflichen Bildung (Friauf) — 448. Die Abgrenzung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung unter besonderer Berücksichtigung des Fernunterrichts und berufsbezogener schulischer Bildungsgänge (Friauf) — 448. Verfassungsrechtliche Probleme der Neuordnung des Bildungswesens im Sekundarbereich (Friauf) — 448.

16. Sicherheitsrecht (einschließlich LStVG, Bestattungs-, Feiertags-, Waffen-, Atom- und Verwahrungsrecht; ohne Ausländerrecht)

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Der Verwahrungsantrag nach dem Bayerischen Verwahrungsgesetz — 231. Das neue Polizeiorganisationsgesetz — 641. Staatsrechtslehrer-Tagung 1976 — 684.

- E** Entschädigung nach Art. 13 und Art. 65 Abs. 2 LStVG a. F. wegen eines Bauverbots aufgrund einer Bezirksverordnung — 27. Zur Berechtigung zur Führung einer Schusswaffe durch Taxifahrer bzw. Staatsanwalt — 151, 153. Vorbeugende polizeiliche Gefahrenabwehr gegenüber Ausländern (Schah-Besuch) — 183. Zur sofortigen Wirksamkeit einer Entscheidung nach dem Freiheitsentziehungsgesetz — 242. Rechtsnatur einer gemeindlichen Bestattungsanordnung (Art. 14 BestG) — 310. Zum Bedürfnis für das Führen einer Faustfeuerwaffe durch einen Nachtlökalinhaber — 345. Zum Verhältnis der Baugenehmigung zur Erlaubnis nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — 368. Anforderungen an den Verwahrungsantrag der Kreisverwaltungsbehörde nach Art. 3 VerwahrG — 443. Zur Verfassungsmäßigkeit der Polizeiverstaatlichung — 589, 622. Zur Zugänglichmachung von Zündhölzern an Kinder unter 12 Jahren (§ 10 LVVB) — 732.

- B** Polizeiaufgabengesetz (Berner) — 223. Kommentar zum Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (Samper) — 223.

- P** Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58.

17. Raumordnungs-, Planungs-, Städtebau- und Wohnungsrecht

Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Die Standortentscheidung bei der Unternehmensgenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag — 515.

- E** Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen normative Maßnahmen der Gerichtsorganisation aus Art. 2 Nr. 3 BayLPIG — 178. Berichtigung fehlerhafter Wohngeldbescheide und Rückforderung des zuviel gezahlten Wohngeldes — 187. Zum Begriff des „Eigenheims“ im Zweiten Wohnungsbaugesetz — 252. Kein subjektives Recht des Krankenhausträgers auf bestimmte Planungsmaßnahmen des Staates bei der Krankenhausplanung — 348. Keine Genehmigungspflichtigkeit des Abbruchs von Wohnungen nach Art. 6 § 1 des Mietrechtsverbesserungsgesetzes — 400. Zum Begriff „Wohnung“ i. S. der §§ 39, 82 des II.WoBauG; zur Anerkennung des Mehrbedarfs wegen beruflicher und persönlicher Bedürfnisse — 592. Zur Abgrenzung der nicht zu den Wohnräumen zählenden Geschäftsräume i. S. des

II.WoBauG — 594. Als Ferienhaus genutztes Zweifhaus ist kein steuerbegünstigter Wohnraum i. S. des II.WoBauG — 594. Zur Auslegung der Begriffe „Familienheim“ (§ 7 II.WoBauG), „Eigenheim“ und „Grundstück“ (in § 9 II.WoBauG) — 596. Zum Begriff des Neuschaffens von Wohnraum durch „Neubau“ und „Wiederaufbau“ (§ 2 II.WoBauG) — 598. Zur Anerkennung von als Wochenendhäuser genehmigten Bauvorhaben, die nachträglich als Einfamilienhäuser aufgeführt wurden, als steuerbegünstigte Wohnungen — 598. Konkurrentenklage gegen kommunale Wohnungsvermittlung — 628. Unzulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen eine landesplanerische Beurteilung — 653. Keine Zustimmung der Ausgleichsbehörde zu Mietzinsvereinbarung nach Ablauf der zehnjährigen Zweckbindungsfrist erforderlich — 759. Ablehnung einer als vorläufig anerkannten Wohnung führt nicht zum Wegfall des Trennungsgeldes — 759.

- B** Raumordnung und Landesplanung in Bayern (Heigl/Hosch) — 62. Städtebauförderungsgesetz (Bielenberg/Kerneck/Roosch) — 511. Die Bodenwertabschöpfung im Städtebauförderungsgesetz (Gaentzsch) — 511.

18. Baurecht (ohne Enteignungs- und Erschließungsrecht)

18.1 Bundesbaugesetz, Baunutzungsverordnung, Wohnsiedlungsrecht

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Wesen und Bedeutung der städtebaulichen Entwicklungsplanung — 65. Zulässigkeit von Bauvorhaben im „Geltungsbereich“ eines für nichtig erklärten Bebauungsplans — 297. Rechtsschutz gegen die gemeindliche Bauleitplanung — 744.

- E** Keine Erschließungsbeitragspflicht für Grundstück, das nicht nach § 34 BBauG bebaubar ist — 20. Zur Bedeutung eines noch nicht verbindlichen Bebauungsplans für die Erschließungsbeitragspflicht — 21. Beschränkung des Grundrechts auf Naturgenuss durch §§ 2, 35 BBauG — 83. Zur Rechtsnatur der Bebauungsgenehmigung (§§ 21, 35 BBauG) — 89. Zum Begriff des „forstwirtschaftlichen Betriebs“ i. S. des § 35 Abs. 1 und zur Beeinträchtigung der „natürlichen Eigenschaft einer Landschaft“ in § 35 Abs. 3 BBauG — 90. Durchsetzung des Anspruchs einer Gemeinde gegen eine benachbarte Gemeinde auf Abstimmung der Bebauungsplanung (§ 2 Abs. 4 BBauG) — 112. Zur Beseitigung von Hecken im Außenbereich (§ 35 BBauG) — 114. Jagdhütten im Außenbereich (§ 35 BBauG) — 115. Zur Amtspflichtverletzung von Beamten der nach § 36 BBauG beteiligten Gemeinde im Baugenehmigungsverfahren — 122. Zum Beginn der Ausschlussfrist für Entschädigungsansprüche aus Bauverboten (§§ 8, 14 BBauG) — 154. Sprungrevision sowie Rechtsmitteleinlegungsbefugnis in Baulandsachen — 157. Zur Gültigkeit eines Bebauungsplans bei Nichtentwicklung aus einem Flächennutzungsplan (§ 8 BBauG) — 174. Keine Fiktionswirkung (§ 19 BBauG) bei Erteilung eines nur hilfsweise beantragten Negativattestes, da dieses konkludent die Ablehnung der hauptsächlich beantragten Bodenverkehrs-genehmigung bedeutet — 176. Unwirksamer Vergleichsvertrag über Baugenehmigung (§§ 29 ff. BBauG) — 246. Zulässige Geschoßflächenzahl nach § 17 BauNVO als Maßstab für Kanalanschlußgebühr — 251. Notwendiger Inhalt des Erläuterungsberichts zu einem Flächennutzungsplan und Rechtsfolgen bei dessen Mängeln (§§ 2, 5 BBauG) — 305. Zur Eigentumsverletzung durch eine gegen § 34 BBauG verstößende Baugenehmigung — 368. Zur Privilegierung baulicher Anlagen als Bienenhäuser (§ 35 BBauG) — 369. Keine Zusage einer Gemeinde zum Erlaß eines Bebauungs-

plans — 378. Zur Erstattung der Rechtsberatungskosten im Umlegungsverfahren — 379. Zur Zulässigkeit der weiteren Bebauung eines im Außenbereich gelegenen, bereits bebauten Grundstücks unter dem Gesichtspunkt des Bestandsschutzes (§ 35 BBauG) — 437. Zur Weitergeltung von Flächennutzungsplänen bei kommunalen Gebietsänderungen; Anforderungen an die Entwicklung von Bebauungsplänen aus Flächennutzungsplänen — 440. Hinterlandbebauung in geschlossenen Ortsteilen; zur aussernden Bebauung im Anschluß an bebaute Ortslage im Außenbereich — 441. Antrags- und Klagerecht auch des Teilungskäufers auf Erteilung der Bodenverkehrsgenehmigung (§ 19 BBauG) bzw. des Negativattestes (§ 23 BBauG) — 470, 473. Zur Ergänzung des Bebauungsplans nach § 2 Abs. 7 BBauG; Unzulässigkeit des veränderlichen Geltungsbereichs eines Bebauungsplans (§ 9 Abs. 5 BBauG) und der Einführung eines zusätzlichen Genehmigungsverfahrens zur Erteilung von Befreiungen — 500. Zum Anspruch des Eigentümers eines im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche ausgewiesenen Grundstücks auf dessen Übernahme durch den Begünstigten nach § 40 BBauG — 504. Anforderungen an die Änderung und Auslegung von Bebauungsplänen — 562. Zur Versagung einer Bodenverkehrsgenehmigung (§§ 19, 20 BBauG) — 599. Zum Klagerecht einer Gemeinde gegen eine Erlaubnis für Flugmodelle wegen Verletzung der gemeindlichen Planungshoheit (§§ 1, 2 BBauG) — 664, 666. Zustellung eines versagenden Bodenverkehrsbescheides an Notar (§§ 19, 20 BBauG), der zur „Erholung der Bodenverkehrsgenehmigung“ bevollmächtigt ist; zur Abtrennung eines Austragshauses vom landwirtschaftlichen Anwesen (§ 35 BBauG) — 689. Zu den Pflichten eines Gemeindebeamten bei Erteilung einer Auskunft über die beabsichtigte Änderung eines Bebauungsplans — 694. Zur einstweiligen Anordnung beim Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO gegen einen Bebauungsplan — 725.

B Bundesbaugesetz (Heinze) — 62. Gemeindliche Bauleitplanung (ReiBig) — 605. Bundesbaurecht, 2. Band (Fürst/Dodenhoff/Dörffler/Weyreuther) — 670.

P Aufgabe 12 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 94, 123. Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318.

18.2 Bayerische Bauordnung

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204. Der Stand der Funktionalreform in Bayern — 449. Zur notwendigen Abstandsfläche von Transformatorenturmstationen — 588.

E Beseitigungsanordnung nach Art. 100 muß nicht mit Fristsetzung verbunden werden — 86. Zur Beseitigung von Hecken (Art. 2, 82, 83, 100) — 114. Zur Vollstreckung einer Beseitigungsanordnung nach Art. 100, die nur gegen den Mieter oder Pächter gerichtet ist — 115. Kreisbaumeister kann keine verbindliche Zusagen erteilen — 115. Zu den Begriffen „Erwerbsgartenbau“ und „Forstkultur“ in Art. 83 — 115. Zur Verpflichtung des Eigentümers eines Grenzbaues zur Duldung des Anbaus durch den Nachbarn — 146, 147. Verpflichtung des Eigentümers eines Grenzbaues zur primären Herstellung gesetzmäßiger Trennwände auf eigenem Grundstück (Art. 31, 78) — 175. Unzulässigkeit von Grenzgaragen mit „Dachterrasse“ (Art. 6, 7) — 207. Sittenwidriges Koppelungsgeschäft bei baurechtlichem Vorbescheid; Nachbarklage deswegen; Abstandsflächen für Erhöhung der Mauern eines vor 1962 errichteten Gebäudes (Art. 7, 92) — 237. Mitverschulden des Bauherrn, wenn Baugenehmigung auf Nachbarklage hin aufgehoben wird, nachdem mit den Bauarbeiten begonnen wurde — 252. Keine Einhaltung von Abstandsflächen durch

eingeschossige Trafostation (Art. 7) — 285. Zum Verhältnis der Baugenehmigung zur Erlaubnis nach der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — 368. Keine einstweilige Anordnung auf Erteilung einer Baugenehmigung — 402. Zulässigkeit einer Nutzungsuntersagung auch bei erst zu erwartender Nutzung (Art. 100) — 402. Grundsätzliche Geltung des materiellen Baurechts auch bei nichtgenehmigungspflichtigen Bauvorhaben; Untersagung der Beseitigung von Einfriedungen und der Anlage von Stellplätzen in Vorgärten (Art. 3, 9, 83, 84) — 437. Verbot von Lichtreklame in schutzbedürftigen Gebieten durch Verordnung nach Art. 107 Abs. 1 — 439. Verwaltungsrechtsweg für Entschädigungsansprüche nach Art. 96 Abs. 2 — 497. Zur Zulässigkeit von Grenzgaragen im Innenbereich (Art. 6, 7) — 562. Zum Widerruf einer Baugenehmigung; Beseitigungsanordnung für das gesamte Bauwerk bei teilweise ungenehmigter Änderung (Art. 96, 100) — 564. Zu den Voraussetzungen für einen Bauvorbescheid nach Art. 92 — 599. Begriff der „untergeordneten Bauteile“ und „Vorbauten“ i. S. des Art. 6 Abs. 6; Hobbyräume in Kellergeschossen sind keine „Aufenthaltsräume“ — 630. Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung nach Art. 100 — 631. Berechnung des „umbauten Raums“ eines Bauwerks bei Vorhandensein eines Vordaches (Art. 82, 83) — 654. Zur Bestimmtheit einer Beseitigungsanordnung (Art. 100) — 691. Zur Untersagung einer noch nicht genehmigten Nutzungsänderung (Art. 100) — 691. Nichtigkeit unter Verletzung der örtlichen Zuständigkeit erlassenen Beseitigungsanordnung (Art. 100) — 726. Verbindlichkeit einer Zusage an den Nachbarn, dem Bauherrn „nur“ eine mit dem objektiven, nicht nachbarschützenden Baurecht übereinstimmende Baugenehmigung zu erteilen — 758.

B Bayerische Bauordnung (Mang/Simon) — 670.

P Aufgabe 8 — Wahlfachgruppe 4 — der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 286, 318.

18.3 Denkmalschutzrecht

E Kein Klagerecht eines Staatsbürgers auf Erhaltung von Baudenkmalern nach dem Denkmalschutzgesetz — 239. Kein subjektives Recht einzelner Bürger aus Art. 141 BV auf Denkmalschutz — 652.

B Bayerisches Denkmalschutzgesetz (Eberl/Schiedermaier/Petz) — 191.

19. Erschließungsrecht

Die Abschnittsbildung bei der Abrechnung von Erschließungsanlagen — 8. Voraussetzungen der Erschließungsbeitragspflicht — 104. Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht — 235. Zur Erschließungsbeitragspflicht für beim Inkrafttreten des BBauG noch nicht vollständig hergestellte Straßen — 336.

E Zur Saldierungsmöglichkeit bei Kostenspaltung im Erschließungsbeitragsrecht — 15. Zulässigkeit der Einforderung von Erschließungsbeiträgen nach der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage in Teilbeträgen — 16. Eine dem § 131 Abs. 3 BBauG entsprechende gesetzliche Bestimmung ist für Straßenkostenbeiträge nicht notwendig — 16. Keine Erschließung, wenn zwischen Straße und Grundstück ein weiteres Grundstück liegt, über das keine gesicherte Zufahrt besteht — 17. Keine Erschließungsbeitragspflicht eines bebauten, aber nicht mehr bebaubaren Grundstücks, auch wenn das vorhandene Gebäude Bestandsschutz genießt — 20. Kein Wegfall der Erschließungsbeitragspflicht eines (noch) bebaubaren Grundstücks durch voraussichtlichen

Wegfall der Bebaubarkeit eines noch nicht verbindlichen Bebauungsplans — 21. Erschließungspflicht einer Gemeinde hinsichtlich bestimmter Anlagen (Ansprüche Dritter hierauf) — 23. Fortfall von Vorausleistungsbescheiden bei endgültigem Nichtentstehen der Beitragspflicht; Verjährungsbeginn für Erschließungsbeiträge — 24. Rückwirkende Anforderung von Erschließungsbeiträgen für vor Erlaß der Satzung hergestellte Erschließungsanlagen — 25. Zulässigkeit der nachträglichen Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde zum Ausbau einer Erschließungsanlage — 26. Auswirkung nachträglicher Entschädigung für unentgeltlich erworbenes Straßenland auf Erschließungsaufwand — 27. Aufrechterhaltung eines vor Erlaß des BBauG ausgesprochenen Beitragserlasses; Verteilung des Erschließungsaufwandes nach der zulässigen baulichen Nutzung — 27. Eigentümerwechsel nach Zustellung eines Erschließungsbeitragsbescheides — 27. Erschließungsbeitragsbescheid nur an einen Miteigentümer — 27. Begriffsbestimmung der „endgültigen Herstellung“ in § 133 BBauG; Zeitpunkt des Entstehens der Erschließungsbeitragspflicht — 245. Zur Anforderung von Vorausleistungen auf den Erschließungsbeitrag — 277, 278, 282. Zur Zulässigkeit des Verzichts auf die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (§ 135 Abs. 5 BBauG) — 280. Zur Erschließungsbeitragspflicht für Sammelstraßen — 281. Verantwortlichkeit der Gemeinde für die Durchführung der Erschließung — 282. Gemeindliches Erschließungsbeitragsrecht nur bei Erschließung in Erfüllung der gesetzlichen Baulast — 313. Zur rückwirkenden Änderung von Beitragssatzungen; Herstellung von Straßen ohne Bebauungsplan; Anforderungen an einen Verteilungsmaßstab gemäß § 131 BBauG — 315. Fortgeltung von altrechtlichen Erschließungsverträgen — 633. Nichtigkeit eines an eine Erbengemeinschaft gerichteten Erschließungsbeitrags — 756. Vermessungskosten als Teil des Erschließungsaufwandes — 759. Keine Durchsetzung von vertraglich begründeten Erschließungsverpflichtungen durch Erlaß von Verwaltungsakten (§ 123 BBauG) — 759.

20. Gewerberecht

(einschließlich Preis-, Berufsbildungs-, Apotheken-, Handwerks- und Gaststättenrecht)

Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204. Leistungsprinzip und Kooperation handwerklicher Selbstverwaltungseinrichtungen — 225. Die Sperrzeitregelung im Gaststättenrecht — 452.

E Pflicht zur Anbringung von Preisverzeichnissen neben Gaststätteneingang nur während Öffnungszeiten — 117. Zum Widerruf einer Gaststättenerlaubnis bei Benützung von Hotelzimmern durch Jugendliche zum gewerblichen Geschlechtsverkehr — 118. Versagung der Gaststättenerlaubnis für Schankwirtschaft in Dirnenunterkunft — 120. Verfassungswidrige Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge im Möbelfernverkehr — 144. Zur Angemessenheit einer Ausbildungsvergütung nach § 10 BBiG — 210. Zum Begriff des „handwerklichen Nebenbetriebs“ (§ 3 HandwO) — 213. Zum Verstoß gegen §§ 15, 35 EichG beim Verbringen ausländischer Fertigpackungen ins Inland — 213. Zur Zulässigkeit der Erweiterung bestandsgeschützter Gewerbebetriebe durch immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen in der Nähe von Wohngebieten — 248. Verwaltungsaktkarakter der Mitteilung über die beabsichtigte Vornahme einer Eintragung oder Löschung in der Handwerksrolle — 311. Geltung der Ladenschlußzeiten für das Feilhalten von Zeitschriften bei Sportveranstaltungen (§ 20 LadSchlG) — 376. Voraussetzungen für die Verkürzung der Sperrzeit für Gaststätten — 464. Zur Vorverlegung des Beginns der Sperrzeit bei einer Diskothek zum

Schutz der Nachtruhe der Anlieger — 465. Zum Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493. Anforderungen an die Bekanntmachungspflicht der Beschränkungen des Aufenthalts von Jugendlichen in Gaststätten (§ 10 JSchÖG) — 504. Öffnungszeiten im Friseurhandwerk — 603. Rücknahme und Widerruf (§ 53 GewO) der in § 36 GewO bezeichneten öffentlichen Bestellung von Sachverständigen (Graphologen) — 758.

B Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.

P Aufgabe 6 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 30, 58. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189. Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1974/I — 733, 765.

21. Gesundheitsrecht

(einschließlich Arzt-, Tierarzt-, Lebensmittel- und Seuchenrecht)

Gesundheits- oder Hygieneschutz durch Rauchverbot? — 10.

E Anforderungen an Überprüfungspflicht durch Importeure oder Großhändler bei der Einfuhr ausländischer Lebensmittel — 213. Strafrechtliche Beurteilung des Vertriebs von „Emmentaler-Käse“ mit „künstlichen“ Löchern — 213. Kein subjektives Recht des Krankenhausträgers auf bestimmte Planungsmaßnahmen des Staates im Rahmen der Krankenhausplanung (§ 8 KHG, Art. 5 BayKG) — 348. Zur Bezeichnung von importiertem italienischem Tafelwein — 603. Gewichtsangabe bei Fertigpackungen mit „Reiner Buttermilch“ (§ 46 MilchG) — 732. Zur irreführenden Bezeichnung von Milcherzeugnissen als „Joghurt natur“ bzw. „Sahnejoghurt natur“ (§ 17 LMBG) — 732.

22. Umweltschutz- und Landwirtschaftsrecht

22.1 Naturschutz-, Immissionsschutz- und Abfallbeseitigungsrecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Das Grundrecht auf Naturgenuß im Widerstreit der Meinungen — 72. Die Bindung der Gerichte an Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs — 76. Das Verhältnis von immissionsrechtlicher zu baurechtlicher Genehmigung — 204.

E Umfang des Grundrechts auf Naturgenuß aus Art. 141 BV — 83. Zur Zulässigkeit der Erweiterung bestandsgeschützter Gewerbebetriebe durch immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlagen in der Nähe von Wohngebieten (§ 5 BImSchG) — 248. Zum Begriff der „Anlage“ gemäß § 5 AbfG-Bund; Autowracks als „Abfall“ im Sinne des § 1 AbfG-Bund — 371. Zur Vorverlegung des Sperrzeitbeginns bei Diskothek zum Schutz der Nachtruhe der Anlieger — 465. Zur Vornahme von Schutzauflagen gegen Lärmbelästigungen nach § 17 Abs. 4 FStrG — 658, 661, 663, 664. Klage- und Einwendungsrecht von Gemeinden gegen Lärmbelästigungen von Flugmodellen — 664, 666. Streitwert in baurechtlichen Verfahren, die von Naturschutzverbänden zur Verhinderung von Industrieansiedlungen angestrengt werden — 666. Keine enteignende Wirkung der Festsetzung eines Naturschutzgebiets, mit der eine noch nicht begonnene Schaumlavaausbeutung eines Berges unterbunden wird — 759.

22.2 Landwirtschafts-, Forst-, Jagd- und Flurbereinigungsrecht

Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Jagdscheinversagung oder Jagdscheinsperrfrist? — 101. Das Waldgesetz für Bayern — 129. Der Bannwaldbegriff des Waldgesetzes für Bayern — 134. Die Teilungerlaubnis gemäß Art. 17 des Waldgesetzes für Bayern — 617.

E Vorläufige Besitzeinweisung im Flurbereinigungsverfahren; Umfang der Handlungsbefugnis des Vorstands der Teilnehmergemeinschaft — 46. Rechtsfolgen der Erstellung eines Flurbereinigungsplanes vor öffentlicher Bekanntmachung der Schätzungsergebnisse — 47. Passivlegitimation bei Aufsichtsvertretung nach § 137 FlurbG; Erwerb von Altflurstücken während des Flurbereinigungsverfahrens — 48. Umfang der Ansprüche von Drittberechtigten an in die Flurbereinigung einbezogenen Grundstücken — 50. Rechtsnatur und Anfechtbarkeit eines Berichtigungsersuchens gemäß § 79 FlurbG — 50. Mitwirkung befangener Vorstandsmitglieder der Teilnehmergemeinschaft bei einer Entscheidung im Flurbereinigungsverfahren — 51. Art und Höhe der Abfindungsansprüche im Flurbereinigungsverfahren — 52. Zur Berücksichtigung nachträglicher Werterhöhungen von Grundstücken des Flurbereinigungsgebiets — 53. Angleichung von Grundstücksgrenzen an tatsächliche Besitzverhältnisse im Zuge der Flurbereinigung — 54. Richterausschließung wegen Mitwirkung im vorausgegangenen Flurbereinigungsverfahren — 55. Zum Rechtscharakter von Forstrechten; Almkaser kein Bestandteil des Forstrechts — 570. Verzinsung der Rückforderung einer Gasölbetriebshilfe (§ 8 GVL) — 690. Art. 29 BayJagdG rechtfertigt das Töten von Tieren, nicht jedoch deren Verletzung — 732.

23. Wasser- und Fischereirecht

Der Ölunfall aus rechtlicher Sicht — 38. Koordinierung der Zusammenarbeit von innerer Verwaltung und Flurbereinigung — 41. Eigentum an Gewässern — 141.

E Enteignende Wirkung der Einbeziehung eines Grundstücks in eine eingere Wasserschutzzone — 28. Zum haftungsbe gründenden „Einleiten“ von Schadstoffen in ein Gewässer durch Unterlassen (§ 22 WHG) — 347. Zur Kostenersatzung für die notwendige Änderung von Kreuzungsanlagen infolge des Ausbaues von Bundeswasserstraßen — 375. Zur Haftung einer Gemeinde nach § 22 WHG für Verseuchung eines öffentlichen Baches durch gemeindliche Kanalisation — 413. Bedenken aus § 34 WHG gegen Hauskläranlagen — 599.

24. Verkehrs- und Verkehrsstrafrecht (einschließlich Luftverkehrsrecht und Bundesbahnrecht)

Zur gerichtlichen Nachprüfung der Vollziehungsanordnung bei verwaltungsbehördlicher Fahrerlaubnisentziehung — 106.

E Rechtswirkungen verbleibender Verkehrszeichen bei Umwandlung einer Durchgangs- in eine Sackstraße — 115. Verfassungswidrige Festsetzung von Höchstzahlen für Fahrzeuge des Möbelfernverkehrs nach § 9 GüKG — 144. Anspruch einer politischen Partei auf Ausnahmegenehmigung nach § 41 StVO a. F. zur Aufstellung eines Informationsstandes — 211. Kanaldeckel kein Gegenstand i. S. des § 32 StVO — 475. Klage- und Einwendungsrecht von Gemeinden gegen Erlaubnis für Flugmodelle mit Motor (§§ 16,

25 LuftVG) — 664, 666. Keine Verletzung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts durch Anordnung eines Halteverbots im Ortskern (§ 45 StVO) — 692. Verpflichtung zur Führung eines Fahrtenbuches (§ 31 a StVZO) — 728. Umfang des Hausrechts der Deutschen Bundesbahn — 731. Straßenverkehrsrechtliche Bedeutung des Abstellens eines nicht zugelassenen Fahrzeuges auf einer öffentlichen Straße (§§ 32 StVO, 28 StVZO) — 760.

25. Bundes- und Landesfinanzrecht (einschließlich Haushalts-, Steuer- und Lastenausgleichsrecht)

Der bayerische Staatshaushalt im Spannungsfeld zwischen mittelbarer und unmittelbarer Demokratie — 201. Volksbegehren und Volksentscheid im Verhältnis zum Verbot des Art. 73 BV — 389. Volksgesetzgebung und Staatshaushalt — 486. Die neue Abgabenordnung (AO 1977) — 541. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737.

E Verfassungsmäßigkeit der landesrechtlichen Vergnügungssteuer — 111. Amtspflichten von Zollbeamten — 157. Zu den Folgeschäden einer Enteignung gehört nicht die durch die Entschädigung ausgelöste Einkommensteuer, wohl aber die Umsatzsteuer — 157. Zur Vergnügungssteuerpflicht eines Märchenwaldes — 177. Verfassungsmäßigkeit der Hundesteuer — 269. Anforderungen an Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a GG — 364. Zur Versagung der Erhebung der Lohnsummensteuer — 370. Fremdenverkehrsabgabe ist keine „Steuer“ i. S. des Art. 105 GG — 463. Zur Form einer Kirchenaustrittserklärung (Art. 2 Abs. 3 KirchStG) — 466. Mietzinsfestsetzung nach Ablauf der Zweckbindungsfrist nicht mehr von Zustimmung der Ausgleichsbehörde abhängig (§ 254 LAG) — 759.

B Fonds- und Investitionshilfekompetenz des Bundes (Müller-Volbehr) — 383. Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage gegen Steuerbescheide (Gorski) — 480. Die Bodenwertabschöpfung im Städtebauförderungsgesetz (Gaentzsch) — 511. Kommentar zur Reichsabgabenordnung (Tipke/Kruse) — 574. Die staatsrechtliche Stellung der Finanzkontrolle des Bundes (Tiemann) — 767.

P Aufgabe 8 der zweiten jur. Staatsprüfung 1970/II, II. Abtlg. — 350, 381.

26. Arbeits- und Sozialrecht (einschließlich Jugendrecht)

Das Sozialgesetzbuch und sein Allgemeiner Teil — 552. Allzuständigkeit der Bezirke in der Eingliederungshilfe für Behinderte und weitere Änderungen des AGBSHG — 673.

E Fernsehen als Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 12 BSHG) oder Hilfe in besonderer Lebenslage? — 187. Zur Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zur Kündigung eines Schwerbeschädigten — 187. Zur unentgeltlichen Beförderung von Begleitpersonen eines Behinderten — 187. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 — 217. Zur Kostentragung bei Freiwilliger Erziehungshilfe in der Zeit vom 1. 7. 1962 bis 31. 12. 1975 (§§ 81, 85 JWVG, Art. 46, 62 JAG) — 276. Sozialrechtsweg gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahme der Gemeinde im Wege der Rechtshilfe für einen Träger der Sozialversicherung (§§ 28, 115 RVO) — 276. Anforderungen an Bekanntmachungspflicht der Beschränkungen des

Aufenthalts von Jugendlichen in Gaststätten gem. § 10 JSchÖG — 504.

B Internationales und Europäisches Sozialrecht (Zacher) — 574. Bundessozialhilfegesetz (Oestreicher) — 607.

P Aufgabe 11 der zweiten jur. Staatsprüfung 1971/I, II. Abtlg. — 478, 509.

27. Presse-, Funk- und Postrecht

Verfassungsrechtliche Aspekte neuer kommunikationstechnischer Entwicklungen — 530.

E Strafrechtliche Würdigung des Errichtens und Betreibens von Fernmeldeanlagen — 213. Keine Strafbarkeit des bloßen Erwerbs und Besitzes von Batterie-Funkgeräten — 213. Verpflichtung der Bundespost zur Verlegung einer Fernmeldelinie bei Kostenerstattung durch den Wegeunterhaltungspflichtigen (§§ 6, 13 TWG) — 285.

28. Bürgerliches Recht (einschließlich Handels-, Ehe-, Grundbuch- und Urheberrecht)

Die Benutzung landwirtschaftlicher Grundstücke durch Energieleitungen — 33. Eigentum an Gewässern — 141. Zum Entstehungszeitpunkt der Erschließungsbeitragspflicht — 235. Versorgungsleitung und Enteignung — 460. Der Anwendungsbereich der Amtshaftung — 581. Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Reform des Staatshaftungsrechts? — 740.

E Erlöschen von Erschließungsbeiträgen nach Art. 124 AGBGB — 16. Notwegrecht nach § 917 BGB als gesichertes Zufahrtsrecht (Erschließungsbeitragspflicht) — 17. Reicht Angebot einer obligatorischen Sicherung einer Erdgasleitung aus, um Zwangsbelastung zu vermeiden? (§§ 567, 1023, 1090 BGB) — 19. Zum Berichtigungsersuchen einer Flurbereinigungsbehörde (§§ 13 ff. GBO) — 50. Behandlung von überbauten Grundstücken (§ 912 BGB) im Flurbereinigungsverfahren — 54. Zur Amtspflichtverletzung von Beamten der beteiligten Gemeinde im Baugenehmigungsverfahren (§ 839 BGB) — 122. Zum Beginn der Erlöschensfrist des Art. 125 AGBGB für Entschädigungsansprüche aus Bauverboten — 154. Haftung bei der Benutzung eines kommunalen Schlachthofs — 156. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit aus Amtshaftung — 157. Zustellung von Bescheiden der Verteidigungslastenbehörden über Stationierungsschäden — 157. Amtspflichten eines Zollbeamten — 157. Passivlegitimation der Bundesbahn für Haftungsansprüche aus unerlaubter Handlung (Verletzung der Räum- und Streupflicht) — 179. Zur Verjährung von Erstattungsansprüchen des Versicherungsträgers nach G 131 § 72 Abs. 11 (§ 197 BGB, Art. 125 AGBGB) — 217. Zum Mitverschulden des Bauherrn (§ 254 BGB), wenn eine Baugenehmigung auf Nachbarklage aufgehoben wird, nachdem mit den Bauarbeiten begonnen wurde — 252. Aus dem absoluten Persönlichkeitsrecht ergibt sich die Befugnis, über Art und Ort der Bestattung bestimmen zu dürfen — 310. Zur Haftung einer Gemeinde aus Zusagen wegen der Aufstellung eines Bebauungsplans (§ 839 BGB) — 378. Keine analoge Anwendung des § 254 BGB auf Übernahmeanspruch des Eigentümers nach § 40 BBauG — 504. Gesetzgebungskompetenz der Länder für Vorschriften über „öffentliches Eigentum“ und die Haftung für dessen Beschädigung — 559. Forstrechte und Nebenrechte sind in der Regel Grunddienst-

barkeiten oder beschränkte persönliche Dienstbarkeiten (§§ 95, 1018, 1090 BGB) — 570. Voraussetzungen und Umfang der Amtshaftung nach § 839 BGB — 599. Anpassung alter Erschließungsverträge nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) — 633. Beginn der Verjährung von Amtshaftungsansprüchen (§ 852 BGB) — 634. Verfassungswidrigkeit der kleingartenrechtlichen Kündigungsschutzvorschriften (§ 1 KVO) — 657. Zur analogen Anwendung des § 288 BGB auf die Verzinsung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen — 690. Zu den Pflichten eines Gemeindebeamten (§ 839 BGB) bei der Erteilung einer Auskunft über die beabsichtigte Änderung eines Bebauungsplans — 694. § 10 LVVB als Schutzgesetz i. S. des § 823 Abs. 2 BGB — 732. Nichtigkeit eines an eine Erbengemeinschaft gerichteten Erschließungsbeitragsbescheides (§§ 421, 2032, 2058 BGB) — 756.

B Die Werbenutzungsverträge der Gemeinden (Bartlsperger) — 671.

P Aufgabe 7 der ersten jur. Staatsprüfung 1973/II — 158, 189.

29. Zivilprozeßrecht (einschließlich GVG, FGG, BRAO und BNotO)

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Die Rechtsanwaltschaft heute und morgen — 193. Die gerichtliche Vernehmung von Parteigutachtern — 649. Rechtsschutz gegen die Vollstreckung aus Verwaltungsakten — 680.

E Zur Bekanntmachung von Entscheidungen der Ausländerbehörden an Ausländer in deutscher Sprache (§ 184 GVG) — 56. Kein Armenrecht für volljährige Studentin mit unterhaltspflichtigen Eltern (§§ 114 ff. ZPO) — 114. Rechtsmitteleinlegung sowie Sprungrevision in Baulandsachen — 157. Keine Normenkontrollantragsbefugnis einer Gemeinde gegen normative Maßnahmen der Gerichtsorganisation — 178. Notare unterliegen in Bayern nicht der Fremdenverkehrsabgabe — 208. Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung einer Partei (§ 579 ZPO) — 213. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Nachprüfung von Gnadenentscheidungen (§ 23 EGGVG) — 215. Zur Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderungen aus Ausstandsverzeichnissen (§ 750 ZPO) — 218. Zur Verletzung von Rechten eines Anwalts aus § 3 BRAO — 220. Ablehnung aller Mitglieder eines Spruchkörpers wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 45 ZPO) — 346. Zur Justitiabilität von Geschäftsverteilungsplänen (§ 23 EGGVG) — 373. §§ 160, 162 ZPO sind im Verwaltungsprozeß nicht anwendbar — 414, 478. Zur Hauptsacheerledigung im Armenrechtsverfahren (§ 118 a ZPO) — 440. Anforderungen an eine „Unterschrift“ eines Anwalts nach § 130 Nr. 6 ZPO — 444. Notwendigkeit der eigenhändigen Unterschrift unter Verfassungsbeschwerde — 446. Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Zusammenlegung amtsgerichtlicher Zweigstellen (Art. II § 3 GVVO) — 474. Zur Revisibilität gesetzwidrig unterlassener Protokollierung von Partei- oder Zeugenaussagen (§§ 160, 161, 295 ZPO) — 477. Erfordernis der Prüfung der angeblich mangelnden Prozeßfähigkeit eines Rechtsanwalts in einem besonderen, rechtsstaatlich geordneten Verfahren — 507. Zur Unbestimmtheit eines gerichtlichen Geschäftsverteilungsplans (§§ 21 e und f GVG) — 569. Rechtliche Bedeutung der Aufhebung der Kosten des Verfahrens (§ 92 ZPO) — 636. Kostenerstattung bei Vertretung mehrerer Streitgenossen durch verschiedene Rechtsanwälte (§ 5 ZPO) — 696. Zur Rüge der gesetzwidrig unterlassenen Protokollierung von Partei- oder Zeugenaussagen (§§ 160, 161 ZPO) — 764.

B Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz (Gottwald) — 32.

30. Straf- und Strafprozeßrecht (einschließlich OWiG, ohne Verkehrsstrafrecht)

Fragen aus dem Recht der „Freiheitsentziehung und Unterbringung“ — 165. Verfassungsbeschwerde und Erschöpfung des Rechtsweges durch Gegenvorstellung — 679.

E Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für Ausländer, dem Strafbefehl in deutscher Sprache zugestellt wird (§ 44 StPO) — 45. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Strafbefehlszustellung während Urlaubsabwesenheit (§ 45 StPO a. F.) — 82. Zur Verletzung des Rechts auf Gehör im Verfahren wegen Entlassung aus der Sicherungsverwahrung (§ 42 f StGB a. F.) — 143. Keine Vergütung für Strafgefangenenarbeit — 157. Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 207. Kein Verstoß gegen § 184 StGB bei Filmvorführung in einem Schaukasten, die nur von einer Person verfolgt werden kann — 213. Zur Strafbarkeit des Vertriebs von „Emmentaler-Käse“ mit „künstlichen“ Löchern — 213. Zur gerichtlichen Nachprüfung von Gnadenentscheidungen — 215. Zur sofortigen Wirksamkeit der Anordnung von Abschiebungshaft — 242. Zur Zulässigkeit von Eingriffen in die Grundrechte von Strafgefangenen — 301. Verfassungsbeschwerde gegen Einstellung des Privatklageverfahrens nach §§ 383, 471 StPO — 604. § 33 a StPO gehört zum Rechtsweg i. S. des § 90 BVerfGG — 687, 688. Die Ausübung des Zeugnis- und Aussageverweigerungsrechts sowie das Beschlagnahmeverbot des § 97 Abs. 1 StPO stehen der Anordnung zur Führung eines Fahrtenbuches nicht entgegen — 728. Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) bei Bahnverbotsverbot — 731.

31. Wirtschaftsrecht (einschließlich Banken-, Versicherungs- und Sparkassenrecht)

Gefährdungshaftung für Pipelines aus Vertrag zugunsten Dritter? — 645. Die verfassungsrechtliche Verantwortung der Länder für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur — 737.

E Verfassungsmäßigkeit landesrechtlicher Gebäudeversicherungsmonopole — 207. Zum Staatsvorbehalt nach dem Graphitgesetz — 493.

32. Personenstands- und Namensrecht

E Maßgeblichkeit des Rechts des Staates, dessen Staatsangehörigkeit der Namensträger besitzt, für die Berechtigung zum Führen eines Namens; Rechtsnatur der Namensfeststellung nach § 8 NAG — 148. Zuständigkeit und Voraussetzungen der Erteilung der vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch minderjährige Kinder ausländischer Eltern — 150. Zur Unzulässigkeit staatlicher Kirchenaustrittserklärungen mit Vorbehalten hinsichtlich des innerkirchlichen Bereichs — 466.

33. Wehrrecht

Die Präsentation des Gewissens — 97.

E Zur Verletzung der Garantie des gesetzlichen Richters im Kriegsdienstverweigerungsverfahren (§ 34 WPflG) — 569.

Verzeichnis der Mitarbeiter

(Wohnort, soweit nicht anders vermerkt, München)

| | | | |
|--|--------------|---|-------------------|
| Dr. Peter B a d u r a Professor an der Universität München | 515 | Dr. Hans-Ullrich G a l l w a s, Professor Universität München | 385 |
| Dr. Dieter B i r k Wiss. Assistent an der Universität München | 297, 744 | Dr. Friedrich G i e h l Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium des Innern | 321, 486 |
| Dr. Dieter B l u m e n w i t z Professor an der Universität Würzburg | 520 | Dr. Peter G ö t z, Notarassessor, Vilshofen | 617 |
| Dr. Bodo B ö r n e r Professor an der Universität Köln | 33, 645 | Dr. Hans-Ulrich G r a b a Richter am Landgericht Augsburg | 231 |
| Dr. Dieter B o s c h Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 62, 671 | Dr. Walter G r a s s e r rechtsk. Oberverwaltungsdirektor | 429 |
| Dr. Enno B o e t t c h e r Regierungsdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern | 63, 191, 510 | Dr. Jacques Otto G r é z e r, Mannheim | 159, 575 |
| Dr. Fritz C z e r m a k Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 106, 191 | Georg G r u b e r Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München | 76 |
| Dr. Dr. Ulfert E n g e l s Universität Augsburg | 201 | Dr. Hans H a b l i t z e l Oberregierungsrat beim Bayer. Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Bonn/München | 383 |
| Dr. Erich E y e r m a n n Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs a. D. | 225 | Helmuth H a c k e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 95, 160, 704, 768 |
| Dr. Ingo F e s s m a n n | 389 | Dr. Horst H a u s e n, Rechtsanwalt | 336 |
| Peter F r a n k e, Münster/Westf. | 64, 448 | Dr. Wolfgang H e i n Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 129 |
| Dr. Fritz F r e u d l i n g, Ministerialdirektor a. D. | 141 | Dr. Sebastian H e i t z e r, Senatspräsident a. D. | 670 |
| Georg G a i s b a u e r, Braunau | 452 | | |

| | | | |
|--|-----------------------------|--|----------------------------------|
| Dr. Joachim H e n k e l Regierungsdirektor, Bonn | 735, 736 | Dr. Klaus O b e r m a y e r Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg | 535 |
| Dr. Wilhelm H e n l e, Ministerialdirigent a. D. | 767 | Dr. Fritz O s t l e r, Rechtsanwalt Präsident des Bayerischen Anwaltsverbandes | 193 |
| Dr. Roman H e r z o g Staatssekretär, Professor, Bonn—Speyer | 161 | Dr. Ernst O e s t r e i c h e r Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichts München | 191 |
| Dr. Dr. Friedrich August Freiherr von der H e y d t e Professor, Aham/Vils | 528 | Dr. Werner P a p t i s t e l l a Regierungsrat im Bayer. Staatsministerium des Innern | 575, 703 |
| Dr. Karl H o f m a n n, Oberlandesanwalt Landesanwaltschaft München | 65 | Dr. Christian P e t z k e Oberlandesanwalt bei der Landesanwaltschaft Bayern | 101, 126, 294, 730, 735 |
| Dr. Hermann H u e b e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 671 | Josef P l ö t z Richter am Bayer. Obersten Landesgericht | 32 |
| Anton J a u m a n n Bayer. Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr | 737 | Dr. Johannes P ö t z, Rechtsanwalt in Düsseldorf | 97 |
| Dr. Dr. Helmut K a l k b r e n n e r Oberlandesanwalt beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 87, 127, 224, 669, 714, 734 | Ernst P r o k s c h Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg | 6, 649 |
| Dr. Franz K l e i n, Ministerialdirektor Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | 257, 574 | Klaus P u h r - W e s t e r h e i d e, Oberregierungsrat Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern | 460 |
| Dr. Franz-Ludwig K n e m e y e r, Professor, Würzburg | 351 | Dr. Andreas R e i c h, Universität Augsburg | 255 |
| Dr. Franz K n ö p f l e, Professor Präsident der Universität Augsburg | 417 (ber. 512) | Dr. Ludwig R e n c k Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 95, 235, 383, 468, 480, 640, 682 |
| Dr. Hans-Günther K ö n i g, Professor Fachhochschule Würzburg | 577 | Dr. Martha R e n c k - L a u f k e Richterin am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 621 |
| Dr. Ferdinand O. K o p p, Professor Universität Graz | 287, 383, 670, 703, 719 | Dr. Reinhard R i e g e l, Oberregierungsrat Bundesministerium des Innern, Bonn | 319, 353, 395 |
| Fritz K o p p, Amtsrat Landratsamt Amberg-Sulzbach | 204 | Dr. Fritz R u l a n d Wiss. Assistent an der Universität München | 581 |
| Dr. Gerhard K ö r n e r Ltd. Regierungsdirektor bei der Regierung von Mittelfranken | 38 | Dr. Rudolf S a m p e r, Oberstaatsanwalt a. D. | 641 |
| Dr. Günther K ü c h e n h o f f, Professor Universität Würzburg | 740 | Benedikt S a s o w s k i Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 415 |
| Dr. Elmar L a n d t Vorsitzender Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München | 104 | Ludwig S c h ä f e r Präsident des Bayer. Obersten Landesgerichts | 679 |
| Dr. Arnold L a n g e, Regierungsrat z. A. | 755 | Dr. Wolf-Rüdiger S c h e n k e, Professor Universität Bochum | 680 |
| Dr. Peter L e r c h e Professor an der Universität München | 530 | Dr. Guntram von S c h e u r l, Oberregierungsrat Bayer. Staatsministerium des Innern | 486 |
| Jürgen M a d e l Städtischer Rechtsrat z. A., Nürnberg | 588 | Dr. Hans S c h i e d e r, Ministerialrat Bayer. Staatsministerium des Innern | 607 |
| Max M ä r z Richter am Bayer. Obersten Landesgericht | 165 | Dr. Hans S c h m a t z, Ministerialdirektor, Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung | 574 |
| Anton M a t l o c h Verwaltungsdirektor bei der Landeshauptstadt München | 8 | Dr. Johann S c h m i d t Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs | 1 |
| Dr. Theodor M a u n z Professor an der Universität München | 255, 289, 340, 360, 447 | Dr. Günther S c h m i t t Regierungsdirektor bei der Regierung von Schwaben Augsburg | 324 |
| Dr. Franz M a y e r Professor an der Universität Regensburg | 134, 223 | Dr. Karl S c h m i t t, Ministerialdirigent Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung | 673 |
| Dr. Paul M o l o d o v s k y, Ministerialrat Oberste Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern | 511 | Dr. Lothar S c h m i t t Präsident des Verwaltungsgerichts Ansbach | 607 |
| Dr. Dr. Wilhelm M ö ß l e, Wiss. Assistent | 609 | Rudolf W. S c h m i t t, Regierungsdirektor Bayer. Staatsministerium der Finanzen | 639 |

| | | | |
|--|---------------|--|---------------|
| Dr. Friedrich P. S c h r ö d e r, Professor Prien am Chiemsee | 702 | Dr. Helga T u b i e s, Oberregierungsrätin Bayer. Landesamt für Datenverarbeitung | 639 |
| Dr. Herbert S c h w a r z e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 575 | Dr. Wolfgang V e h s e Wiss. Assistent an der Universität Bayreuth | 490 |
| Dr. Christoph S e n i n g Richter am Bayer. Verwaltungsgericht München | 72 | Roland V o i g t, Diplom-Volkswirt Wiss. Assistent an der Universität Erlangen-Nürnberg | 361 |
| Dr. Alfons S i m o n, Abteilungsdirektor, Regierung von Oberbayern | 605 | Dr. W e g m a n n, Regierungsrat z. A. Bayer. Staatsministerium des Innern | 288, 320, 352 |
| Dr. Hans S p a n n e r, Professor Universität München | 480, 541, 668 | Dr. Dr. Olaf W e i n g a r t, Ltd. Regierungsdirektor, Fachbereichsleiter Polizei der Bayer. Beamtenfachhochschule | 415 |
| Dr. Johannes S t e i n e r, Regierungsdirektor Regierung von Oberbayern | 511 | Dr. Otto W e r n e r Vorsitzender Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 705 |
| Dr. Klaus S t e r n Professor an der Universität Köln | 547 | Dr. Dr. Hans-Jürgen W i p f e l d e r, Dozent, Koblenz | 423 |
| Dr. Rudolf S t i c h, Ministerialrat a. D. Universität Kaiserslautern | 62 | Adolf W i s c h n a t h Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Dortmund Bielefeld | 10 |
| Dr. Rolf S t o b e r, Professor, Stuttgart | 169 | Ulrich W i t s c h e l, Regierungsdirektor, Flurbereinigungsdirektion Bamberg | 41 |
| Dr. Joachim S t r u n z, Regierungsdirektor bei der Regierung der Oberpfalz | 481 | Dr. Michael W o l l e n s c h l ä g e r, Wiss. Assistent an der Universität Würzburg | 224, 268, 408 |
| Dr. Siegwinn S ü ß, Ministerialdirektor im Bayer. Staatsministerium des Innern | 31, 449 | Dr. Hans F. Z a c h e r Professor an der Universität München | 552 |
| Dr. Paul T h e u e r s b a c h e r Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof | 256 | Dr. Franz Christoph Z e i t l e r, Regierungsrat z. A. Bayer. Staatsministerium der Finanzen | 416 |
| Dr. Burkhard T i e m a n n, Rechtsanwalt Wiss. Assistent an der Universität München | 261, 650 | | |